

Die etwas andere Sicht über die Deutschen in der Rolle als Täter und Opfer

Mit Textauszügen und Anmerkungen
aus Anlaß der Veröffentlichung der Arbeiten von

Werner Onken mit den Titeln:

Das Verhältnis der Geld- und Bodenreform zum Judentum und zum Antisemitismus

und

**Gefahren für die Geld- und Bodenreform von rechts -
Kritische auseinandersetzung mit den Programmen
von NPD und PNOS**

von

Tristan Abromeit

Oktober 2007

Text 55.1

Haupttext

Vorbemerkung zu dieser Arbeit

vom Dezember 2007:

Ich habe jeweils mit einer Nachricht an die Teilnehmer einer E-Mail-Liste bekannt gegeben, daß ich die unten benannten Texte von mir zum Thema Vergangenheitsbewältigung / Faschismusvorwürfe auf meiner Internetseite www.tristan-abromeit.de zugänglich gemacht habe.

8.  [Rechtstendenzen in der Freiwirtschaft im Modell die Natürliche Wirtschaftsordnung?](#)

(Eine Auseinandersetzung mit den Unterstellungen der westdeutschen Linken und eine Selbstvergewisserung)

Gesammelte und eigene Beiträge mit und ohne Kommentar - *Abschluß Januar 1995*, mit einer eigenständigen Dokumentation "Studenttag zum Thema Freiwirtschaft und Faschismus" von Helmut Creutz - *September 1990* (siehe Text 8.18)

21.  [Die Deutschen, der Faschismus und der Holocaust](#)

- im Schatten des Jugoslawien-Krieges -

(Für eine andere Aufarbeitung der Schuld der Deutschen - gegen die Instrumentalisierung der Schuld als politisches Instrument)

Eigene und andere Texte, Hrsg. Tristan Abromeit - *Mai 1999*

Zu dem jeweiligen Haupttext gehören diverse Nebentexte als Anhänge. So auch zum Text 21. Hier findet man unter dem Anhang 21.4 auch eine Arbeit von Josef Hüwe. Ich erwähne das, weil ein E-Mail von ihm, für mich der Auslöser für die vorliegende Arbeit war.

21.4  ["Was ist eigentlich "Faschismus?"](#)

eine Besprechung des Buches von Uwe Timm durch Hans Schaub in *Der 3. Weg* vom November 1997

Antisemitismus - von unwesentlicher Bedeutung für den Aufstieg der NSDAP vor 1933? Von Josef Hüwe, Berlin im März 1999

Antisemitismus und "Machtergreifung"

- eine Erwiderung von Uwe Timm zum Beitrag von Josef Hüwe, *Der 3. Weg*, Mai 1999 (12 Seiten 1230 KB)

Vor der Aufbereitung der Arbeiten 8 und 21 für das Internet hatte ich die nachfolgend benannte Arbeit abgeschlossen, so daß ich keine große Neigung hatte, mich erneut mit dem Themenbereich zu befassen.

52  [Vom Untergang der Wilhelm Gustloff über den Holocaust und den Ashram Gandhis zur Gesellschaftsgestaltung](#)

- Gedanken am Karfreitag und Ostern 2007 und die Verarbeitung danach mit Anmerkungen zu Äußerungen von Bischof Wolfgang Huber, Ministerpräsidenten Günther Oettinger, dem Zentralrat der Juden in Deutschland u.a. ...

Dann erhielt ich am 12. 10. 07 folgendes E-Mail:

Hallo Tristan, befindet sich in Deiner angekündigten Textsammlung auch der neue Beitrag von Werner Onken, "Das Verhältnis der Geld- und Bodenreform zum Judentum und zum Antisemitismus"? Siehe

<http://www.silvio-gesell.de/html/antisemitismus.html>

Falls nicht, könnte wenigstens mit diesem Link darauf verwiesen werden.

Gruß Josef

Das Mail bezog sich auf den Text 21. „*Die Deutschen, der Faschismus und der Holocaust ...*“

Danach erhielt ich am 14. Oktober 2007 von Josef Hüwe das weitere, nachfolgend wieder gebene, Mail.

Hallo Tristan!

Werners Arbeit ist relativ neu, war Dir vielleicht noch gar nicht bekannt. Ob er Hinweise auf Deine Texte gibt, weiß ich nicht, müsste man nachsehen.

Ich habe deshalb auf Werners Beitrag hingewiesen, weil es sich m. E. um die bisher am besten fundierte und differenzierende Arbeit handelt. Das gilt auch für die allerneueste, zum Thema Gesell/Sozialdarwinismus, die auch unter www.silvio-gesell.de ins Internet kommen soll.

Titel:

"Vom Sozialdarwinismus zur Solidarischen Ökonomie. Versuch einer kritischen Aufarbeitung des Einflusses der Evolutionstheorie auf die Geld- und Bodenreformbewegung."

Ich habe einen Papierausdruck gelesen. Mit Abstand der beste Beitrag bisher. Dagegen waren z. B. meine früheren Versuche kümmerlich. Wir sollten möglichst die besten Arbeiten zu verbreiten suchen, frühere unzureichende, weniger qualifizierte Texte müssen wir nicht unbedingt weiter ausstreuen.

Es grüßt Dich
Josef

Die neuen Arbeiten von Werner Onken konnte ich bei den alten schon abgeschlossenen Arbeiten ja noch nicht berücksichtigt haben und beim Text 52 „Vom Untergang ...“ waren sie mir nicht erforderlich.

Selbstverständlich, eine Gruppe, die bestimmte Informationen oder bestimmte Ein- oder Ansichten in die Gesamtgesellschaft transportieren will, sollte möglichst die besten Ausarbeitungen zu ihrem Anliegen, zu ihren Erkenntnissen für die Aufklärung benutzen. Aber was sind die besten Arbeiten. Bei einer Beurteilung dürften sich selten zwei oder mehr Menschen einig sein. Außerdem: Differenzen in der Betrachtung eines Gegenstandes dürfen nicht kaschiert werden. Differenzen in der Beschreibung von Beobachtungen haben die wichtige Funktion, daß sich mit deren Hilfe Dritte, die den Gegenstand untersuchen, der Wahrheit eines Sachverhaltes besser nähern können. Ich hatte jedenfalls das Gefühl, daß ich mich trotz innerer Abwehr nochmals auf das Thema einlassen müßte. Am 15. Oktober 2007 bin ich dann mit der nachfolgenden Ausarbeitung angefangen. Nach Fertigstellung hat Josef Hüwe die Arbeit dankenswerter Weise korrigiert. Dann lag die Arbeit im Regal weil mich andere Aufgaben von den Abschlußarbeiten abgehalten haben. Auch diese jetzt vorliegende Arbeit hat den Charakter einer Text-Collage oder einer Lese-Reise und auch sie erhält mehrere Anhänge. Unter der Ziffer 55.0 werde ich noch ein Nachwort – das als Vorwort zu lesen ist – hinzufügen. Josef Hüwe ist, wenn ich das, was ich zwischen den Zeilen zu lesen glaube, richtig verstanden habe, mit meiner Ausarbeitung nicht zufrieden, aber das bin ich auch nicht. Kommt es darauf überhaupt an? Hohe Leserzahlen kann ich mit das, was ich hier produziere sowieso nicht erreichen. Wenn ich ein Dutzend Zeitgenossen veranlasse, bei ihrem eigenen Forschen etwas genauer oder aus einem anderen Blickwinkel ihren Forschungsgegenstand zu betrachten, dann habe ich genug erreicht. Ein paar Anmerkungen von Josef Hüwe habe ich übernommen.

Zitatblöcke sind nicht durch Anführungs- und Schlußstriche gekennzeichnet, sondern durch eine zentrische Zeilendarstellung und Einzeiligkeit. Mein eigener Text ist linksbündig und 1 ½ -zeilig dargestellt. Daß die Zitate auch noch in einer anderen Schrift dargestellt werden als mein eigener Text, ist wohl nur dem geübten Auge erkennbar.

Haupttext

Tristan Abromeit am 15. Oktober (und danach) an Josef Hüwe

Hallo Josef!

Wir haben herrliches Wetter und mein Enkel aus Frankfurt ist auf Besuch. Ich soll ihm – so hat die Familie beschlossen – eine Garage für seine Spielzeugtrecker bauen. Meiner Seele würde es gut tun, wenn ich am Haus oder im Garten werkeln würde und meinem Enkel würde es gut tun, wenn sein Großvater für ihn und sein Anliegen Zeit hätte. Statt dessen quäle ich mich die Themen Vergangenheitsbewältigung und Antisemitismus ab, wobei ich einen Zusammenhang sehe zwischen der Art der Vergangenheitsbewältigung / -darstellung und dem Ansteigen des Antisemitismus und Rechtsextremismus.

Ich hatte ja gerade erst im September (2007) die Textsammlung „Rechtstendenzen in der Freiwirtschaft, ...“ (Texte 8.0 bis 8.18, rd. 480 Seiten) für das Internet aufbereitet und vorher den Text „Vom Untergang der Wilhelm Gustloff über den Holocaust und den Ashram Gandhis zur Gesellschaftsgestaltung“ produziert (Texte 52.0 bis 52.4). Dann berichteten die Zeitungen über die Aufregungen mit dem Schlesiertreffen in Hannover, wobei sich die Grünen im Landtag unrühmlich hervor taten. Ich war kurz vorher mit meinem Bruder und einem Neffen auf das Heimattreffen der ehemaligen Bewohner von Angerapp / Darkehmen (Ostpreußen), heute Ozersk (Oblast Kaliningrad / Königsberg). Wir hofften etwas über das Gut zu erfahren, auf dem unser Großvater geboren wurde und aufgewachsen ist und auch über die Namensherkunft unserer Großmutter Esther geb. Barczat (eingedeutscht = Bartschat) und über die Ehrentei, der Familie unserer Urgroßmutter. Der Name Abromeit kommt ursprünglich aus Litauen. Auch andere Teilnehmer waren auf der familiären Spurensuche. Wir haben leider nicht viel über die Familie erfahren, aber die Erfahrung gemacht, daß diese Veranstaltung eher den Charakter eines Entwicklungshelfervereins hatte als die einer Revanchistenvereinigung. Es sprachen der russische Bürgermeister von Angerap / Ozersk, der polnische Bürgermeister des Teils des ehemaligen Kreises Angerapp, der heute zu Polen gehört und auch ein Vertreter der Gemeinde Pinneberg. Es wurden Geschenke ausgetauscht. Dann wurde berichtet, daß ein Teilnehmer des Treffens, ein ehemaliger Angerapper, zum Ehrenbürger von Ozersk ernannt worden ist. Und es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Stadt Ozersk für ein Museum alte Straßenlaternen sammelt. Denn Angerapp soll die erste Stadt in Deutschland (Europa ?) gewesen sein, die eine elektrische Straßenbeleuchtung hatte.

Diese Erfahrungen mit den ehemaligen Angerappern und den heutigen Ozerskern, die Meldungen über das Wachsen rechten Gedankgutes bis in die Mitte der Gesellschaft und die dummlich-ängstliche Redaktion der Politik darauf, ließen in mir den Gedanken aufsteigen, mit einer anderen Arbeit, die die politische Mitte an den Pranger stellt und den Deutschen in ihrer Schuld etwas mehr Gerechtigkeit gewährt, gegen den Rechtstrend anzugehen. Da das viel Arbeit ohne Vergnügen ist, habe mich erstmal dadurch vor dieser Arbeit gedrückt, daß ich die Textsammlung „Die Deutschen ...“ (Nr. 21. ..) von 1999 für das Internet vorbereitet habe. Gestern hatte ich nun in der Hoffnung, das geplante Projekt ins Vergessen zu schieben, indem ich das bisher gesammelte Material für die neue Arbeit in eine Kiste gestopft habe und nun kommst Du mit Deinen Hinweisen auf Werner Onkens neue Arbeit und reaktivierst bei mir Gedanken, die ich vergessen will. Von Werner liegt ja auch die Arbeit „Gefahren für die Geld- und Bodenreform von rechts - Kritische Auseinandersetzung mit den Programmen von NPD und PNOS“ vor und ist unter www.sozialoekonomie.info /Basisinformation nachzulesen. Mir war heute Vormittag von den widerstreitenden Gefühlen, die der Themenkomplex in mir erzeugt hatte und den sich erneut eingefundenen Zeitungsausschnitten, Ausdrucken und Büchern einfach schlecht. Um meine Gedanken zu sortieren und mich frei zu schreiben, habe ich mir Dich, Josef, als Adressat meiner Anmerkungen ausgesucht (Natürlich schreibe ich auch für andere zum Mitlesen und auch für mich selbst.¹)

(Und jetzt muß ich meinen gerade begonnenen Schreibfluß unterbrechen, weil ich mich um Hausmannspflichten kümmern muß. Das schadet aber nichts. Ich sehe ja wieder Licht im Tunnel, d. h., ich habe die Hoffnung, die inhaltliche Finsternis zu überwinden.)

Es gibt Freunde der Natürlichen Wirtschaftsordnung (NWO), die so durch die Faschismusvorwürfe der „Antifaschisten“ irritiert sind, daß sie schon glauben, es müßte an den Vorwürfen wohl etwas dran sein. Das ist natürlich Unsinn. Es sei denn, man folgt den „Antifaschisten“ und erklärt das marktwirtschaftlich Modell für faschistisch. Das wäre wiederum ein Grund, „faschistische“ Tendenzen zu entwickeln, denn kein anderes Wirtschaftsmodell als die Marktwirtschaft bietet soviel Freiheit und Gerechtigkeit als diese. Unser Kummer ist ja, daß die kapitalistischen Verzerrungen und Verwerfungen, die wir in der Realität haben, der Marktwirtschaft angelastet werden und deshalb angelastet werden können, weil die Begriffe Marktwirt-

¹ ...„Lal Lales ist ein Freund von Diken, ein Poet. Einer von denen, die wieder Kurdisch schreiben. Nicht fürs Volk, nicht für eine hehre Sache. Für sich selbst. ...“, Strittmatter in „Der Heimat so fern“ SZ vom 2.11. 07.

schaft und Kapitalismus als Synonyme verwendet werden.

Andere Freunde der NWO plagen sich mit den Vorstellungen herum, daß im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus Freunde der NWO sich in falscher Weise verhalten, die Nazis gefördert haben oder gar selber Nationalsozialisten waren. Den Überblick, was der Nationalsozialismus wirklich ist und bewirkt hat, den können wir uns heute einiger Maßen beschaffen, wenn wir das Thema zum Gegenstand eines Studiums machen. Diesen Überblick hatten die Menschen damals aber nicht, deshalb gab es auch in allen idealistischen Gruppierungen Gegner, Mitläufer und Befürworter der NSDAP. Aber nicht diese idealistischen Gruppen haben die Nazis groß gemacht, sondern die Demokraten, die sich weigerten, ihre ökonomische Hausarbeiten zu machen. In einer Situation, wo die Menschen glaubten, nur noch die Wahl der Kommunisten oder der Nationalsozialisten könnten einen vor dem Untergang retten, ist es schwer bzw. gar nicht möglich, sich politisch richtig zu entscheiden. Hinzu kommt, daß von den Taten der Kommunisten in Rußland ja schon genug Schreckensmeldungen vorlagen. Und wie wir heute wissen, waren die Meldungen nicht nur Propaganda der Nazis. Außerdem wurde der Vollstreckungswille² der Nazis für ihre programmatischen Aussagen bzgl. der Juden wohl – nach dem Motto „Nichts wird so heiß gegessen, wie gekocht!“ - unterschätzt. Ich möchte nicht gerne in einer solchen Situation stecken, wie unsere Altvorderen. Aus heutiger Sicht wäre es natürlich angenehmer und werbewirksamer, wenn die freiwirtschaftlichen Widerständler zahlreicher gewesen wären und es die, die sich Illusionen gemacht haben, sie könnten ohne Hitler ins Dritte Reich oder den Nationalsozialisten die NWO vermitteln, gar nicht gegeben hätte. Solange wir aber die Motivation und das Fehlverhalten jedes einzelnen NWO-Freundes nicht genau kennen, sollten wir uns mit dem Verurteilen zurück halten. Wir sollten uns auch schwerpunktmäßig mit unseren eigenen Fehlern beschäftigen. Dabei ist unsere Situation heute auch nicht leicht, denn wir haben keine Chance, die freiwirtschaftliche Stafette ohne unsere eigene Beschädigungen der nächsten Generation zu übergeben. Unsere Fehler werden in der übernächsten Generation verhandelt. Fehler können wir deshalb nicht vermeiden: 1. weil es kein Rezept dafür gibt, wie wir unser heilbringendes Wissen schnell und unverfälscht in die Köpfe und Herzen der Deutschen, der Europäer oder gar der Menschengemeinschaft bringen können; 2. weil die die NWO eine universelle Idee ist, die sich in den Köpfen der Menschen mit bereits vorhandenen oder dazu erworbenen Ideen verbindet und sich dann auch entsprechend nach außen äußert, so daß wir

2 Hier stößt man in der Literatur auf Zweifel. Es kann sein, daß die Judenvernichtung erst nur eine theoretische oder programmatische Größe war und erst unter der Kriegseinwirkung und dem Verhalten der Kriegsgegner eine reale Größe wurde. Das ändert nichts an dem barbarischen Geschehen, kann aber bei der Entwicklung von Vermeidungsstrategien nicht unberücksichtigt bleiben.

manchmal das Grundgerüst der NWO gar nicht mehr erkennen. (Sinngemäß schrieb Anselm Rapp neulich, daß die NWO nicht für eine bestimmte Religion oder Weltanschauung da ist, sondern für alle Menschen. Da läßt es sich nicht vermeiden, daß man dann auch manchmal unangenehme Vertreter der NWO dabei hat, mögen sie politisch links, mittig oder rechts stehen, mögen sie dem Polytheismus, den Monotheismus oder den Atheismus, anhängen.); 3. weil die NWO als Gestaltungsidee die Parole der Französischen Revolution *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* in sich trägt. Dies verpflichtet uns zum Beispiel nicht die Politik Israels ohne Rücksicht auf die Wirkungen, die diese Politik auf die Palästinenser und den Rest der Welt hat, mit den Mantel unserer Schuld zuzudecken, sondern wir müssen resignieren, kapitulieren oder uns einmischen. Der nächste Weltbrand – vom USA-Präsidenten Bush schon angekündigt – haben wir mit zu verantworten. Eine Nichteinmischung wäre eine Schuld, wie sie den Freiwirten für ihr Einmischen in der Startzeit der Nazis vorgeworfen wird. Außerdem, wenn wir uns nicht einmischen, fallen wir jenen Juden in Israel und anderswo in den Rücken, die uns wegen ihrer Liberalität, ihrem Pazifismus oder Gerechtigkeitsstreben nahe stehen und wir fördern durch eine politische Enthaltensamkeit jene Israelis, deren politische Inhalte so sind, daß wir ihnen bei uns als Rechtsextremisten oder Terroristen die Tür weisen würden. Da bleibt uns nur die Wahl zwischen Aushalten, Durchhalten oder den Schwanz einziehen und sich verkrümmeln. Eine Nichteinmischung in Konfliktherde wäre auch wie eine Verweigerung einer Orientierungshilfe im Dschungel der Ökonomie-Meinungen und -Theorien.

So wie wir als Deutsche, Niedersachsen oder Freiwirte der Kritik würdig und zur Kritik fähig sein müssen, so auch die Juden, Palästinenser und jeder andere Mensch auf dieser Welt. Natürlich sollte jede Kritik die besondere Situation des Kritisierten berücksichtigen. Das ist aber keine prinzipielle Frage, sondern eine des Taktes und vielleicht auch der Pädagogik. Jedenfalls wer als Jude das Leid seiner Angehörigen, die dieses unter den Nationalsozialisten erfahren haben, als Schutzschild gegen eine berechtigte Kritik verwendet, mißbraucht die Schuld der verblichenen Generationen der Deutschen des vorigen Jahrhunderts. Wer die Grundrechte und die demokratischen Prinzipien verteidigen will, darf einen Meinungsterror, der einer Kritik folgen kann, nie nachgeben, egal wer ihn ausübt.

Bevor ich mit meinen Gedanken weiter fortfahre möchte kurz auf meine persönliche Einstellung zu den Juden und zu dem Israel und Palästina-Komplex eingehen. Die Fragen der Schuld der Deutschen und die des Leides der Juden beschäftigen mich schon länger als die Fragen

der Ökonomie, der Freiwirtschaft. Ich hätte mich 1961 nach den ersten Informationen über die NWO bestimmt nicht weiter mit ihr beschäftigt, wenn ich den Eindruck gewonnen hätte, daß sich hier offenbar eine antisemitische Grundhaltung dokumentiere. Ich bedauere, nicht eine Zeit lang in Israel und Palästina gelebt zu haben, weil das geschriebene Wort doch nicht ganz die eigene konkrete Kenntnisnahme vor Ort ersetzen kann. In meiner biographischen Notiz auf meiner Internetseite habe ich geschrieben:

Da Abromeit soviel heißt wie Abrahams Sohn und Abraham auch ein jüdischer Familienname ist, kann ich mir zumindest einbilden, ich sei auch jüdischer Abstammung. Das vermittelt mir ein positives Gefühl, weil es die genetische Vielfalt, die ich verkörpere noch vergrößern würde.

Wenn sich herausgestellt hätte, daß meine Frau eine Jüdin ist, hätte das keinen Einfluß auf mein Ja gehabt. Ich verstehe diese Aussagen als Sympathiekundgebung aber auch als Schutzfunktion. Wer Juden angreift, nur weil sie Juden sind, greift auch mich an. Das Gerechtigkeitsgefühl in mir erlauben mir aber nicht, Juden einen höheren rechtlichen Status einzuräumen als z. B. den Palästinensern.

Josef, als Deine Hinweise auf Werners neue Arbeiten bei mir eintrafen, hatte ich gerade das neue Vierteljahresheft (Nr. 382) „Das Gespräch aus der Ferne“ (www.gadf.de) erhalten. Das Generalthema lautet diesmal: „Terroristen und Fundamentalisten – Über die Globalisierung des Schreckens“.³ Und die Titel in dem Heft lauten unter anderem „Wo des modernen Terros Wiege stand ... - Mit Israels gewaltsamer Landnahme in Palästina fing alles an – Ein historischer Rückblick mit Uri Avnery von Hans Bremer“ und „Wie soll es in Palästina weitergehen?“ von Uri Avnery. Uri Avnery ist ein in Deutschland geborener Israeli. Dr. Bremer lebt in Texas. Gleichzeitig kamen mir beim Aufräumen wieder Ausdrücke aus dem Internet von Israelis in die Hände, die ich benennen werde, wenn ich sie zitiere oder in den Anhang stelle.

Ich habe nun auch gar nicht vor, Werners Arbeit Satz für Satz zu kommentieren. Ich werde mich auf wenige Punkte beschränken. Ich habe seine Arbeit auch gar nicht grundsätzlich zu kritisieren. Werner schreibt klar und gut lesbar und es ist für mich keine Tendenz zum Vertuschen von Vorgängen und Fakten erkennbar. Ich freue mich jedes mal, wenn ich ihn sehe und uns verbindet neben der Freiwirtschaft auch die ostfriesische Landschaft (Die Familie meiner Mutter ist ostfriesischer Herkunft.) Werner ist für mich in seinem Habitus ein Linker im posi-

3 Ich empfehle, sich das Heft zu beschaffen. Kontakt über www.gadf.de / dasgesprach@compuserve.com

tiven Sinne.⁴ Ich denke, daß es ihn schmerzt, wenn Linke im negativem Sinn und noch mehr wenn solche im positiven Sinne ihn verdächtigen, eine rechtslastige Sache zu vertreten. Ich meine aber, daß sein Empfinden und Wahrnehmen auch auf die Bewertung der innerfreiwirtschaftlichen Vorgänge abfärbt.⁵ Ich will damit sagen, daß das, was wir sehen und schreiben, stark von unserer Biographie (vom Geburtsjahr, Orte, wo wir aufgewachsen sind, Familien- und Berufsumfeld) abhängt, auch bei Dir und mir. Werner und seine Zeitgenossen sind in ein geschrumpftes und gespaltenes Deutschland hinein geboren, in einer Zeit, wo das wesentlichste Merkmal der Deutschen die Schuld war. Das ergibt zwangsläufig eine Verschiebung auf dem Visier der Wahrnehmung von links nach rechts. Die Worte der Akteure von gestern haben oft eine andere Bedeutung, wie jene der Akteure von heute, obwohl sie gleich lautend sind. Die auf Werners Generation folgende wird schon wieder vieles anders sehen als seine und besonders als die unsrige.⁶ Aber auch unabhängig von der generationsabhängigen Wahrnehmung gibt es ja immer das Risiko der Fehlbeurteilung von Fakten und Vorgängen. Wer für die Meinungsfreiheit ist, darf das Fehlurteil eines ehrlich Suchenden nicht kriminalisieren.

Wir vertreten mit der NWO eine Eine-Welt-Theorie, danach gehört allen Menschen grundsätzlich die Erde in gleicher Weise, und Grenzen sind nur als Verwaltungsgrenzen akzeptabel. Trotzdem spricht wohl kein NWO-Freund davon, daß die Menschheit ohne strukturbildende Gruppen, die wir heute noch als Nationen oder Staaten bezeichnen, vorstellbar ist. Diese Großgruppen entwickeln nicht nur eigene Identitäten, sondern auch Eigeninteressen, die mit anderen Staaten ausgeglichen werden müssen. Soviel präziser, gerechter und universeller die Ausgleichsformeln sind, so viel weniger Konflikte wird es daraus geben. Trotz alledem können Staaten wie Einzelpersonen ein Fehlverhalten entwickeln und Schuld auf sich laden. Aber so wie bei der Urteilsfindung über einen individuellen Straftäter es rechtens ist, nach entlastenden Momenten zu suchen und diese vorzutragen, so muß diese Entlastung in gleicher Weise für Staaten gelten, die schuldig geworden sind oder werden. Für Deutschland wurde ein

4 „Positiv“ leite ich hier von edlen Motiven und Zielsetzungen ab. Der Linke im negativen Sinn ergibt sich sowohl aus dem Zielerreichungsinstrumentarium (z.B. Zentralismus), wie aus seiner Rücksichtslosigkeit gegenüber anders Denkenden und seinem konkreten politischen Agieren, das oft auf ein Linken anderer abgestellt ist.

5 Das ist nicht als Vorwurf gemeint, sondern beschreibt die Schwierigkeit der Enkel der Nazi-Generation.

6 Ein Apotheker, der in seinem ehemaligen Studienort ehrenamtlich ein Studentenwohnheim betreut und zur Generation von Werner gehört, berichtete mir, daß 20jährige Studenten der Geschichte eine Posterreihe mit den Diktatoren des vergangenen Jahrhunderts aufgehängt hätten, so wie Botaniker vielleicht eine Posterreihe mit verwandten Baumarten. Bei der älteren Generation hätte das eine große Aufregung verursacht, sie hätten verlangt, daß die „Übeltäter“ aus dem Wohnheim entfernt würden. Die jüngeren Studenten haben die Aufregung gar nicht verstanden, sie wollten ja keine Werbung für Diktatoren, sondern diese per Bilder als Personen nur sichtbar machen. Mit zeitlichem Abstand schrumpft die emotionale Betroffenheit und wächst die distanzierte Verfügbarkeit über Vorgänge, Fakten und Personen.

solches Verfahren aber nach den beiden Weltkrieg nicht angewandt. Es ist verständlich, daß die Sieger des zweiten Weltkrieges Deutschland entlastendes Material nicht sammeln wollten, weil sie die Schuld der Deutschen als politisches Gestaltungswerkzeug nutzen wollten und genutzt haben. Ich schätze, daß das Ansteigen des Rechtsradikalismus auch damit zu tun hat, daß die Regierenden das berechtigte Gruppeninteresse an Entlastung nicht wahrnehmen und verfolgen können, weil sie selber über die Schiene der alleinigen, unendlichgroßen und unübertreffbaren Schuld der Deutschen in ihre Herrschaftspositionen gekommen sind. Aus der Geschichte lernen können wir – wenn überhaupt – aber nur dann, wenn wir genau hinschauen, was gelaufen ist. Der ausschließliche Verweis und die Fixierung des Bösen auf Hitler und Nationalsozialismus wirkt wie ein Schleier über die jüngste Geschichte, wenn man diesen zur Seite schiebt, entdeckt man auch noch andere, als schuldig einzustufende Betroffene. Die Aufklärung geschichtlicher Abläufe war einst ein Anliegen der Linken.

Neben der eigenen Biographie und der zu oft verschleiernenden Geschichtsschreibung ist noch ein Drittes – allgemein und innerfreiwirtschaftlich – bei der Bewertung von handelnden Personen zu berücksichtigen. Man kann das Handeln im Leben einer Person bilanzieren und man kann die einzelnen Taten bewerten. Ich will damit sagen, daß mancher Wohltäter, der im Zusammenhang mit Religion, Kultur, Wirtschaft und Staat in der Geschichte benannt ist, wohl als Übeltäter begonnen hat. Uns als Freiwirtschaftler hat daher auch mehr die Lebensbilanz unserer Mitwirker zu interessieren, denn hier hat das Heute mehr Gewicht als das Gestern, und ein glänzender Morgen kann noch einen Abglanz in einen trüben Abend bringen. Was haben FreiwirtInnen innerhalb des nach dem Untergang des Naziregimes eingerichteten größeren und freiheitlicheren Handlungsrahmens gemacht? Haben sie immer ihre Chancen – die trotz widriger Umstände da waren – genutzt?

Problematisch wird es auch, wenn wir zu den Juden eine positive Beziehung über die Bodenreform, die bei der Gründung Israels eine Rolle spielte, aufbauen wollen. So wie in Rußland durch todschlagende und vertreibenden Argumente im wörtlichen Sinne die Bodenrechtsreform diskreditiert wurde, so wird sie in Israel dadurch fragwürdig, daß sie Klassen bildend war und ist. Es gibt Juden, die bevorzugt sind, und rechtlose Nichtjuden.

Am 23. November 2004 war ich in der Autorenlesung mit Luc Jochimsen. (Das Datum weiß ich nur deshalb, weil ich die Eintrittskarte noch habe.) Sie las aus ihrem Buch „Dieses Jahr in

Jerusalem – Theodor Herzl – Traum und Wirklichkeit“ Als Widmung habe ich mir in dem Exemplar ihres Buches, das ich erworben habe, schreiben lassen: „Auf daß Herzls Traum wahr wird ...“. Das, was in Palästina unter dem Namen Israel realisiert wurde, ist wohl nach dem Gehörten Herzls Alptraum. Als Verbindungsglied zwischen zwei Kapiteln ist auf Seite 97 zu lesen:

„Niemand ist stark oder reich genug, um ein Volk von einem Wohnort nach einem anderen zu versetzen. Das vermag nur eine Idee. Die Staatsidee hat wohl eine solche Gewalt. Die Juden haben die ganze Nacht ihrer Geschichte hindurch nicht aufgehört, diesen königlichen Traum zu träumen: > Übers Jahr in Jerusalem! < ist unser altes Wort. Nun handelt es sich darum zu zeigen, daß aus dem alten Traum ein tagheller Gedanke werden kann.“

Und auf Seite 207 steht die Notiz:

„Machet keine Dummheiten, während ich tot bin.“

Brief an Woffsohn, 6. Mai 1904

In dem Nachwort von Luc Jochimsen heißt es:

Dieses Jahr in Jerusalem würde Herzl seine Leute an den Verhandlungstisch holen. Gehettomauern dürfte es in seinem Staat nicht geben, und Jerusalem müßte offen sein, offen für alle. Er war ein Visionär, aber er war auch ein Pragmatiker, und eins hat er nie gewollt: andere anstelle der Juden ins Elend zu treiben. Sein Grundsatz war: Der zionistische Staat ist nicht nur eine rechtlich gesicherte Scholle, sondern strebt nach sittlicher und geistiger Vollendung. Ein aussichtsloser Grundsatz: *dieses Jahr in Jerusalem?* Niemals, würde Herzl sagen und den Kampf weiterführen gegen den Dämon Antisemitismus.

Aus der Autorenlesung vom 26. Februar 2004 mit Marcel Pott habe ich mir sein Buch „Schuld und Sühne im Gelobten Land – Israels Sonderrolle im Schutz der westlichen Welt“ mitgebracht. Ich zitiere aus dem Klappentext und zwei Sätze von der Seite 97:

.. Die einseitige Parteinahme der USA zugunsten Israels vermittelt der großen Mehrheit der Araber und Muslime weltweit ein gefährliches Ohnmachtsgefühl. Wenn die israelische Regierung auf besetztem Land der Palästinenser jüdische Siedlungen bauen lässt, so wird sie dafür nicht zur Rechenschaft gezogen. Ebenso wenig, wenn sie die Strukturen der palästinensischen Autonomieverwaltung zerstört und militante Kämpfer und Politiker ohne Gerichtsurteil liquidiert.

Ohne Zweifel, Israel muss sich vor dem palästinensischen Terror schützen. Aber wir dürfen nicht zuschauen, wenn aus Opfern Täter werden. Denn die Geschichte des Nahost-Konfliktes ist untrennbar mit der Geschichte der westlichen Politik verbunden. ...

... Nur eins ist klar: Das palästinensische Volk bleibt im Zangengriff der israelischen Besatzungsmacht. Und die politische Deutungshoheit über palästinensisches

Wohlverhalten liegt unverändert bei der israelischen Regierung. ...

Werner Onken schreibt zum Zionismus und Israel:

Zum Zionismus und zum Siedeln von Juden in dem ihnen seit biblischer Zeit verheißenen Land Palästina hat sich Gesell nicht mehr geäußert – weder wohlwollend noch kritisch. [54] Seine bodenreformerische Grundforderung, dass jeder Mensch „ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung“ das elementare Menschenrecht haben solle, „dorthin ziehen zu können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt“, schließt jedoch auch die Freiheit von Juden gleichermaßen wie von Arabern ein, im Bewusstsein der Tatsache, dass „wir alle Altangesessene dieser Erde sind“, in Palästina zu siedeln. [55]

Da Theodor Herzl in seinem Buch „Der Judenstaat“ keine genaueren wirtschaftspolitischen Vorstellungen niedergelegt hatte, fiel dem jüdischen Arzt und Soziologen Franz Oppenheimer die Rolle des „leitenden Volkswirts der zionistischen Bewegung“ zu. In seinem Vortrag auf dem 6. Zionistenkongress 1903 in Basel führte er Bodenreformgedanken in den Zionismus ein: „Selbstverständlich gehörten zu diesem Programm auch die Grundzüge der sog. bodenreformerischen Politik: Grund und Boden nur als Dauerbesitz, aber nicht als frei veräußerliches Eigentum auszugeben, um jede Spekulation damit unmöglich zu machen.“ Damit hatte Oppenheimer einen maßgeblichen Anteil an der Entstehung des Jüdischen Nationalfonds sowie der Kibbuz- und Moshavsiedlungen. Und „nach schweizerischem Vorbild“ wollte er „nicht nur ein tolerantes, sondern ein geradezu brüderliches Verhältnis zu den Arabern“ aufbauen.

Wenn Silvio Gesell sich noch zum Zionismus geäußert hätte, dann bestimmt auch hier in einem Sinn, der die Geistesverwandschaft mit Franz Oppenheimer - dessen Schüler Ludwig Erhard unsere Republik stark geprägt hat - sichtbar gemacht hätte. Aber das Verhältnis zwischen jüdischen und arabischen Israelis ist nach den Berichten, die ich gelesen habe, alles andere als brüderlich. Die Haltung der Mehrheit der Israelis würde man, auf unsere Verhältnisse übertragen, nationalistisch und rassistisch nennen. Die im Zitat zum Ausdruck kommende damalige Zielsetzung von Franz Oppenheimer macht ihn mir einmal mehr sympathisch. An der Entwicklung des Zionismus kann man studieren, was für eine negative Entwicklung eine Idee nehmen kann, die am Anfang einfach die Herzen vieler Menschen erwärmte. Die Entwicklungsgeschichte des Zionismus, wie auch die des marxistische Sozialismus sollten uns eine Mahnung sein, nicht einfach blind nach der Realisierung der NWO zu streben, sondern immer Acht zu geben, ob es irgendwo abschüssige Bahnen gibt, auf die man ungewollt gelangen kann.

(Hier mußte ich schon wieder eine längere Pause machen, weil wir < = meine beiden jünge-

ren Söhne und ich > in Kiel waren, um das selbstgebaute Segelboot aus dem Wasser zu holen und die Arbeiten für das Winterlager zu erledigen. Das ist nicht nur eine körperliche Anstrengung, sondern bei knapper Haushaltskasse auch eine finanzielle. Da fragt man sich schon, warum der Staat sich mit an den Tisch setzt, wenn man sich eine Warme Mahlzeit in der Gaststätte erlaubt, warum er nochmals kassiert, wenn mit seinem versteuerten Geld Material im Baumarkt einkauft und warum er auch dann seine Hände aufhält, wenn man einen Schaden durch Achsbruch am PKW begleicht. Ich denke, bei uns hätte eine Steuerverweigerungspartei ein fruchtbares Feld zu bearbeiten.)

Ich wechsele jetzt für einen anderen Gedankengang zu Werners Arbeit „Gefahren für die Geld- und Bodenreform von rechts - ...“ und übernehme den Abschnitt „3.3 Wider den Geschichtsrevisionismus“:

3.3 Wider den Geschichtsrevisionismus

Ohne ihre Zweifel an der Verantwortung Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg und für den unübertroffen barbarischen Holocaust sowie ihre Ablehnung der sog. „Umerziehung“ der Deutschen durch die Siegermächte in ihrem Programm offen auszusprechen, verurteilt die NPD die „Schaffung antideutscher Neurosen“.

Deutschland brauche wieder ein „nationales Geschichtsbild“, weshalb der Geschichtsunterricht an den Schulen nicht auf Auschwitz und Lidice reduziert werden dürfe. Außerdem sei Deutschland „größer als die Bundesrepublik“. Nach der Wiedervereinigung der alten BRD mit der als „Mitteldeutschland“ bezeichneten ehemaligen DDR erhebt die NPD Ansprüche auf die „abgetrennten Gebiete“ östlich der Oder und Neiße.^{[40] 7}

Im Gegensatz zu dieser unerträglichen Form des Umgangs mit der Nazi-Vergangenheit und ihren Folgen ließ Silvio Gesell keinen Zweifel an der Verantwortung Deutschlands für den Ersten Weltkrieg. Die deutsche Geschichte seit den verlorenen Bauernkriegen mit der feudalen Leibeigenschaft und dem Großmachtstreben des wilhelminischen Kaiserreiches betrachtete er als eine „Geschichte meiner persönlichen Schande“ und den Ersten Weltkrieg als einen „verbrecherischen blödsinnigen nationalistischen Krieg“, als eine „Barbarei“. ^[41] Im Gegensatz zu konservativen und deutschnationalen Kreisen beteiligte sich Gesell nicht an der Verherrlichung kriegerischen ‚Heldentums‘; stattdessen trat er für einen Verzicht auf die verlorenen Gebiete, für die Erfüllung der Reparationsforderungen der Siegermächte als „Wohltat für Deutschland“ sowie für eine Aussöhnung mit den Nachbarländern Deutschlands ein und forderte obendrein, „Deutschland wieder in ein Einwanderungsland zu verwandeln“. ^[42]

Nach 1945 knüpfte die neu organisierte Geld- und Bodenreformbewegung zunächst

7 Endnoten im Originaltext nachschauen.

an Gesells Geschichtsverständnis an. Als anfällig für Hinwendungen rechtsextremistischen Denkweisen erwies sich jedoch ihr parteipolitischer Zweig in Gestalt der Freisozialen Union (FSU). Während der Zeit des Kalten Krieges ging sie auf sehr fragwürdige Weise mit der neueren deutschen Geschichte um. Bündnispartner suchte sie in den 1950er Jahren sogar in neonazistischen und später in nationalkonservativen Kreisen.[43]

Als die NPD 1967 ihre ersten Wahlerfolge erzielte, kritisierte der FSU-Vorsitzende Kurt Kessler die „völlig nichtssagende Farblosigkeit ihres Programms“ und die Hinwendung vieler Wähler zu „gefühlbetonten Phrasen“.[44] Gleichwohl blieb die FSU weiterhin - insbesondere durch ihren Generalsekretär Ferdinand Böttger, der ehemals der neonazistischen, 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei (!) angehört hatte - nach rechts geneigt, während sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft als wissenschaftlicher Zweig der Geld- und Bodenreformbewegung von der NPD als „organisiertem Unverstand in Deutschland“ und von deren Bestreben, „nationalistisches und autoritäres Denken um ein verschwommenes Programm zu sammeln“, deutlich abgrenzte.[45]

Im Zuge ihrer Rückbesinnung auf ihre eigenen geistigen Quellen nahm die große Mehrheit der Geld- und Bodenreformbewegung nach der Wende vom Herbst 1989 eine kritische Haltung zu der von der Kohl-Regierung betriebenen übereilten deutschen Wiedervereinigung ein. Angesichts der absehbaren Folgen einer Währungsunion auf der Basis eines unrealistischen Wechselkurses von 1:1, des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ und der Privatisierung durch die Treuhandanstalt trat sie für eine konföderative Zweistaatlichkeit von BRD und Ex-DDR ein. Mit Hilfe einer eigenen, möglichst den Geldreformvorstellungen entsprechenden Währung und einer verstärkten Anwendung des Erbbaurechts sollte eine demokratisierte Ex-DDR die Chance einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung bekommen.[46] Im Gegensatz zu diesen Vorstellungen stellte sich die mittlerweile sehr geschrumpfte FSU mit der Bezeichnung der ehemaligen DDR als „Mitteldeutschland“ in ihrem Programm der frühen 1990er Jahre auf eine Stufe mit rechtsextremistischen Parteien und korrigierte dies erst nach Protesten von Teilen ihrer Mitglieder und aus der übrigen Geld- und Bodenreformbewegung. In deren Stellungnahmen zu den negativen Folgen der auf verfehlten Grundlagen betriebenen Politik der deutschen Wiedervereinigung wurden das „Umsichgreifen feindseliger Einstellungen zu Ausländern“ und die Ausbreitung sog. „national befreiter Zonen“ in Ostdeutschland verurteilt.[47]

Mich stört hier schon die Überschrift, weil der Begriff Geschichtsrevisionismus wie die Begriffe Sozialdarwinismus und Globalisierung im allgemeinen nicht dazu dienen etwas zu erklären, sondern um Denkverbote zu installieren. Wer nicht nur offizielle Geschichtsbilder übernommen hat, sondern sich eigenständig denkend an das Thema heran macht, weiß, daß die Geschichtsschreibung – nicht nur auf Deutschland bezogen - in erster Linie eine Geschichte der Sieger ist, nicht nur daß es ein Bedarf an Rechtfertigung und Glorifizierung auf

Seiten der Gewinner gibt, sondern auch weil die Verlierer in der Regel zu erschöpft und desorganisiert sind, um eine eigenständige Geschichtsschreibung zu betreiben. Eine Revision der Geschichte ist also nach bestimmten Zeitabständen immer angebracht, egal welche Nationen betroffen sind. Auch bei uns besteht ein Bedarf an der Überprüfung der Beschreibung geschichtlicher Abläufe, schon deshalb, weil die Schuld und die Schuldzuweisung als politisches Gestaltungsinstrument benutzt wurden. Wenn die offizielle Geschichtsschreibung dazu nicht im Stande ist, muß man sich nicht wundern, daß das Thema von einer Extrempartei aufgegriffen wird, um mit der Befriedigung eines vorhandenen Bedürfnisses in der Gesellschaft Punkte zu sammeln.

Man braucht an der NPD nichts Gutes dran lassen. Nur wenn wir etwas an unserer Republik zu kritisieren haben, dann sind die SPD, CDU/CSU, die FDP und auch die Bündnisgrünen, deren Gründungsmitglied ich bin, die richtige Adresse. Wir – die Mitglieder der Bundestagsparteien und parteiunabhängigen Bürger machen es uns zu leicht, wenn wir das Böse in der Welt, besonders jenen Teil, den wir zu vertreten haben, bei der NPD abladen wollen. Indem wir die Mitglieder von Extremparteien (die gute Kontakte zu Rechtsextremen in Israel haben sollen) zu Parias (Unberührbare) der Politik machen, fixieren wir sie regelrecht in ihrem Handeln und Urteilen.

Ich sehe nicht, daß bewußt - als politische Maßnahme - antideutsche Neurosen in der Bevölkerung geschaffen wurden. Aber ein neurotisches Verhalten zur eigenen Gesellschaft in Form eines negativen Nationalismus hat sich bei uns schon entwickelt. Der Weg zum Status eines guten Deutschen führte eben über die Anerkennung der unendlich großen und einmaligen Schuld der Deutschen. Dieses Verfahren hat auch seinen Preis und ist vor allem ein Risiko, weil eine Gesellschaft ohne ein gesundes Selbstwertgefühl letztlich in seinen Reaktionen unberechenbar ist. Und weil das Nachdenken über die Schandtaten, die im Namen Deutschlands begangen wurden, einem schon wahnsinnig machen können, wäre eine Reduzierung unserer Geschichte auf Auschwitz und Lidice unklug und kontraproduktiv auch im Hinblick auf das Erfassen des grauenvollen Geschehens. Warum wird eine solche Selbstverständlichkeit als eine rechtsradikale Argumentation deklariert?

Der Massenmord der Nazis – besonders an den Juden – ist ja ein besonderes Problem. Wenn man das Geschehen sich bewußt macht und emotional an sich heranläßt, zwingt es einen re-

gelrecht in die Knie. Und rational ist die Fülle der Informationen mit Pro- und auch Kontradarstellungen von einzelnen Menschen bis zu einem sicheren Endurteil hin gar nicht zu verarbeiten. Anstatt hier darauf zu vertrauen, daß die Meinungsfreiheit, der Irrtum und der Zweifel letztendlich der Wahrheit zum Sieg verhilft, hat man per Gesetz den Bürgern eine bestimmte Sichtweise verordnet. Auch diese gesetzliche Fixierung einer Interpretation von Zeitgeschehen ist letztendlich kontraproduktiv, weil die Menschen wissen, daß die Lüge ein Gestaltungsinstrument der Politik ist ⁸und somit auch hinter der Verordnung einer geschichtlichen Sichtweise eine Lüge vermuten können (nicht zwingend müssen). Noch schwieriger wird es, wenn es um die Wiedergutmachung geht. An jenen Menschen, deren Leiden mit dem Tod endete, konnte man nichts wieder gut machen. Jene – die Täter -, die das Leid und den Tod der jüdischen und anderen Opfer verursacht hatten, konnten auch nichts wieder gut machen, weil sie inzwischen selber tot oder – im Verhältnis zur Aufgabe – mittellos waren. Gezahlt haben letztlich über den Fiskus jene Deutschen, die selber Opfer waren. Und dann kommen die Fragen, ob die Wiedergutmachungszahlungen auch gerecht verteilt wurden und ob die Zahlungen an Opferverbände und den Staat Israel nicht neue Opfer „produziert“ haben. Es hat sich doch das Gefühl des Mißbrauchs der Täterrolle bei den (West-)Deutschen eingestellt.

Der Jude Norman G. Finkelstein nennt die moralische und finanzielle Ausbeutung jüdischen Leidens die >Holocaustindustrie< von denen die Opfer kaum einen Nutzen haben. Finkelstein schreibt unter anderem:

2. Kapitel Schwindler, Geschäftemacher und die Geschichte

»Dieses Bezugnehmen auf den Holocaust«, merkt der angesehene israelische Autor Boas Evron an, ist eigentlich »eine offizielle propagandistische Indoktrination, die unaufhörlich Schlagworte sowie eine falsche Welt-sicht hervorbringt und tatsächlich keineswegs darauf abzielt, die Vergangenheit zu verstehen, sondern darauf, die Gegenwart zu manipulieren.« Der Holocaust an sich ist keinem speziellen politischen Programm dienlich.

8 Nachtrag zur Behauptung in der Politik sei Lüge im Spiel. Die HAZ brachte am 26. Okt. 07 unter dem Titel „Der Verrat und die Sehnsucht nach dem anderen Amerika“ einen Bericht über die Diskussion zu dem Film „Von den Löwen und Lämmern“. Der US-Schauspieler Robert Redford, 71, sagt in Bezug auf den Irak-Krieg: „Die US-Regierung habe nicht nur gelogen, es war viel schlimmer: 'Das Problem ist, sie war inkompetent.'“

Mit ihm kann sowohl eine Ablehnung als auch eine Unterstützung der Politik Israels motiviert werden. Durch eine ideologische Betrachtungsweise verzerrt, ließ sich - in Evrons Worten - »die Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis« jedoch »als mächtiges Werkzeug in den Händen der israelischen Führung und der Juden in anderen Ländern«¹ einsetzen. Aus der Massenvemichtung der Juden durch die Nazis wurde
DER HOLOCAUST.

...

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Völkermord der Nazis zunächst nicht als ausschließlich jüdisches - und schon gar nicht als geschichtlich einzigartiges - Ereignis gezeichnet. Insbesondere die organisierten Juden Amerikas gaben sich größte Mühe, ihn in einen universellen Zusammenhang zu stellen. Nach dem Juni-Krieg hat man die »Endlösung« der Nazis jedoch in einen radikal anderen Rahmen eingeordnet. »Der erste und wichtigste Anspruch, der aus dem Krieg von 1967 hervorging und zum Wahrzeichen des amerikanischen Judentums wurde«, erinnert sich Jacob Neusner, sei gewesen, daß »der Holocaust ... einzigartig und in der Menschheitsgeschichte ohne Parallele war«. ...

... Das

Ungewöhnliche am HOLOCAUST ist, daß man seine Einzigartigkeit für absolut entscheidend hält. Welchem anderen historischen Ereignis, könnte man fragen, ordnet man hauptsächlich die Kategorie der Einzigartigkeit zu? Bezeichnenderweise greift man die unterscheidenden Merkmale des Holocaust heraus, um das Geschehen in eine vollkommen eigene Kategorie einzuordnen.

Dabei wird jedoch nie klar, weshalb die vielen gemeinsamen Merkmale als vergleichsweise belanglos erachtet werden sollten.

Alle Holocaust-Autoren sind sich einig, daß DER HOLOCAUST einzigartig sei, aber nur wenige, wenn überhaupt, sind sich einig, weshalb. Jedesmal, wenn ein Argument für die Einzigartigkeit des Holocaust widerlegt worden ist, bringt man statt dessen ein neues
vor. ...

Das Problem liegt
möglicherweise in der Voraussetzung, nicht im Beweis.
Selbst wenn der Holocaust einzigartig wäre, was würde
das für einen Unterschied ausmachen? Wie würde unser
Verständnis sich verändern, wenn die Massenvernichtung
der Juden durch die Nazis nicht die erste, sondern
die vierte oder fünfte in einer Reihe vergleichbarer
Katastrophen wäre?

Mit *The Holocaust in Historical Context* hat zuletzt
Steven Katz seinen Einsatz in die Lotterie mit der Ein-
zigartigkeit des Holocaust eingebracht. Katz führt im
ersten Band seiner auf drei Bände angelegten Unter-
suchung fast 5000 Titel an; er beleuchtet die ganze
Spannweite der Menschheitsgeschichte, um zu bewei-
sen, daß »der Holocaust deswegen eine einzigartige
Erscheinung ist, weil noch nie zuvor ein Staat sich
angeschickt hat, mit bewußtem Vorsatz und systemati-
schem Vorgehen alle Männer, Frauen und Kinder eines
bestimmten Volkes physisch zu vernichten.« ...

... Selbst
wenn Katz' Hauptthese durch Anhaltspunkte gestützt
würde, was nicht der Fall ist, würde damit nur bewei-
sen, daß der Holocaust ein unverwechselbares Merk-
mal besitzt. Es wäre allerdings auch ein Wunder,
wenn das nicht so wäre. Chaumont kommt zu dem
Schluß, daß Katz' Studie eigentlich »Ideologie« ist,
die sich als »Wissenschaft« verkleidet. Hierzu gleich
noch mehr.

Nur ein Katzensprung trennt die Behauptung, der
Holocaust sei einzigartig, von der Behauptung, der
Holocaust sei rational nicht zu begreifen. Wenn es kein
dem Holocaust vergleichbares geschichtliches Ereignis
gibt, dann muß er darüberstehen und kann folglich nicht
von der Geschichte erfaßt werden. In der Tat, DER
HOLOCAUST ist einzigartig, weil er unerklärlich ist,
und er ist unerklärlich, weil er einzigartig ist.

Novick hat diese Mystifizierung »Heiligsprechung
des Holocaust« getauft, und Elie Wiesel ist ihr erfahren-
ster Fürsprecher. Für Wiesel ist DER HOLOCAUST, wie
Novick zu Recht anmerkt, wirklich eine »Mysterien«-
Religion. So intoniert Wiesel, daß DER HOLOCAUST

»in die Finsternis führt«, »alle Antworten verweigert«, »außerhalb, wenn nicht jenseits der Geschichte liegt«, »sich dem Wissen wie der Beschreibung widersetzt«, »nicht erklärt oder bildlich vorgestellt werden kann«, »niemals zu erfassen oder zu vermitteln« sei, eine »Zerstörung der Geschichte« und eine »Veränderung im kosmischen Maßstab« markiere. Nur der Priester-Überlebende (sprich: nur Wiesel) ist geeignet, sein Mysterium zu erahnen. Und doch ist das Mysterium DES HOLOCAUST, wie Wiesel bekennt, »nicht zu vermitteln«; »wir können noch nicht einmal darüber sprechen«. Folglich trägt Wiesel in seinen Reden für das Standardhonorar von 25000 Dollar (plus Limousine mit Chauffeur) vor, daß das »Geheimnis« von Auschwitz¹ »Wahrheit im Schweigen liegt«. ...

Die Debatte um die Einzigartigkeit des Holocaust ist unfruchtbar. Die Behauptungen, der Holocaust sei einzigartig, haben mittlerweile in der Tat eine Form von »intellektuellem Terrorismus« (Chaumont) angenommen. Jene, die die normalen vergleichenden Verfahren wissenschaftlicher Untersuchungen anwenden, müssen zunächst tausendundeinen Vorbehalt voranschicken, um den Vorwurf gar nicht erst aufkommen zu lassen, sie würden »DEN HOLOCAUST trivialisieren«.

In der Behauptung von der Einzigartigkeit des Holocaust ist auch enthalten, daß DER HOLOCAUST einzigartig böse gewesen sei. Die Leiden anderer, wie schrecklich auch immer, seien damit einfach nicht zu vergleichen. Vertreter der Einzigartigkeit des Holocaust weisen diese Implikation immer weit von sich, doch solche Einwände sind unaufrichtig.

Die Behauptungen, daß der Holocaust einzigartig sei, sind intellektuell unfruchtbar und moralisch verwerflich, doch sie bleiben bestehen. Die Frage lautet, warum? Zunächst verleiht einzigartiges Leid einen einzigartigen Anspruch. Das unvergleichlich Böse des Holocaust sondert die Juden laut Jacob Neusner nicht nur von den anderen ab, sondern gibt den Juden auch einen »Anspruch gegenüber diesen anderen«. Für Edward Alexander stellt die Unvergleichlichkeit DES HOLOCAUST »moralisches Kapital« dar; Juden müßten die »Herrschaft« über diesen »wertvollen Besitz beanspruchen«.

Die Einzigartigkeit des Holocaust - dieser »Anspruch« gegenüber anderen, dieser »wertvolle Besitz« - dient Israel in der Tat als vorzügliches Alibi. »Da das jüdische Leiden so einmalig ist«, bringt der Historiker Peter Baldwin vor, »erweitert es die moralischen und emotionalen Ansprüche, die Israel an andere Länder... stellen kann.« So gab, Nathan Glazer zufolge, der Holocaust, indem er auf die »besondere Unverwechselbarkeit der Juden« verwies, den Juden »das Recht, sich selbst als besonders bedroht und als aller möglichen zum Überleben notwendigen Anstrengungen besonders würdig anzusehen«. (Hervorhebung im Original) Um ein typisches Beispiel zu zitieren: Jeder Bericht über Israels Entscheidung, Nuklearwaffen zu entwickeln, beschwört das Gespenst des Holocaust herauf. Als ob Israel sich sonst nicht auf den Weg zur Nuklearmacht begeben hätte.

Es spielt noch ein anderer Faktor mit. Die Behauptung der Einzigartigkeit des Holocaust ist auch die Behauptung der jüdischen Einzigartigkeit. Nicht das Leiden der Juden machte den Holocaust so einzigartig, sondern die Tatsache, daß die Juden litten. Oder: Der Holocaust ist etwas Besonderes, weil Juden etwas Besonderes sind. Ismar Schorsch, Kanzler des Jüdischen Theologischen Seminars, kritisiert heftig den Anspruch auf die Einzigartigkeit des Holocaust als »eine geschmacklose, säkularisierte Version der Auserwähltheit«. So vehement Elie Wiesel in bezug auf die Einzigartigkeit des Holocaust ist, so nachdrücklich vertritt er auch die These, daß die Juden einzigartig seien. »Alles an uns ist anders.« Juden sind ontologisch außergewöhnlich. DER HOLOCAUST bezeichnete den Höhepunkt eines tausendjährigen Hasses der Nichtjuden; damit bezeugte er nicht nur das unvergleichliche Leiden der Juden, sondern eben auch ihre Einzigartigkeit.

Während und nach dem Zweiten Weltkrieg, berichtet Novick, »hätte kaum jemand innerhalb der Regierung [der USA] - und auch kaum jemand außerhalb - die Worte Verlassenheit der Juden« verstanden«. Nach dem Juni 1967 kam es zu einer Wende. »Das Schweigen der Welt«, »die Gleichgültigkeit der Welt«, »die Verlassenheit der Juden«: Diese Themen wurden zu einer Klammer der HOLOCAUST-Diskussion.²⁰

Mit der Aneignung eines zionistischen Glaubenssatzes wurde Hitlers »Endlösung« innerhalb der Konstruktion DES HOLOCAUST zum Höhepunkt eines tausendjährigen Judenhasses der Nichtjuden erhoben. Die Juden kamen um, weil alle Nichtjuden, sei es als Täter oder als passive Mittäter, ihren Tod wünschten. Laut Wiesel lieferte »die freie und zivilisierte Welt« die Juden »an ihren Henker aus. ...

(Auszüge Seite 49 – 57 / Endnoten im Original nachsehen.)

Und auf Seite 140 steht der Satz:

Der Jüdische Weltkongreß hat > eine ganze Holocaust-Industrie hervorgebracht <, warnt ein Anwalt, der Überlebende vertritt, und hat > sich der Förderung ... einer sehr häßlichen Wiederauferstehung des Antisemitismus in Europa ... schuldig gemacht <.

Natürlich können wir Finkelsteins Aussagen nicht blind übernehmen. Wir können uns aber auch nicht immer vorschreiben lassen, wen wir lesen und zitieren dürfen. Über Norman Finkelstein, seine Herkunft, sein Werdegang, seine Stellung heute und über die Auseinandersetzung mit seinen Veröffentlichungen ist einiges in Wikipedia zu finden.

http://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Finkelstein

Einen anderer Fall des Widerspruchs zur Mehrheitsmeinung über die Vorgänge im Dritten Reich und die Juden hat Paul Rassinier mit seinem Buch „Die Juden und das Dritte Reich – Richtigstellungen zur Zeitgeschichte“⁹ (Sonderausgabe 2001) formuliert. Rassinier war französischer Widerstandskämpfer, der im Zweiten Weltkrieg im Konzentrationslager Buchenwald interniert war. Ich frage mich: 1. Warum die Aufregung über die Bücher wie die von Rassinier und Finkelstein, wenn deren Inhalte falsch sind, aber hunderte von Titeln mit der richtigen Darstellung auf dem Markt sind? Warum findet ein linker, französischer Widerstandskämpfer für sein Buch keinen renomierten Verlag und muß es in einem kleinen, vermutlich „rechten“ Verlag veröffentlichen. Rassinier leugnet nicht das Leid der Juden, sondern wendet sich gegen die aus seiner Sicht festgestellte Geschichtsverfälschung. Ich bringe hier nur zwei Zitate, die seine eigene Haltung verdeutlichen. Rassinier geht davon aus, daß der Zweite Weltkrieg „eine Folge des völlig verfehlten Vertrages von V e r s a i l l e s gewesen ist“.

9 Innentitel: „Was ist Wahrheit? - Die Juden und das Dritte Reich“

Aus dem
Vorwort
BANKROTT DER LINKS-INTELEKTUELLEN

...

Wenn es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch nur wenige gab, die meinten, daß die Greuel des Krieges und die Schuldfrage nachgeprüft werden müßten, so ist es doch bemerkenswert, daß es sich hierbei vor allem um rechts stehende Menschen handelte und daß diese sich dabei stützten auf jene Grundsätze, in deren Namen die Intellektuellen der Linken fünfundzwanzig Jahre vordem den Vertrag von Versailles abgelehnt hatten. Demgegenüber, was nicht weniger bemerkenswert ist, hielt es jetzt – nach 1945 – die überwältigende Mehrheit der Linksintellektuellen für erforderlich, Nürnberg zu bejahen und zu verherrlichen und zwar auf Grund von Prinzipien, die damals von der Linken als reaktionär verworfen wurden. Es gab hier jedenfalls einen ganz erstaunlichen Frontwechsel und dieser Frontwechsel brachte auch für mich persönlich ein Drama mit sich. Obwohl ich politisch gebunden war, blieb ich den Kategorien der Geschichtswissenschaft treu. Die Linke war meine geistige Heimat. Mein Verstand fühlte sich zu Hause in einem Sozialismus, der vor allem humanistisch eingestellt war, der seine Hoffnung schöpfte aus einer Deutung der historischen Tatsachen, der versuchte, durch ruhige Beobachtung zu einem objektiven Bild vom Weltgeschehen zu gelangen. Ich weiß nicht, welcher Teufel die Linksintellektuellen dazu bewegte, sich zuerst angesichts des Krieges, dann in der Widerstandsbewegung, jene nationalistischen Auffassungen zu eigen zu machen, die die Intellektuellen der Rechten, sogar die der äußersten Rechten, schon lange aufgegeben hatten – aber als das geschah, litt ich darunter ebenso sehr als ob meine eigene Familie irgendeine niederträchtige Handlung begangen hätte.

Hatten die Linksintellektuellen den Verstand verloren angesichts der drohenden Gefahr oder war es eine bewußte Selbstverneinung? Da ich ohne Hoffnung nicht leben konnte, entschied ich mich für die erste Möglichkeit. Aber als die Gefahr vorüber war – als wir den Preis bezahlt hatten, den wir durch die Haltung dieser Linksintellektuellen hatten bezahlen müssen, das heißt, als wir den Krieg ertragen hatten – als dann die Stunde der Abrechnung gekommen war und ich entdeckte, daß diese Menschen, weit davon entfernt, zu ihren Traditionen und ihren Grundsätzen zurückzukehren, nur versuchten, durch unhaltbare Thesen die unhaltbaren politischen Stellungen, die sie eingenommen hatten, zu verteidigen – daß sie nicht zögerten, die historischen Tatsachen zu entstellen und sogar bei Dokumenten vor Hineininterpretieren, vor spitzfindigem Auslegen, vor Fälschungen
- 13 -
und vor der Fabrikation von Schriftstücken nicht Halt machten, da

wußte ich. daß meine Hoffnung getrogen hatte und daß sie tatsächlich sich selbst bewußt verneint hatten!

Im gleichen Augenblick wußte ich auch, daß weder meine politische und philosophische Überzeugung, noch mein Respekt vor der geschichtlichen Wahrheit und vor mir selber es mir je erlauben würden, an dieser Selbstverneinung teilzunehmen – oder auch nur den Schein zuzulassen, daß ich daran Anteil gehabt hätte.

Es war ein Zusammenbruch. Auf ethischem und geistigem Gebiet ebenso total wie auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem. In jeder Hinsicht mußte wieder bei Null angefangen werden: die Tatsachen mußten Stück für Stück betrachtet werden, ihr Wahrheitsgehalt mußte untersucht werden, um sie dann in ihren richtigen geschichtlichen Rahmen zu stellen. Das ist eine Arbeit, die eine Generation dauern wird, dachte ich, denn noch immer wollte ich hoffen. Wenn ich sofort mit der Arbeit anfangen würde, fügte ich hinzu, dann kann ich vielleicht . . .

Ich begann daher mit jener geschichtlichen Tatsache, über die ich glaubte, am besten informiert zu sein, weil ich sie am eigenen Leibe erfahren hatte: das Phänomen der Konzentrationslager. Da es im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand, da alle Diskussionen immer wieder darauf zurückkamen, wird man begreifen, daß ich den Augenblick dazu für einmalig geeignet hielt. Mein Buch „Le Mensonge d'Ulysse“ war daher die erste Tat, mit der ich meine Treue gegenüber den Grundsätzen der Linken aus dem Jahr 1919 unter Beweis stellte. Nach zehn Jahren folgte als zweiter Beweis die Ergänzung, „Ulysse trahi par les siens“.

Hier ist nun der dritte.

Nach der Analyse die Synthese: in dem vorliegenden Buch habe ich versucht, das Phänomen der Konzentrationslager wieder in die geschichtlichen Zusammenhänge einzusetzen, in die es gehört, also in den Rahmen des Zweiten Weltkrieges. Weil in meinen Augen die Urteile, die sich auf Dokumente stützen, die zuverlässigsten sind, war ich der Ansicht, daß diese Zusammenhänge am klarsten aus einer Gegenüberstellung der Materie der dreizehn Nürnberger Prozesse – sowie des vierzehnten, den man in Jerusalem abhielt – und des Versailler Vertrages, deutlich werden.

Um es dem Leser leichter zu machen, berichte ich nicht chronologisch, sondern indem ich den Strom der Geschichte zurückverfolge.

Paris, Februar 1962

Paul Rassinier

- 14 -

Aus:
C. Die Verbrechen gegen den Frieden

...

Meine Leser mögen mich richtig verstehen: auch ich verurteile den Nationalsozialismus, den Faschismus, den Bolschewismus, kurz alle jene Ideologien, die unter dem Vorwand, sie handelten im Geiste der Revolution, den bewaffneten Aufstand predigen und den Terror als Mittel, den Umsturz und ihre Machtergreifung herbeizuführen – um dann, wenn sie nach schrecklichem Blutvergießen ihr Ziel erreicht

- 60 -

haben, durch offene oder versteckte, aber immer blutige, Tyrannei an der Macht zu bleiben.

Aber meine Verurteilung ist eine rein philosophische – sie hat nichts gemeinsames mit einer gerichtlichen Verurteilung. So sehr ich die Ansichten und die Methoden dieser Systeme ablehne, so wenig bin ich bereit, hinzunehmen, daß man auf den Nationalsozialisten, den Bolschewisten, den Faschisten usw. Druck ausübt, um es ihm unmöglich zu machen, seine Meinung zu sagen, oder daß man diese Menschen in den Tod schickt, wenn sie die Entscheidungsschlacht verlieren, nachdem sie die ersten Kämpfe gewonnen hatten. Im Namen jener kuriosen Freiheit, die nur denen zusteht, die sie erobert haben, hat Saint-Just die Französische Revolution umgebracht. Die Freiheit aber ist ein unveräußerlicher Besitz aller Menschen, einschließlich der Gegner der Freiheit. Obendrein sind diese ganzen irrenden Menschen nur die Produkte irrender gesellschaftlicher Systeme, ob es sich um Spartakus oder Hitler, Mussolini oder Castro, Lenin oder Franco handelt.

Wenn man die einen zu Verbrechern, die anderen zu Wohltätern der Menschheit erklärt, bringt man nur eine politische Meinung zum Ausdruck, die objektiv gesehen ohne Wert ist.

Für die Anhänger dieser ganzen Ideologien gilt, daß sie ein soziologisches Problem darstellen, daß ihre Einstellung sowohl ethisch wie philosophisch zu verurteilen ist, daß sie aber juristisch gesehen als Menschen unschuldig sind. Von jenen gesellschaftlichen Formen aber muß man feststellen, daß sie alle sowohl vom ethischen wie vom philosophischen und vom juristischen Standpunkt zu verurteilen sind. Solange es Gesellschaftsformen gibt, die Menschen unterdrücken, wird es Rebellen geben, die mit Gewalt dagegen vorgehen – wobei es leider immer viel mehr Rebellen geben wird, die sich selbst für Revolutionäre halten, als echte Revolutionäre.

Man muß also die Gesellschaftsformen, nicht die Menschen zur

Rechenschaft ziehen. Die Erfahrung aller Völker lehrt, daß die Guillotine den Verbrecher vernichten kann – nicht das Verbrechen. ...

- 61 -

Auch zu dem Wirken von Paul Rasinier gibt es im Internet einiges nachzulesen. Der Eingangssatz bei Wikipedia lautet:

Paul Rassinier (* 1905, † 1967 war französischer Politiker und Lehrer und gehörte zu dem Kreis der Geschichtsrevisionisten, die den Holocaust leugnen.

Ich weiß, mancher Freundin oder manchem Freund der NWO bricht der Angstschweiß aus, in einem freiwirtschaftlichen Papier Personen benannt zu sehen, die im Verdacht stehen, antisemitische oder rechts orientiert zu sein. Wir können uns aber nicht wie ein Arzt benehmen, der vor lauter Angst, er könne sich anstecken, die Behandlung eines Patienten verweigert.

Nicht nur Paul Rasinier betont die Wirkung der Versailler Vertrages. Bei Carl Burckhardt, dem letzten Hohen Kommissar des Völkerbundes für Danzig, der eine kritische Distanz zum Nationalismus und den Willen zur Objektivität hatte, ist in seinem Buch „Meine Danziger Mission 1937 – 1939“, 1960, zu einer Detail-Wirkung des Vertrages zu lesen:

Von allem Anfang an wurde in Polen wie im Reich der Verdacht geäußert, es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und bei der Schaffung der »freien« und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen. Warnende Stimmen, die sich in diesem Sinn äußerten, verstummten nie: schon 1919 erklärte in der französischen Kammer Marcel Sembat, >daß Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage<.¹⁰ Am Ende der unglücklichen und zuletzt unheilvollen Episode der Freien Stadt sollte der letzte polnische Außenminister Józef Beck, schreiben: »Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen, als daß es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder zum allermindesten ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern.«

...

Mit Recht hat der französische Botschafter in Berlin, Coulondre, in seinen Memoiren aufgezeichnet, daß das deutsche Volk sich mit der Rückkehr des Elsaß an Frankreich abgefunden habe, daß es ihm aber unmöglich ge-

10 Fußnoten bitte im Original nachsehen.

wesen sei, die Verstümmelung seiner Ostgebiete anzuerkennen. In diesem Punkt und zugleich auch in den militärischen Klauseln müsse es das »Diktat« um so bitterer empfinden, als es in ihm mehr das Ergebnis eines Verrates als seiner Niederlage empfunden habe.

Bei dem ganzen Vorgang scheint man damals vergessen zu haben, daß es eine Danziger Bevölkerung gab (bestehend aus 96% Deutschen und nur 4% Polen), über welche man, entgegen allen Grundsätzen, einfach verfügte. Immer wieder hat sie ihr Recht auf Abhaltung eines Plebiszits verlangt, wie es im Falle der Saar, am 13. 1. 1935, Anwendung finden sollte, - vergeblich! Die um ihre Meinung nicht befragte Danziger Bevölkerung hat denn auch Polen von Anfang an passiven Widerstand geleistet.
S. 25 f.

Ich habe in einem anderen Zusammenhang schon gesagt, daß wir die alleinige Schuld der Deutschen an den beiden Weltkriegen auf uns nehmen könnten, wenn das der Preis für eine bessere Welt wäre. Sie ist aber nicht besser geworden. Und als ich heute morgen über den Konflikt zwischen Kurden und Türken las, dachte ich für ein Moment, ich lese in Veröffentlichung über vergangene in die Gegenwart ausstrahlende Konflikte zwischen den Deutschen und den Polen. Auch die Behandlung und Wertung der Ermordung und Vertreibung der Armenier durch die Türken erinnert an die Handhabung unserer eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit.

Wenn ich die Informationen zu unserer jüngsten Geschichte richtig werte, konnte sich der Nationalsozialismus nicht installieren, weil der Antisemitismus (auch) in Deutschland vorhanden war, sondern weil das sozialökonomische Elend, was die Demokraten (und auch die Siegermächte z.B. mit dem Versailler Vertrag) erzeugt hatten, geradezu eine Startrampe für die Nazis geschaffen hatte. Wir können nun den Nazis alles Böse der damaligen Zeit zuordnen – besonders die Massenvernichtung unschuldiger Menschen -, wir können aber nicht sagen, der ganze Geschichtsverlauf wäre nur durch den Nationalsozialismus bestimmt worden. Auch die Nachbarstaaten waren in sich und unter einander nicht friedliche Friedenstauben. Rußland war wenigstens so aggressiv und auf Expansion aus wie Deutschland. Eine weiterbestehende Weimarer Republik wäre mit großer Wahrscheinlichkeit genauso in den zweiten Weltkrieg verwickelt worden, wie Deutschland unter den Nazis.

Stresemanns Absichten waren bekannt. Er hat sich schon 1925 sehr deutlich geäußert: in einem Brief an den einstigen deutschen Kronprinzen erklärte er die Korrektur der Ostgrenzen, die Wiedergewinnung Danzigs und des

Korridors sowie die Veränderung der oberschlesischen Grenze als ein
Hauptziel seiner Politik.
(Burckhardt, S. 8)

Aber ohne Hitler wäre es den Siegermächten schwerer gefallen, Deutschland völkerrechtswidrig zu berauben. Und dieses zu sagen wäre nach einem verlorenen Krieg ohne Hitler kein rechtsextremes Gedankengut. Eine Dokumentationsstätte der Verbrechen gegen Deutsche wäre so selbstverständlich wie Dokumentationsstätten der Verbrechen die Deutschland gegenüber Menschen anderer Völker verübt hat. Wenn ein Totschlag einen weiteren zur Folge hat, dann hebt das erste Verbrechen nicht das zweite auf, sondern es stehen zwei Verbrechen nebeneinander, auch wenn es eine innere Beziehung zwischen beiden gibt, deshalb ist Jahrzehnte Unsinn geredet worden, wenn den Deutschen, die Opfer waren, gesagt wurde: „Ihr seid zwar Opfer, habt aber selber Schuld, weil ihr Hitler zulassen habt!“ Man muß sich mal vorstellen, Du, Josef, oder ich wollten die Wahl eines Kanzlers verhindern. Welche Chance hätten wir? Und welche Chane hatten unsere Väter, Hitler zu verhindern?

Wenn die CD-ROM mit den gesammelten Werken von Gesell – einschließlich Suchmaschine schon zur Verfügung stünde, würde ich Gesell aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zitieren, wo er argumentiert, daß der Landverlust Deutschlands kein wirklicher Schaden ist, weil für das außerhalb seiner Grenzen produzierte Getreide keine Subventionen gezahlt werden müßte. Ich muß aber ergänzen: Gegen eine Vertreibung von Menschen egal welcher Nationalität hätte er entschieden Stellung genommen und von den staatlichen Grenzen hat er gefordert, daß sie auf Verwaltungsgrenzen reduziert würden.

Ich bringe jetzt noch ein paar Auszüge aus dem Buch von Burckhardt, die mehr oder weniger für sich selber sprechen, so daß ich – wenn überhaupt – nur sparsam kommentieren brauche.

... Es ist bemerkenswert, daß während des ersten Jahrzehnts der staatlichen Existenz Polens in Warschau der Wille zu einer versöhnlichen Politik gegenüber dem Reich schließlich doch immer überwogen hat. Der für diese

Haltung sachlich bestimmende Faktor war Rußland.

Deutschland und Rußland wurden, in völliger Verkennung ihrer potentiellen Macht, nach 1918 als die beiden Ausgestoßenen der Völkergemeinschaft behandelt. Rußland hatte alle seine Kriege in der zweiten Hälfte des neunzehnten und nun den großen Krieg im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts verloren. Mit Hilfe des deutschen Großen Generalstabs hatte es sich den Führern einer extremistischen Minorität, den Vertretern einer Ideologie deutschen Ursprungs in die Arme geworfen, Revolutionären, deren Grundsätze, diktatorisch erzwungen, gleichzeitig zu innerer Konzentration und Härte, nach außen aber zu ungeheurer Werbekraft, und, im Unterschied zum Faschismus, zur Durchdringung und Schwächung aller virtuellen Gegner führte. Eine ähnliche Wirkung, wie von der bolschewistischen Form des Sozialismus, ist innerhalb überblickbarer Geschichteperioden einzig vom Islam ausgegangen. Eine zu höchster Kraftkonzentration führende absolutistische Methode hat das russische Volk aber nicht widerstandslos ertragen. Die erste europäische Nation, welche die Gefahr des marxistisch unterbauten Imperialismus einer Großmacht für die übrige Welt in ihrer ganzen Tragweite deutlich erkannte, war zweifellos Polen. ... (S.9)

Es ist schon erstaunlich, wie die deutsche Generalität durch eine moralisch zweifelhafte Schlaueit sich einen Gegner vom Hals halten wollte und sich dadurch einen größeren und aggressiveren schuf. Dazu bringe später aus dem Buch „Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im ersten Weltkrieg“ von Sebastian Haffner.

... Dem Sieg folgte sehr rasch der für

Polen wenig vorteilhafte Friedensschluß von Riga.

Bei diesem Anlaß wurde die polnische Ostgrenze festgelegt; sie ging nur wenig über die von den Alliierten vorgeschlagene, für Polen unannehmbar Curzon-Linie hinaus, dem Status von 1792 entsprach sie nicht. Die Ausnützung des polnischen Sieges, der eine entscheidende Stärkung der inneren russischen Widerstandskräfte und damit eine dem Westen angleichbare russische Entwicklung erlaubt hätte, wurde vom Westen nicht wahrgenommen. Man glaubte, ein Sieg der Linksextremisten werde Rußland national auf lange Sicht hinaus schwächen; die innere russische Opposition wurde infolgedessen preisgegeben, ihre militärischen Führer wurden verraten, und mit äußersten Mitteln einer Gewaltherrschaft, unter Ausrottung ganzer Bevölkerungsteile, setzte sich im unermesslichen Gebiet der Sowjetunion dasjenige wirkungsmächtige System durch, welches Rußland damals vor einer Aufteilung und kolonialisatorischen Ausbeutung durch die Mächte bewahrt hat, um sodann das einstige Zarenreich innerhalb eines kurzen Vierteljahrhunderts zur beherrschenden Weltmacht werden zu lassen.

Eine deutsch-russische Zusammenarbeit, Zusammenarbeit der beiden nach dem Ersten Weltkrieg als nicht vollberechtigt behandelten großen Staaten, wurde am 16. April 1922 in Rapallo eingeleitet. Der vier Jahre später, am 24. April, zwischen den Sowjets und dem Reich abgeschlossene Vertrag von Berlin, war weitgehend gegen Polen gerichtet. Zwischen den Zeilen seines Textes war bereits das Verhalten zu erkennen, das Rußland dann 1939 in den ersten zwei Wochen des Krieges in die Praxis umwandelte. Die späteren Abmachungen haben nur einen Tatbestand verstärkt, der schon seit dreizehn Jahren vorhanden war. Mit Abschluß jenes Vertrags von 1926 hat die intensive militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Berlin begonnen, welche von den Westmächten, obwohl sie ihren Generalstäben bekannt war, unterschätzt wurde. Die russische Armee übernahm damals die kriegswissenschaftlichen und technischen Erfahrungen der preußisch-deutschen Armee; deutsche Militärstationen, Lager in denen die Reichswehr die im Versailler Vertrag verbotenen Waffen erprobte und einübte, wurden auf russischem Gebiet zur Verfügung gestellt. Bei Ischwesck, am Flusse Kama, östlich von Kasan, befand sich das große deutsche Panzerübungsfeld. Die polnische Regierung war über jede Einzelheit des deutsch-russischen Zusammenwirkens unterrichtet, in Warschau kannte man die häufigen Kontakte der Deutschen mit der russischen Generalität, >Kama< war das polnische Kennwort für diese deutsch-russischen Vorgänge auf militärischem Gebiet. Polen, wie der Ausgang bewiesen hat, stand bis zum Jahre 1939 beständig der tödlichen Gefahr des Zweifrontenkrieges gegenüber. Verschlechterten sich aber die deutsch-russischen Beziehungen was manche als Ausweg erhofften, so mußte Polen zum Kriegsschauplatz werden. Das außenpolitische Verhalten aller polnischen Regierungen innerhalb der zwanzig ersten Lebensjahre des wiederhergestellten Staates war durch diese Lage bedingt. ... (S. 10 f.)

Wer war hier der Gute, wer der Böse? Wie klug oder dumm waren die Politiken der beteiligten Staaten? Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!

Innerhalb des für Polen so unheilvollen Kräftespiels zwischen Deutschland und der Sowjetunion fiel Litauen eine Rolle zu. Auch mit diesem Staatswesen wäre eine föderalistische Lösung das Gegebene gewesen, aber durch die nationalistischen Zwangsvorstellungen der Epoche versteifte sich die Lage. Im Oktober 1920 hatte Pilsudski die ethnisch-kulturell überwiegend polnische Gegend der Großstadt Wilna, wo sich polnische, litauische, weißrussische, ruthenische und jüdische Bevölkerungselemente durchdrängen, militärisch besetzen lassen. Mittellitauen wurde im März des Jahres 1922 dem polnischen Staat eingegliedert, die Botschafterkonferenz anerkannte diesen Tatbestand, die litauische Regierung aber beschlagnahmte innerhalb ihres Hoheitsgebietes den polnischen Grundbesitz, sie brach alle Beziehungen zu Polen ab, ein unüberbrückbarer Graben trennte fortan die beiden

Gebiete, die doch während mehr als fünf Jahrhunderten gemeinsam Geschichte erlebt hatten.

Um das polnische Vorgehen zu verstehen, muß man daran erinnern, daß, während Polen 1920 einen Krieg mit Rußland auf Tod und Leben führte, Litauen am 12. 7. 1920 mit dem Sowjetstaat in Moskau einen Friedensvertrag abschloß, dessen Artikel 2 eine gemeinsame Grenze zwischen Rußland und Litauen voraussah, wodurch die Annexion von Territorien, die man zweifellos als integrierenden Bestandteil Polens ansehen mußte, vorausgesetzt wurde. Als dann aber Rußland mit Polen am 13. März 1921 den Friedensvertrag von Riga abschloß, wurde die vorhergehende, soeben erwähnte territoriale Begünstigung Litauens *expressis verbis* aufgehoben, was die Russen jedoch nicht daran verhindert hat, in den darauf folgenden Jahren Erklärungen abzugeben, die ihre den Litauern gemachten Konzessionen wieder anerkannten. Mit Absicht wurden Widersprüche geschaffen, um die Lage möglichst zu verwirren. (S. 15)

Hier sieht man deutlich, daß die Politik der östlichen Nachbarn Deutschlands auch nicht besser war, als die der deutschen Regierungen: Politik zu Lasten Dritter, Politik der Verunsicherung, und das alles unter nationalistischen Zwangsvorstellungen, die keine friedensstiftenden föderativen Strukturen erlaubten – wie in der Türkei, Spanien und vielen anderen Orten noch heute in der Welt.

In Deutschland hatte Hitler bei den Reichstagswahlen nur 43,9% aller Stimmen erreicht. In Danzig gewann die Partei die Mehrheit mit 50,03% Stimmen. Wenn man dieses Ergebnis zur Kenntnis nimmt, darf man nicht vergessen, daß damals auf 450 000 Einwohner der Freien Stadt 40 726 Arbeitslose kamen und daß diese sich durch ein ebenso trügerisches wie verführerisches braunes Arbeitsbeschaffungsprogramm, locken ließen. Krankhafte Empfindlichkeit gegenüber Polen tat ein übriges. Vor allem darf die Anziehung nicht unterschätzt werden, welche die allgemeine nationalsozialistische Soziologie und die braune Wirtschaftstheorie im Beginn auf die Bauern ausübte, die Partei schien sich im Unterschied zum Marxismus auf das Bauerntum stützen zu wollen. Festzuhalten ist, daß der Danziger Wahlerfolg der Partei vor allem auf den Stimmen der protestantischen Landbevölkerung beruhte, unterlegen blieb die Partei innerhalb der Stadt Danzig überall dort, wo die katholische Bevölkerung die Mehrheit besaß. (S. 35)

In dem Auszug von Seite 35 wird noch einmal die Bedeutung der Ökonomie deutlich, indirekt für den Untergang der Weimarer Republik, direkt für den Aufstieg der Herrschaft der NSDAP.

Der polnische Konflikt

Die Übergänge von den bisher erwähnten Ereignissen des Jahres 1938 zu den sich überstürzenden Vorgängen, die in der Katastrophe des Jahres 1939 endeten, sind bereits aus meinen ausführlichen, am 2. Dezember 1938 an den Generalsekretär Avenol gerichteten Mitteilungen zu erkennen. Diese enthalten zwar Rekapitulationen, unter anderem eine nochmalige Erwähnung der antisemitischen Vorgänge in besonderer Beleuchtung, sodann Feststellungen, aus denen schon Hinweise auf die weitere Entwicklung der Lage zu lesen sind.

Hier der Wortlaut¹:

»Am 2. Dezember 1938 hatte mich der amerikanische Botschafter in Warschau, Tony Biddle, besucht. Er erklärte mir mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen. Der motorisierten Kraft der deutschen Armee würden sie mit Wendigkeit begegnen. >Im April<, so erklärte er, >wird die neue Krise ausbrechen, niemals seit der Torpedierung der Lusitania bestand in Amerika ein solch religiöser Haß gegen Deutschland wie heute! Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg!< Zu der Mitteilung dieser Aussprüche an den Generalsekretär schrieb ich damals: >Schöne Perspektiven, Calvin gegen die Nachfahren Luthers, und Lenin als Calvins Verbündeter.< (S. 225)

Hier zeigt sich, daß nicht nur Deutschland auf Kriegspfaden war und mit der religiösen Motivierung gibt es auch Parallelen zum Irak-Krieg, wobei ich die religiösen Motive aber für eine Verkleidung der ökonomischen Probleme der USA von damals halte. Für Gott opfert und stirbt es sich leichter als für die Rentabilität des Kapitals.

*... Die Möglichkeit
einer kriegerischen Begegnung zwischen Deutschland und Rußland würde weniger unheimlich erscheinen, wenn nicht so viele Chancen vorhanden wären, daß sie sich in eine Umarmung verwandelt.<*

»Auch hier spricht man viel von zwei Tendenzen, die sich bekämpfen, wie so viele andere innerhalb der herrschenden Partei in Deutschland: einmal die alte Tendenz der Reichswehr, die eine Annäherung an Rußland sucht und die andere, die des Kanzlers; der ideologische Krieg. Unter diesem Aspekt bildet der Antisemitismus Hitlers, dieser pathologische Komplex, vielleicht eine gewisse Garantie gegen die Möglichkeit einer engen Verbindung zwischen Berlin und Moskau.< ¹¹ (S. 234)

¹¹ Hier zitiert Burckhardt aus einem früheren Bericht. Es ist ein Teilzitat. Der in Kursiv gesetzte Text ist im Original in gesperrter Schrift.

Hier wird die Ambivalenz zwischen Rußland und Deutschland wieder sichtbar. Wenn das Militär noch kurz vor dem Krieg an eine Verbrüderung gedacht hat, kann es keinen Angriffskrieg langfristig geplant haben. Bedeutsam ist die Aussage auch für Polen, weil die Polen wohl immer in Sorge waren zwischen den beiden großen Nachbarn zerrieben zu werden. Der Einspruch gegen die Pipeline, die von Rußland und Deutschland durch die Ostsee gelegt werden soll, dürfte daher nicht nur aus verletzter nationaler Eitelkeit und Enttäuschung über ein Geschäft sein, an dem die Polen nichts verdienen. Soweit ich verstanden habe, hat Polen seine Zangenlage immer wieder versucht, mit Bündnissen mit Frankreich zu lockern. Die Zustimmung zu der Stationierung von Raketen der USA dürfte hier auch ein Motiv haben.¹² Wichtig ist auch, daß der Beobachter Burckhardt von des Kanzlers ideologischen Krieg spricht und nicht vom ideologischen Krieg der Deutschen.

»Ein sehr kurzes Gedächtnis in Bezug auf den Verlauf einer politischen Krise ist für die deutsche Mentalität bezeichnend. Man sieht in Deutschland immer nur den letzten Aspekt und vergißt vollkommen die Ursprünge.«¹³ (S. 334)

Beispiel: Man sagt, der Ursprung der Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa ist Hitler und unterstellt den Vertriebenen, sie hätten Hitler verhindern können und vergißt dabei, daß Hitler erst durch die Siegermächte, die ökonomische Unvernunft der Demokraten (die schon einen böswilligen Charakter hatte) und auch durch die Förderung der NSDAP durch die Industrie möglich wurde.

Der Gauleiter erschien punkt 8 Uhr früh mit großem Gefolge. Er eröffnete mir in einer kurzen Rede, > ich sei der Vertreter des Versailliar Veartrags <, den Versailler Vertrag habe der Führer zerrissen, in zwei Stunden würde die Hakenkreuzfahne auf der Residenz der gewesenen Hohen Kommissare aufgezogen werden, die polnischen Vertreter seien alle verhaftet, ich hätte das Territorium innerhalb von zwei Stunden zu verlassen. Ich antwortete, indem ich einen kurzen Protest formulierte, worauf der Gauleiter mir plötzlich erklärte: >Persönlich habe ich nichts gegen Sie <, was der Situation eine ganz bestimmte Lächerlichkeit verlieh. Ich drehte ihm den Rücken, setzte mich ans Steuer meines Wagens und fuhr, gefolgt von einem Polizei-

12 Nachtrag: Siehe hierzu: Herrschaft der Zwillinge ist beendet, von Knut Krohn, HAZ 6.11.07 im Anhang 2
13 Hier bin ich mir nicht sicher, wer zitiert wird.

wagen, den ich schon vor der Weichselfähre verlor, über Königsberg nach Kaunas. In Kaunas aß ich am nächsten Tag beim englischen Gesandten, Mr. Preston, zu Mittag. Als wir bei Tisch saßen, brachte man ihm ein Telegramm, er las und reichte es mir weiter. Es enthielt nur die Worte: >War one Halifax. < (Fußnote: was besagen sollte: Krieg Nr. I, noch nicht mit Italien. TA)

Einen Tag später saß ich mit dem lettischen Außenminister Munters in Riga im Offiziersklub. Munters sagte mir wörtlich das gleiche, was der polnische Staatspräsident Moscicki mir im Beginn des Jahres 1937 erklärt hatte, nämlich: »Wir fürchten nichts, Rußland wird nicht erlauben, daß Deutschland uns anrührt, Deutschland wird Rußland daran hindern, uns etwas zu tun.« Drei Wochen später überließ das Deutsche Reich die baltischen Länder den Sowjets, Munters, ein begabter, junger Politiker wurde deportiert, und Hitler führte die deutschen Balten zur Umsiedlung in die noch warmen Häuser vertriebener Polen.

Von jetzt an sah der Westen nur den einen Gegner: Deutschland. Auf beiden Seiten der Fronten des Zweiten Weltkriegs wurden größte menschliche Leistungen, höchste Taten des Muts und der Treue vollbracht, gleichzeitig wurden Verbrechen begangen, deren Grauen in der Erinnerung der Menschen unaustilgbar vorhanden sein wird als unheimliches Mahnmal.

Während der Jahre des Kampfes und über den Kampf hinaus hat man nicht begriffen, daß hinter der Episode des Nationalsozialismus die eigentliche Entscheidung erst einsetzte. (S. 353)

Mit der erwähnten Entscheidung hat Burckhard sicher die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und der Sowjetunion gemeint. Diese Entscheidung hat uns die Schwäche des Sowjetzsystems abgenommen. Aber die Entscheidung gegen den Kapitalismus zur Erlangung von Gesellschaften freier Bürger steht uns noch bevor. Aber der eigentliche Anlaß, daß ich diesen Abschnitt nach hier übertragen habe, ist der Verrat von Hitler und Konsorten gegenüber den Balten (einschließlich der Baltendeutschen). Irgendwo im Buch von Burckhardt steht, daß Hitler keine Ahnung vom Osten Deutschlands gehabt hätte. Aber haben wir danach einen Kanzler gehabt, der davon eine Ahnung hatte? Über Konrad Adenauer habe ich gelesen, daß für ihn Deutschland schon an der Elbe aufhörte.

Auch der Ministerpräsident Slawoj-Skladkowski erteilte mir Audienz. Er äußerte sich kritisch über die Aktion des polnischen Parlaments. > Das Parlament lähmt unsere Aktion<, sagte er, > in diesem Teil Europas lebt man unter einem atmosphärischen Druck, von dem man sich in den westlichen Ländern keinen Begriff macht. Schwer lösbar ist auch bei uns die Judenfrage, 60% unserer Juden sind Kommunisten und 90% aller Kommunisten sind Juden. Wir sind ein junges Land, ein Land der Zukunft, unsere Aktion

muß kraftvoll sein, wir müssen alle unsere Positionen halten, Danzig ist eine solche Position, wir verteidigen sie gemeinsam mit dem Völkerbund, aber man darf die innenpolitischen Belange der Freien Stadt nicht übertreiben. Sie müssen mit den realen Kräften rechnen, die dort im Spiel sind, das Risiko ist ungeheuer, also bitte machen Sie keinen Formalismus! < Sapiienti sat! (S. 73)

Hier habe ich noch einmal einen Rückgriff im Buch von Burckhardt gemacht, weil hier von polnischer Seite auf die damaligen Spannungen an den Grenzen zwischen Polen und Deutschland hingewiesen wird. Ich meine bei Joachim Fernau in seinem Buch „Sprechen wir über Preußen – Die Geschichte der armen Leute“ den Ausspruch eines preußischen Königs gelesen zu haben: Nicht immer sind jene die Angreifer, die den ersten Schuß abgeben. Mehr noch hat mich der Hinweis, daß der Kommunismus (als Partei oder Bewegung) in Polen von Juden getragen wurde, bewogen, den Ausschitt hier zu bringen. Er zeigt, daß die Gleichsetzung von Jude und Kapitalist ein unhaltbares Klischee war (und auch noch ist), das zwar von einigen hervorragenden jüdischen Kapitalisten abgeleitet wurde (oder noch wird), aber nicht die Wirklichkeit der Juden als Gruppe oder Volk widerspiegelt. Ich gehe davon aus, daß die Juden in Polen durch ihr Engagement für den Kommunismus sowohl ihre persönliche Lage, wie auch die Lage der Polen insgesamt verbessern wollten. Wir haben hier aber auch eine Parallele zu den Mitgliedern der NSDAP: Man erhoffte sich von einer Idee, einem System etwas Gutes, obwohl schon für die Einsichtigen erkennbar war, daß es die Hölle sein würde. Ich weiß natürlich nicht, wie genau die Angaben über das prozentuale Verhältnis Juden : Kommunismus in Polen sind. Wenn sie aber annähernd richtig sind und sie auch in anderen Ländern ähnlich waren, dann ist es nicht verwunderlich, daß die Nazis Kommunismus und Judentum gleichsetzten, wie ich es schon gelesen habe. Daß diese Annahme ein Widerspruch zu der Gleichsetzung von Juden und Kapitalismus war und ist, ist im unlogischen, von Propaganda beherrschten politischen Alltag von damals wohl gar nicht aufgefallen.

Hier ist ja die Frage interessant, wie die Verhältnisse in der ehemaligen Sowjetunion waren. Ich konnte aus zeitlichen Gründen dieser Frage jetzt nicht nachgehen. Bei einer kurzen Suche im Internet stieß ich aber auf einen interessanten Beitrag, den ich hier benennen möchte. „Die stalinistische Konstruktion des Juden: Judenpolitik, Antisemitismus und Literatur in Rußland 1929-1953“ Es handelt sich um ein Forschungsprojekt. Mir ging auch hier wieder die Frage durch den Kopf, wie die Geschichte wohl verlaufen wäre, wenn man den Juden im Osten und Westen nicht nur vereinzelt, sondern mehrheit-

lich den Ökonomieansatz von Oppenheimer und Gesell hätte vermitteln können.¹⁴

Ich will nun mit den nächsten Ausschnitten aus einem anderen Werk verdeutlichen, daß sich die USA vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges keineswegs in der Rolle des Friedensengels befanden. Ich weiß nicht, ob es systematische Arbeiten gibt, die die Interessenlagen und das praktische politische Agieren der beteiligten Staaten am zweiten Weltkrieg in einer Synopse verdeutlichen, denn das was ich hier laienhaft mache, ist wohl nicht ganz befriedigend und kann nur andeuten, daß aus der Literatur mehr herauszuholen ist, als wir in unseren Alltagsklischees ausdrücken.

Aus:

John Maynard Keynes
Revolutionär des Kapitalismus
von Robert Lekachman

... Eine reife Volkswirtschaft wird nicht mehr durch intensive Investitionstätigkeit nach vorn getrieben. Genau das war die Lage der amerikanischen Wirtschaft. ... (S. 152)

... Gegen Ende seiner Ausführungen sagte Hansen: >Das Hauptproblem in unserer Zeit, und vor allem in den Vereinigten Staaten, ist die Frage der Vollbeschäftigung.< Gegenwärtig lebten wir in einer Zeit, die durch nur schwache Erholungspausen und verlängerte Phasen der Depression gekennzeichnet sei: >Das sind die Hauptfaktoren der säkularen Stagnation – kümmerliche Erholungspausen, die bereits in ihrem Anfangsstadium verkümmern, sowie Depressionen, die aus sich selbst neue Kraft schöpfen und einen scheinbar unvermeidbaren Kern an Arbeitslosigkeit zurücklassen.<

Ein ernstes Problem, in der Tat. In seiner Betrachtung über die Gegebenheiten eines ähnlichen ökonomischen Tatbestands für England hatte Keynes damals das extreme Mittel einer allgemeinen Verstaatlichung der Produktionsanlagen in Erwägung gezogen. In den Vereinigten Staaten wagte keine wirklich einflußreiche Persönlichkeit einen solchen Standpunkt zu beziehen. Die meisten waren überhaupt nicht bereit, so weit zu denken.

Hansen selbst war alles andere als zuversichtlich. Zwar trat er für die Anregung des Konsums durch Steuersenkungen sowie öffentli-

¹⁴ Ich übersehe dabei nicht die Theoriedifferenzen zwischen Oppenheimer und Gesell, halte sie aber für die generelle Marschrichtung für unwesentlich.

che Investitionen in >menschliche und natürliche Ressourcen bzw. in gesellschaftlich nutzbare Produktionsgüter, die zur Befreiung von körperlichen und kulturellen Bedürfnissen der ganzen Gesellschaft dienen sollten, für eine nützliche Sache< ein, doch fürchtete er um die >wirtschaftliche Nutzbarkeit< einiger Einrichtungen dieser Art. Er fragte sich obendrein, bis zu welchem Umfang man die staatliche Ausgabenpolitik vorantreiben könne, >ohne das System der freien Marktwirtschaft in Frage zu stellen<. Aus einer ansteigenden Staatsverschuldung könnten sich unangenehme Folgen ergeben. Sehr umfangreiche Staatsausgaben könnten zwar der Volkswirtschaft die Vollbeschäftigung sichern, dies aber nur um den Preis einer verlustreichen Inflation.

Die Vereinigten Staaten befanden sich in einer scheinbar ausweglosen Situation. ... (S 156 f.)

... Am Ende dieser betrüblichen Geschichte von stümperhaften politischen Entscheidungen und verpaßten Gelegenheiten drängt sich eine Frage auf: Was hielt Roosevelt davon ab, eine konsequente Politik staatlicher Ausgaben zu verfolgen, um so das Land von der Last der Arbeitslosigkeit zu befreien, die es bis Pearl Harbor tragen mußte? (S. 160)

Keynes in der Nachkriegszeit

Mit dem Tag des Sieges über Japan, dem 2. 9. 1945, endete der erste Krieg, der nach Keynesianischen Grundsätzen geführt wurde. Beweise für diese Behauptung sind im Überfluß vorhanden. Die Kriegsämter analysierten Bedarf und Ressourcen mit dem Keynes'schen Volkseinkommens-Konzept und brachten sie dann mit dem statistischen Material aus dem amerikanischen Handelsministerium in Einklang. Die Berechnung von Inflationslücken durch den Vergleich von Konsumenteneinkommen mit der Summe der Konsumgüterpreise, oder die Feststellung, daß die Summe aus Privatinvestitionen und Staatsdefiziten kleiner war als die Summe der privaten Ersparnisse und der Steuereinnahmen, stellte für die Wirtschaftswissenschaftler nur noch eine Routineangelegenheit dar. Aus Besprechungen dieser Art leiteten sie die Grundlagen für Preis- und Rationierungskontrollen ab, die zu den erfolgreichen Maßnahmen der Kriegsplanung zählten. Wie in Großbritannien bildeten Preise, Löhne, Haushalte, Steuern und Kontrollen keineswegs die Maßstäbe für finanzielle Gesundheit oder nationale Zahlungsfähigkeit, sondern sie stellten die Instrumente für die materielle Verteilung von Menschen und Ressourcen. ... (S. 203)

Wir sehen hier die die klassischen Probleme im Kapitalismus: a) Sinkende Renditen in altern-

den Volkswirtschaften, b) dadurch sinkende Investitionsbereitschaft (Liquiditätsfalle), c) Unterbeschäftigung mit Arbeitslosigkeit, d) steigenden Spannungen innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Gesellschaften, e) Flucht in die Rüstung und den Krieg als sich anbietende Lösung. Und vielleicht ist als neues Problem zu bezeichnen: Der Mißbrauch einer ökonomischen Theorie zur Kriegsführung.

Josef, ein anderes Thema: Wo ist Mitteldeutschland?

Werner geht zu Recht auf den Sprachgebrauch bei der NPD ein: „Deutschland sei 'größer als die Bundesrepublik'“ und auf die Bezeichnung der neuen Bundesländer als Mitteldeutschland. Wenn sich die Gesamtgesellschaft, die Politik und die Politikwissenschaft aus der Diskussion um die Frage, was Deutschland war und heute Deutschland ist, verabschiedet, dann ist es berechtigt, daß eine Extrempartei sich als Lesezeichen in der Geschichte einer Gesellschaft gebärdet. Wenn sie dabei falsche Signale sendet, ist es Sache konkurrierender Gruppen und Institutionen Korrekturen sichtbar zu machen. Es hat aber wenig Sinn, zu verlautbaren, die NPD ist böse, weil sie solches sagt, sondern man muß dann genau hinschauen, wo ihre Argumentation falsch oder destruktiv ist. Wir müssen lernen zu unterscheiden, was die geographischen Grenzen Deutschlands in der jüngeren Geschichte waren und wie sie heute verlaufen, um uns davon eine ungefähre Vorstellung zu machen. Die ganzen Grenzverschiebungen in Deutschland und Europa im Laufe der Geschichte zu verstehen und sich zu merken, ist wohl nur wenigen Köpfen mit Unterstützung von Hilfsmitteln möglich. Aber das Gebiet der ehemaligen DDR oder das der neuen Bundesländer war nun mal Mitteldeutschland. Es ist es nicht mehr, weil östliche Landesteile völkerrechtswidrig abgetrennt wurden. Ein Verweis auf Hitler ändert daran nichts. Aber wir wissen, daß dieses Unrecht nicht korrigiert werden kann, ohne daß neues Unrecht in die Welt kommt, und wir wissen – wenn künftig Kriege vermieden werden sollen und Europa gedeihen soll –, daß wir Strukturen entwickeln müssen und können, die den Grenzfragen ihre Bedeutung nehmen. So wie wir Deutschen uns zu unserer Schuld unter dem Nationalsozialismus bekennen, so sollten sich auch unsere Nachbarn zu ihrer Schuld in Bezug auf den Landraub bekennen.¹⁵ Ich bin überzeugt, daß das dem Rechtsradikalismus den Wind aus den Segeln nehmen würde. Und dem ehemaligen Mitteldeutschland sollte man einen neuen Namen geben und nicht mit Ostdeutschland bezeichnen, das eben weiter östlich lag.

¹⁵ Ich übersehe nicht, das der gegenseitige Landraub eine lange Tradition hat. Hier geht es aber nur um die Schuld im Zusammenhang des zweiten Weltkrieges.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es doch so, daß zwar von der Politik der Anspruch auf das Gesamtdeutschland heraus posaunt wurde, aber den Politikern im Alltagsgeschäft alles was hinter dem Eisernen Vorhang lag nur lästig war und bestenfalls für ihre antikommunistische und prowestliche Propaganda nützlich war. Die Menschen im Westen Deutschlands hatten doch mehrheitlich das Gefühl davon gekommen zu sein, was scherten sie da die „Wir-hatten-Leute“, die einem als Flüchtlinge oder Vertriebene meist zwangsweise einquartiert wurden.

Im November 1967 habe ich für den politischen Versuchsballon *Liberal Soziale Partei* – also noch vor der neuen Ostpolitik der Sozialliberalen Koalition - formuliert:

Wir sollten die DDR und die Oder-Neiße-Grenze als Erbschaft von unseren Vätern anerkennen. Wenn wir nicht von den bestehenden Tatsachen ausgehen, werden wir nie erreichen, daß die Grenzen nach dem Osten hin durchlässiger werden; erst recht nicht die Wiedervereinigung.

Polen und Deutsche haben sicher mehr gemeinsam, wie es auf dem ersten Blick aussieht. Viele Deutsche haben polnische Vorfahren, viele Polen arbeiten und leben in Deutschland oder haben in der Vergangenheit in Deutschland gewirkt (und auch umgekehrt). Bei einer Suchanfrage im Internet hatte ich mehr Meldungen als ich verarbeiten konnte. In Erinnerung ist mir geblieben ein polnischer Händler für polnische Spezialitäten in der Nachbarstadt. Dann gab es in vergangener Zeit einen polnischen Missionar in Ostfriesland, ein Ostfrieser der in Polen gewirkt hat und es gab vorübergehend nach dem zweiten Weltkrieg sogar eine polnische Stadt im Emsland:

1945 - Als das Emsland polnisch war

Polen war die fünfte Besatzungsmacht Von Sten Martenson

Maczkow? Eine Stadt im Emsland? Kaum zu glauben, aber sie hat es einmal gegeben. Zu den weithin unbekanntenen Folgen des Zweiten Weltkrieges gehört, dass in Nordwestdeutschland, nahe der Grenze zu den Niederlanden, die britische Besatzungsmacht regulären polnischen Streitkräften eine eigene kleine Besatzungszone überließ, in der Tausende von Polen lebten. Vor sechzig Jahren erhielt die Stadt Haren den polnischen Namen Maczkow. Drei Jahre währte diese ungewöhnliche Episode in der Geschichte der kleinen Stadt an der Ems.

www.dradio.de/dkultur/sendungen/laenderreport/386844/

Meine Familie versucht gerade herauszufinden, ob unsere Großmutter väterlicherseits, eine geborene Barczat (später eingedeutscht Bartschat) polnischer Abstammung ist. Ein Großteil

der Kunden im Foto- und Friseurgeschäft meiner Eltern waren nach dem Krieg Polinnen und Polen. Der Geigenlehrer meiner Schwester und Freund des Hauses war ein Pole. Er hat im Krieg den eingezogenen Schuster ersetzt. Sein Status ähnelte dem eines Gast- und nicht eines Zwangsarbeiters. In meiner Zeit als Matrose auf einem schwedischen Schiff mit gesamt-europäischer Besatzung war der Bootsmann ein Pole. In den neunziger Jahren in der Bootswerft kamen drei meiner Kollegen aus Polen (Hier kann aber eine Deutschstämmigkeit vorliegen. Ich weiß es nicht. Es hat bei der Arbeit keine Rolle gespielt. Der eine vermittelt heute deutsch-polnische Geschäfte.)

Ich mache jetzt Auszüge aus dem Buch „Deutschland im europäischen Spannungsfeld - Die Barsinghausener Gespräche (11 – 14)“ von 1963. Der Innentitel lautet:

„**Gesamtdeutsches Bewußtsein / Schriften zur deutschen Frage / Band 12**“. Das Geleitwort stammt vom Niedersächsischen Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte Albert Höft. Die erste Zeile in Wikipedia lautet über ihn:

„Albert Höft (*29. Mai 1893 in Zerrenthin; † 2. Juli 1980 in Braunschweig) war ein deutscher Politiker (SPD). Ich habe dieses Buch wie das vorhergehende und auch das nachfolgende aus einem Altpapiercontainer geholt. Es zeigt, wie ernsthaft und differenziert um die hier anstehenden Fragen gerungen wurde. Wenn wir ältere Quellen zur Kenntnis nehmen, bekommen wir in Bezug auf die Deutschlandpolitik einen Maßstab (der politischen Mitte), um zu messen, was einst die FSU vertreten hat und was die NPD heute vertritt. Natürlich ist derjenige aus der Sicht der westdeutschen marxistischen Linken schon ein Anhänger der NPD, der versucht, sich über sie zu informieren und ihr Wollen einzuordnen. Die hervorstechende Eigenschaft der Linken ¹⁶ ist leider eben das Diffamieren und nicht das Differenzieren. Der geistig-politische Verfall der Linken wird einem deutlich, wenn man ihre heutigen Äußerungen mit jener aus der Frühzeit vergleicht. Der von Dir übermittelte Beitrag von Heiko Langner aus dem Neuen Deutschland vom 27. 10. ist mir mal wieder ein Beweis dafür. Zugute halten kann man nur Autoren wie Langner, daß sie sich nicht von der marxistischen Kapitalismusanalyse tren-

16 Josef, hier zu Deine Anmerkung bei der Korrektur:

„Beruht diese Verallgemeinerung vielleicht auf einem Info-Defizit? Nicht alle diffamieren, und ein Teil der Linken akzeptiert inzwischen den Markt, wie aus etlichen Beiträgen aus Thesen der Linkspartei und der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu ersehen ist. Literatur:

1.) Ulrich Maurer / Hans Modrow (Hrsg.): „Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung“ edition ost, 2006

2. Günter Krause (Hrsg.): „Keynes als Alternative(r)? Argumente für eine gerechte Wirtschaft“, Karl Dietz Verlag, Berlin 2007, Schriften 14 der Rosa-Luxemburg-Stiftung“

Dein Einwand ist berechtigt: Defizite in der Informationsaufnahme gibt es wohl immer. Die Ursache des Unbehagens ist hier wohl, daß unsere politischen Begriffe alle unscharf geworden sind. Es gibt keine Standortbenennung in der Politik mehr, die man ausschließlich mit gut oder schlecht identifizieren könnte.

nen können und daher enorme Schwierigkeiten haben, das marktwirtschaftlich System zu verstehen und den Kapitalismus davon zu unterscheiden. Linke zementieren mit ihrer Methode das, was sie gerne verändern möchten.

oooooooooooo

Die Auswahl der Ausschnitte aus den einzelnen Beiträgen ist natürlich eine willkürliche. Ich hoffe aber, daß sie für sich sprechen und daß ich durch die jeweiligen Schnittstellen keine Aussagen verfälsche. Ich bitte aber, bezüglich der Aussagen zur Sprachenpolitik und Sprachenunterdrückung die Auszüge von Seite 69 (des Buches) mit der von Seiten 342 und 343 zu vergleichen. Eventuelle Fuß- oder Endnoten übertrage ich nicht. Es sei denn, sie sind unmittelbar zum Textverständnis erforderlich.

Die Barsinghausener Gespräche (11 -14), 1963

ZWÖLF THESEN ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK

Die letzten Jahre haben deutlich gemacht, wie umfassend die Deutschlandfrage in das „Spannungsfeld Europa“ eingebettet ist. Auf diesem Hintergrund hat der Arbeitskreis für Ostfragen „12 Thesen zur Deutschlandpolitik“ erarbeitet, die seither im In- und Auslande diskutiert werden.

In vier Themengruppen wird hier der Weg zur Wiedervereinigung unseres Volkes als eine Folge partnerschaftlicher Aussöhnung mit unseren Nachbarvölkern dargestellt. Damit werden Ursache und Wirkung politischen Handelns in ein rechtes Verhältnis gebracht, dessen Ergebnis nicht in der Resignation oder Kapitulation vor der Macht liegt, sondern sich als Bemühen äußert, aus Fehlern zu lernen und einen neuen Anfang für unser Volk in der Völkerfamilie zu finden:

Die Durchsetzung eines neuen – diesem Gedanken entsprechenden – Deutschlandbildes in der Welt erscheint hiernach als Voraussetzung für eine Lösung der Deutschlandfrage im Sinne und zum Wohle unseres Volkes und seiner Nachbarn in Gesamteuropa.

Die 12 Thesen lauten im einzelnen wie folgt ¹⁷:

Die Wiedervereinigung als europäisches Problem im west-östlichen Spannungsfeld

1. Die Wiedervereinigung Deutschlands, das heißt sowohl die Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands als auch die Regelung der Grenzfragen Deutschlands im Osten auf der Grundlage des Völkerrechts ist nicht nur

¹⁷ Abweichend von der sonst zentrischen Darstellung der zitierten Textblöcke sind die Thesen hier wegen der besseren Übersichtlichkeit linksbündig dargestellt.

eine binnendeutsche Frage. Eine Lösung ist nur denkbar im europäischen Rahmen, in den selbstverständlich auch die östlichen Nachbarvölker hineingeboren.

2. Wir weichen weder der Gesamthaftung unseres Volkes für seine Geschichte noch historischen Schuldfragen überhaupt aus. Sie können jedoch nicht nur aus nationalstaatlichem Denken heraus geklärt werden. Die Friedlosigkeit unserer Zeit ist in erster Linie eine Folge des Totalitarismus, der 1917 Rußland eroberte, 1922 Italien, 1933 Deutschland und 1936 bis 1939 Spanien. Alle Deutschen können ebensowenig für die Hitler-Schuld verantwortlich gemacht werden, wie etwa alle Italiener für die Mussolini-Schuld oder alle Sowjetbürger für die Stalin-Schuld.
3. Die europäischen Friedensprobleme müssen mit dem Blick auf die Zukunft gelöst werden. Ein Diktatfrieden gegen das deutsche Volk wird daher abgelehnt, wie wir auch auf die gewaltsame Durchsetzung eigener Rechte in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 verzichtet haben.
4. Die Bundesrepublik ist ein Glied der westlichen Bündnisgemeinschaft, der sie ihre freie Existenz und Sicherheit verdankt. Diese Tatsache entbindet sie nicht von der Verpflichtung zu eigenen Bemühungen um einen Beitrag zur Lösung des Ost-West-Konfliktes.
5. Die genaue Kenntnis des Deutschlandbildes der Nachbarn und anderer Länder ist eine entscheidende Voraussetzung für die richtige Beurteilung deutscher Aufgaben und Möglichkeiten im Ringen um Wiedervereinigung und Regelung der Ostfragen.

Abwehr des Sowjetimperialismus und Überwindung der Ostblockpsychose

6. Dem aggressiven Sowjetimperialismus mit erster Stoßrichtung auf Berlin und das Ruhrgebiet in den Formen direkter Bedrohung, Infiltration und Neutralisationsversuchen (mit dem Ziel der Herauslösung der Bundesrepublik und anderer Staaten aus den westlichen Bündnisgemeinschaften) ist mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten.
7. Nicht die Völker, sondern die Staatsführungen hinter dem Eisernen Vorhang sind der „Ostblock“. Die Völker dürfen keinesfalls summarisch als „der Ostblock“ verstanden werden, sondern sind sorgfältig differenziert zu beurteilen und anzusprechen.

Binnendeutsche Ostwende als Voraussetzung partnerschaftlicher Aussöhnung

8. Die Verbreitung gründlicher Kenntnisse über Geschichte, Kultur, Wirtschaft und politische Entwicklung der östlichen und südöstlichen Nachbarvölker ist dringend erforderlich.
9. Trotz Zensur und erschwerter Reisebedingungen ist den Völkern im sowjetischen Machtbereich ein unverzerrtes Deutschlandbild zu vermitteln, wobei Interesse, Haltung und Aussöhnungswillen gegenüber diesen Völkern zum Ausdruck zu bringen sind – nicht als taktische Maßnahme, sondern als Voraussetzung künftiger Nachbarschaftsregelung im europäischen Rahmen für den Zeitpunkt freier Entscheidungen der Beteiligten.

Aussöhnung und Recht

10. Aussöhnung setzt gleichberechtigte Partner voraus; sie ist weder Kapitulation des Schwächeren noch gewaltsame Durchsetzung des Willens des Stärkeren gegen das Recht.
11. Aussöhnung ist die Grundlage einer gerechten Ordnung in Ost-Mittel-europa. Der Notwendigkeit einer solchen neuen Ordnung sollten sich alle beteiligten Völker bewußt sein.
Die Bereitschaft zu dieser neuen Ordnung und das Vertrauen in ihr Gelingen erfordern die Pflege und Vertiefung des Gemeinsamen und Verbindenden vor einer Auseinandersetzung über das Trennende.
12. Annexionsverbot, Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht der Völker sind gültiges Völkerrecht. Sie sind daher auch die Ordnungs- und Friedensprinzipien für Ost-Mitteleuropa.

(S. 7 f.)

oooooooooooooooo

Aus:

Ostkunde als Unterrichtsprinzip in Niedersachsen Von Helmuth Fechner

...

Keine Verwechslung mit politischer Bildung

Eine große Sorge bereitet der offenbar unausrottbare Hang zur Vermengung ostkundlicher Stoffe und Betrachtungen mit Problemen und Vorgängen in Mitteldeutschland und Berlin. Unsere Erlasse und Verfügungen über Ostkunde meinen unzweifelhaft die deutschen Ostgebiete unter polnischer Verwaltung, nichts anderes. Natürlich kann nicht geleugnet werden, daß z. B. der Geschichtsunterricht seine Aufgabe in Hinsicht auf die Ostkunde nur dann richtig erfüllt (...), wenn er die Zeitgeschichte umfaßt, d. h. die Sowjetisierung Mitteldeutschlands behandelt.
... (S.38)

... Einer deutlichen Klarstellung bedarf fernerhin die Tatsache, daß Ostkunde nicht

Behandlung von Unterrichtsstoffen heißt, die sich auf Gebiete oder Ereignisse hinter der Zonengrenze beziehen. So notwendig es ist, im Rahmen der politischen Erziehung verstärkt die Sowjetzone (nicht Ostzone!) und Berlin in die unterrichtliche Betrachtung einzubeziehen, so geht es bei der Pflege ostdeutschen Kulturgutes darum, den Schülern ein Geschichtsbild zu vermitteln, das die Gebiete von jenseits der Oder und Neiße als unveräußerlichen Bestandteil Europas herausstellt und die unvergängliche Kulturleistung des Deutschtums in diesen Räumen sichtbar macht. Die friedliche Wiedergewinnung der Gebiete, die auch im wohlverstandenen Interesse der osteuropäischen Völker liegt, muß fern aller Revanchepolitik als gesamteuropäische Aufgabe verstanden werden. Deshalb sind auch beispielsweise Angaben wie Kleist's „Amphitruon“, Fontanes „Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland“ oder Werke und Gedichte von Fritz Reuter im Sinne der hier gestellten Aufgabe fehl am Platze. Auch die Berichte des Kunstunterrichts gehen von irrigen Voraussetzungen aus, wenn Betrachtungen von Bauten aus Dresden, Naumburg oder Berlin als Pflege ostdeutschen Kulturgutes angesehen werden. Deutschland hört weder an der Zonengrenze auf, noch an der Oder, und die Mittelzone ist nicht Ostdeutschland. ...

(S. 39)

oooooooooooooooooooo

Aus:

Ostkundliche Überlegungen und Hinweise zur Geschichte Osteuropas
Von Ernst Birke

...

„Wandernde“ Grenzen

Jetzt kommen wir zum eigentlichen Thema der Ostkunde. Die Karte hängt da, und ich empfehle Ihnen, für Tagungen und für die Schule vor allem diese Wensdiow-Karte „Ostmitteleuropa“. Sie hat im einzelnen Fehler, aber sie hat den großen Vorzug, daß sie das physikalische Bild Ostmitteleuropas in einem sehr glücklichen Ausschnitt wiedergibt und ergänzt durch eine Darstellung der Sprachenverhältnisse vor dem letzten Krieg, wo Sie nun nicht nur mit leuchtendem Rot eingezeichnet die Ausbreitung des Deutschtums, wie sie bis in den Krieg hinein bestand, dargestellt finden, sondern, was sehr wichtig ist, auch die östlichen Nachbarvölker.

Sie sollten einmal eine x-beliebige Gesellschaft zusammenholen und die Hand da oben im Nordosten etwa über die Karte decken und fragen: Was sind die Esten für Leute, sind sie Slawen? und was sind die Litauer und wie weit wohnen die Polen nach Osten, wo fangen die Ukrainer an? Sie werden Ihr blaues Wunder erleben! Es ist also schon sehr wichtig, diese Karte gut aufzuhängen und in der Pause sich einmal wieder genau anzusehen, wie denn allein die Völker in Ostmitteleuropa sich verteilen.

Ich fragte eben nach dem Raum, der für die Ostkunde wichtig wäre, und da müssen wir feststellen: „Der Raum wandert.“ Eine Linie, die Ihnen allen geläufig ist, die eine Westgrenze darstellen könnte, wäre die Slawengrenze des

frühen Mittelalters, die berühmte Linie, bis zu der die slawischen Stämme, den abflutenden Germanen folgend, nach Westen vorgedrungen sind und an der sie so um das Jahr 600 nach Christus festgestellt werden. Die Linie, die durch Holstein läuft, die dann die Elbe überschreitet, an die Lüneburger Heide herangeht, dann wieder zur Elbe zurück an der Saale entlang, die dann weit nach Westen ausbuchtet bis in die Gegend von Bamberg, dann sich in den riesigen Waldgebieten verliert, die vom Bayerischen Wald bis Passau und ins österreichische hineinreichen, um darauf so etwa dem Flüschen Enns folgend durch die Ostalpen zu streichen. Eine Linie, an der in den frühen Jahrhunderten des Mittelalters nicht nur Ostmittel-, sondern Osteuropa beginnt, denn jenseits der Linie sind heidnische und damals kaum deutlich faßbare und sehr unentwickelte Stämme eine Welt für sich, und das, was wir Europa nennen, das ist damals auf den Raum westlich dieser Linie beschränkt.

Aber wie war das denn zur Zeit unserer Väter und Großväter? Wer hätte damals das Gebiet von Dresden oder Breslau oder Stettin als osteuropäisch empfunden? Das war doch einfach Mitteleuropa und die Ostprobleme, die fingen nach 1918 etwa in Ostoberschlesien an oder bei Schneidemühl. Nach dem ersten Weltkrieg war die herkömmliche, damals noch herkömmliche Vorstellung eines geschlossenen Deutschen Reiches freilich schon aufgerissen durch den Korridor, durch eine Fülle von Grenzproblemen, von Problemen naher Berührung mit den slawischen Nachbarn vor allem, und dahinter erhoben sich dann die für unsere politischen Ressentiments und Sentiments schon harmloseren Fragen, etwa des Inseldeutschtums im Baltikum und in dem ganzen Streifen, der bis zum Balkan die eigentliche frontale Berührungszone umgab. Das war die neue Welt Ostmittel- oder Osteuropas. Aber der größte Teil des Deutschen Reiches lag noch außerhalb dieser Gefahren- und dieser Spannungszone, dieser auch wissenschaftlich plötzlich so interessant werdenden Zone. Und wie weit ist es heute? Plötzlich ist uns Osteuropa wieder auf den Hals gekommen, und für viele Bereiche, etwa der Gesellschaftsordnung, der Wirtschaft, der Ideologie, des Schulwesens, der Erziehung, beginnt Osteuropa heute am Thüringer Wald, an den hessischen Kegeln und vor den Toren Hamburgs und Lübecks. So verschiebt sich das hin und her, und so geht es natürlich auch in der Begrenzung nach Osten hin. Das Gebiet, auf das sich die Ostkunde stützt, wandert im Laufe der Jahrhunderte.

Es ist eine schöne Aufgabe, an diesem Beispiel zu zeigen, wie vielfältig die Geschichte ist und daß sie sich manchmal zu wiederholen scheint und doch nicht wiederholt, weil die Bedingungen gewechselt haben. Auch der Betrachter der Geschichte muß ungemein elastisch bleiben, um sie zu verstehen.

Noch etwas zum Raum, die Tatsache nämlich, daß die Meere mit ihren Küstengebieten gleichsam Bahnen westlicher Einflüsse sind, die wie Arme den großen kontinentalen Block umfassen und daß die Mitte, der eigentliche Kontinent, eher als ein Freund des Ostens erscheint. Man stelle sich dieses Europa vor von Portugal bis in die Weiten Rußlands hinein. Ringsherum Meer und das Land selber in einer Fülle von Halbinseln und Inseln in dieses Meer hinaus aufgelöst, was

seiner geschichtlichen Entwicklung ja bekanntlich sehr zugute gekommen ist; es ist dicht besiedelt, in jeder Weise hochentwickelt und daher auch sehr empfindlich.

(S. 46 - 48)

oooooooooooooooo

Aus:

DER STAATSPOLITISCHE BEITRAG PREUSSENS

Von Herbert G.Marzian

... Im Westen Deutschlands ist die Erinnerung daran, daß es im Osten auch ein Deutschland gibt, nur sehr schwach gewesen. Man hat hier das vermeintlich Trennende zu jenen ostdeutschen Lebens- und politischen Gemeinschaften meist eher annehmen als die tatsächlichen Gemeinsamkeiten im Bewußtsein behalten wollen. André Siegfried, der französische Akademiker, hat nach dem letzten Kriege gemeint, daß hinter dem Teutoburger Wald eigentlich Europa aufhöre und die Barbarei beginne. Ich fürchte, er gab damit nicht nur einer persönlichen Ansicht Ausdruck. ...

(S. 65)

... Wie war nun die innenpolitische Situation in Deutschland zur Mitte des vorigen Jahrhunderts? Zum ersten werden wir uns daran erinnern müssen, daß es ein Deutschland nur als spirituellen Begriff, als politischen Wunschtraum gab. Er hatte sich wesentlich im 18. Jahrhundert gebildet, dann aber in der Zeit der Befreiungskriege einen politischen Akzent bekommen. War anfänglich die Definition dieses Begriffes vor allem auf kulturelle Kennzeichen abgestellt, so bedingte die Berührung mit politischen Forderungen eine schärfere Abgrenzung dieses Deutschland. An die Stelle einer Deutung aus einer spirituellen Mitte heraus trat die Notwendigkeit, die Begriffsbestimmung von der Peripherie her zu versuchen. In dieser sehr entscheidenden Entwicklung veränderte sich ein deutscher Patriotismus in einen deutschen Nationalismus, dieses Wort noch ohne den kritischen Sinn gemeint, in dem wir es heute sehen müssen. ...

(S. 66)

... Das bedeutet natürlich nicht, daß sich Bismarck für eine völlig bindungslose Politik aussprechen wollte. Er lehnte es lediglich energisch ab, seine politischen Schritte von anderen Überlegungen leiten zu lassen als solchen, die auf Grund der Kenntnis der jeweiligen Situation die Zweckmäßigkeit der einen oder anderen Maßnahme für die Erreichung eines Zieles ermittelt hatten. Die ideologischen oder sogenannten prinzipiellen Argumente konnten dann wie ein verhüllender oder anziehender Schleier verwandt werden. Sie bildeten aber niemals den Nährboden politischen Handelns, wozu sie in ihrer oberflächlichen Dürftigkeit auch gar nicht ausreichten. Bismarck wußte, daß im politischen Schachspiel nur der Wert der Figuren zählt. Das hier sowieso nur in groben Umrissen aufzuzeigende Bild vom Wesen Bismarckscher Politik würde aber gänzlich unvollständig bleiben, wenn wir uns nicht auch daran erinnern würden, daß Bismarck wiederholt

mit großem Ernst betont hat: „Der Politik kommt niemals die Aufgabe zu, Rache zu üben.“ Welch eine Kluft trennte ihn also von jenen Politikern, die im hybriden Glauben, in ihrer Ideologie den Maßstab der Welt zu haben, den Andersdenkenden nicht nur intolerant behandeln, sondern ihn auch mit Haß verfolgen, an ihm Rache zu üben entschlossen sind, weil er dem ideologischen Paradies widerstrebt. ... (S. 68)

... Schon vor 1848, da die Einigungsbestrebungen im Paulskirchenparlament zum ersten Male geschlossen politisch demonstriert wurden, kam noch die Spaltung zwischen kleindeutschen und großdeutschen Auffassungen hinzu. Nach dem Scheitern des Versuches von 1848, wofür der Historiker sehr plausible Gründe angeben kann, gewann die Ansicht an Boden, daß eine Einigung Deutschlands nur unter der Führung von Preußen erreicht werden könne. Das alte Renomme, das sich bereits das friderizianische Preußen erworben hatte, lebte wieder auf. Wir kennen viele zeitgenössische Urteile und Stimmen, welche von dieser positiven Einstellung gegenüber Preußen zeugen. Bemerkenswert ist aber vor allem die preußische Haltung zur Nationalitätenfrage jener Zeit. Der Minister Altenstein führte im Jahre 1822 in einem Erlaß an die Posener Regierung u. a. aus: *„Religion und Sprache sind die höchsten Heiligtümer einer Nation... Eine Obrigkeit, die diese anerkennt, achtet und schätzt, darf sicher sein, die Herzen der Untertanen zu gewinnen; welche sich aber gleichgültig dagegen zeigt oder sogar Angriffe darauf erlaubt, die erbittert und entwürdigt die Nation und erschafft sich ungetreue und schlechte Untertanen. Wer aber etwa glauben wolle, daß es zur Bildung der polnischen Nation wesentlich beitragen würde, wenn sie wenigstens der Sprache nach germanisiert würde, der möchte sich in einem großen Irrtum befinden.“*

Dieses Zitat aus einem amtlichen Erlaß des Ministers Altenstein mag hier für viele andere Belege sprechen, die die damalige preußische Nationalitätenpolitik gerade auch im Posenschen Raume charakterisiert. Das fortschrittliche, so gänzlich unromantische Preußen hatte also durchaus Freunde auch außerhalb seiner Grenzen. Es war keineswegs so, wie Heinrich von Gagern als Präsident des Reichsministeriums 1849 in der Frankfurter Nationalversammlung glaubte formulieren zu können: Das spezifische Preußentum müsse „mittels des deutschen Geistes“ bewältigt werden, denn es sei „der hassenswerteste innere Feind der Einheit Deutschlands.“ ... (S.69)

... Was soll mit dieser Charakterisierung verschiedener Auffassung aufgezeigt werden? Auf der einen Seite sehen wir ein im wesentlichen schwärmerisches, Grenzen überflutendes politisches Denken, das programmatische Forderungen entwickelt, die gerade im Hinblick auf die östlichen Verhältnisse wie eine Brandfackel an einer Pulvermine wirkten. Die als ethische Maxime aufgeputzte Forderung, jedes Volk müsse seinen eigenen Staat haben, mußte zerstörend auf bestehende oder sich bildende Völkergemeinschaften in einem Staate wirken. Auf der anderen Seite lebte der preußische Staat nach dem Prinzip, von seinen Bürgern politische Loyalität, aber nicht auch ein uniformes deutsches kulturelles und sprachliches Bekenntnis zu fordern. ...

(S.70)

... Für das 19. Jahrhundert bedeutet diese Einsicht, daß doch wohl nur ein Staat seinen Bürgern eine sichere Heimstatt bieten konnte, der nicht nach dem Ahnenpaß, sondern nach der Loyalität fragt. Oder anders ausgedrückt: Der Appell an die Vernunft und die Willensentscheidung des einzelnen läßt dem individuellen Gemüt einen freien Raum. Deshalb konnten – wie ich es sehe – sich auch Menschen nichtdeutscher Abstammung, Kultur und Sprache zum preußischen Staat bekennen, weil er in die häusliche Atmosphäre nicht hineinregierte. Deshalb konnten auch Menschen, die nicht in Preußen geboren waren, sich von diesem Staat angezogen fühlen. Deshalb war Preußen damals unter den deutschen Staaten nach seiner Anlage und Tendenz befähigt, Kristallisationspunkt für die deutsche Einigung zu werden.

Noch ein weiterer Aspekt des Wesens des preußischen Staatsgedankens sei erwähnt. Konstantin Frantz, der bedeutende deutsche Publizist des 19. Jahrhunderts, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Preußen ein Staat mit europäischem Charakter sei. Wenn wir uns an die geschichtliche Entwicklung des preußischen Staates erinnern, dann wird uns deutlich, daß bei seiner Entstehung niederländische, französische und englische Einflüsse mehr wirksam gewesen sind als mittelalterliche deutsche Traditionen. Während manche Territorialgebilde auf westdeutschem und süddeutschem Boden zwar in einem urtümlichen Zustand, damit aber in den Fesseln des Mittelalters verblieben und mehr oder minder einer Anpassung an die neuzeitliche Entwicklung nicht fähig waren, gelangte Preußen im 18. Jahrhundert an die Spitze der europäischen Entwicklung. Während Westdeutschland erst durch den Code Napoleon ein neuzeitliches Gesetzbuch erhielt, war in Preußen das Allgemeine Landrecht längst kodifiziert. Auch mit seinen Agrar- und Verwaltungsreformen ging Preußen seit Beginn des 19. Jahrhunderts den übrigen Staaten voran. Vor allem aber – und das ist in unserem Zusammenhang wesentlich – hat Preußen in seiner Weise versucht, inmitten des Spannungsfeldes zwischen Ost und West einen vermittelnden und ausgleichenden Faktor zu bilden. ...

(71.f)

oooooooooooooooooooo

Die preußische Nationalitätenpolitik

... Weite Kreise der deutschen Bevölkerung haben damals – wie auch heute noch – das Bismarckische Reich als einen Nationalstaat mißverstanden. Diesem Mißverständnis ist Preußen gegen Ende des 19. Jahrhunderts bei seiner Nationalitätenpolitik erlegen. Der Frankfurter Historiker Walter Schlesinger hat vor einigen Jahren

dazu festgestellt:

„Nach altpreußischer, noch von Bismarck vertretener Auffassung war der Staat, repräsentiert in der Monarchie, eine objektive Instanz jenseits der Partelen, Klassen, Interessentengruppen und auch Nationalitäten, während In Polen die Kraft des im Zeitalter der französischen Revolution erstarkenden Nationalgedankens sich bereits in dem Aufstand von 1794 erwiesen hatte. Der polnische Nationalismus war mit der preußischen Staatsgesinnung unvereinbar. Der Gegensatz war um so weniger zu überbrücken, je mehr schließlich die Politik des preußischen Staates, nicht zuletzt unter dem Einfluß seiner westlichen Teile, ins nationalstaatliche Fahrwasser geriet... Ein Ausgleich mit den Polen konnte jetzt um so weniger gelingen, als dem polnischen nunmehr auch in Preußen ein nervöser, weil zu spät gekommener deutscher Nationalismus gegenübertrat. Dieser Nationalismus war nicht nordostdeutschen Ursprungs. Es ist für ihn bezeichnend, daß er sich weniger an konkreten Problemen entzündet hat, als an Erwägungen und Stimmungen allgemeiner Art, ähnlich wie die liberale, ebenfalls ideologisch bestimmte Polenschwärmerei der ersten Jahrhunderthälfte. Der Osten war nicht nationalistisch, sondern konservativ; erst sehr spät hat sich dies geändert. Noch 1860 wollten die Konservativen vom ‚Nationalitätenschwindel‘ nichts wissen.“ ...
(S. 72 f.)

oooooooooooooooo

Aus der Sicht des Arbeitskreises von Hans Beske

... Das Hinnehmenmüssen des 17. Juni 1953 in der Zone, der Ungarn- und Polen-
aufstand 1956, die Erklärung der Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze als einem
einseitigen Akt ohne Zustimmung des Westens, und schließlich am 13. August 1961
der Raub Ost-Berlins auch ohne wesentliche Reaktionen, müssen von den Men-
schen auf die Dauer als tiefe Erschütterung des Rechtsbewußtseins empfunden
werden, als eine Kapitulation vor der skrupellosen Macht.

In diesem Punkte sehen wir jetzt das legitime Amt der Vertriebenenverbände
als eine Gemeinschaft der Hoffenden und Kämpfenden um das Recht. Als die be-
wußten Statthalter der Treue und der Pflicht, und zwar nicht nur ausgehend von
der Leistung vieler Generationen im Osten, sondern vor allem als Wahrnehmung
der Kontakt- und Brückendienste zwischen Ost- und Mitteleuropa. Wir sind
der Ansicht, daß vordergründig in diesem ganzen Komplex die Optik nationaler
Rechthaberei unserem ganzen Vorhaben entscheidend schadet. Daß auch Parolen
etwa wie „Pommern den Pommern“, „Ostpreußen den Ostpreußen“ falsch ver-
standen werden, daß dagegen die Betonung der Pflicht zur Wahrnehmung von
Aufgaben für eine deutsche Funktion in Gesamteuropa eine wesentlich glaub-
haftere Argumentation für unser deutsches Anliegen ist. Recht in diesem Zu-
sammenhang sollte niemals dargestellt werden als die Waffe des Ohnmächtigen
nach einer verpaßten Chance der Machtanwendung zur Regelung zwischenstaat-
licher Verhältnisse. Dem Recht auf die Heimat der Vorfahren zur Erfüllung der
Pflichten des eigenen Volkes in der Völkerfamilie Europas kann nur Genüge ge-

tan werden für und mit dem andern, mit dem Nachbarn. Recht kann nur in Abwägung allseitiger Lebensinteressen nach so schicksalhaften Gewichtsverlagerungen zwischen den Völkern durchgesetzt werden, wenn man auf die Macht als Mittel verzichtet hat. Und zwar so durchgesetzt werden, daß es als neue bindende Regelung für alle Teile anerkannt und empfunden wird.

Der Begriff „Ostwende“ und seine Bedeutung

Was heißt das? Ist das Verzicht – oder Teilverzicht? Im Gegenteil! Wir haben für die politische Auswertung dieser Darlegungen in unserem Kreise den Begriff „Ostwende“ geprägt. Ostwende, als den Willen zu partnerschaftlicher Verständigung mit allen östlichen Nachbarn. Dieser Wille muß vor der Durchsetzung deutschen Rechts im Osten stehen und erkannt werden. Wir sollten immer deutlicher machen, daß wir nicht davon überzeugt sind, daß es eine „Automatik“ des Rechts in der Politik gibt. Die Glaubhaftmachung dieser deutschen Haltung in der Welt liegt unseres Erachtens vor der Forderung nach dem Recht, wenn man das Recht überhaupt mit Erfolg durchsetzen will. In diesem Punkte sollten wir den Hebel ansetzen für eine eigene profilierte deutsche Note im Rahmen der westlichen Politik. ...

(S. 107 f.)

Das Interesse am Osten wachhalten!

Wenn uns weiter nichts einfiel, als auf die Straße zu gehen und unser Recht herauszuschreien, dann werden wir bald als lästige kleine Schreihälsa irgendwo auf einem Abstellgleis der Weltpolitik landen. Mir scheint der Weg viel härter zu sein, diesen unbequemen Versuch zu unternehmen, unsere Nachbarvölker davon zu überzeugen, daß ihre Angst, die sie trotz aller deutschen Ohnmacht noch immer beherrscht, unbegründet ist, daß das wahre Deutschlandbild in der Welt verbreitet wird. ...

(S. 109)

oooooooooooo

Aus der Sicht eines englischen Puplicisten

Von Sebastian Haffner

...

Nationale Begriffe und nationale Ziele

Ich habe schon am Anfang gesagt, daß meiner Meinung nach die Wiedervereinigung nicht mehr Fernziel bleiben kann, sondern zum Nahziel werden muß. Meiner Meinung nach ist es, wenn ich es ganz schlicht aussprechen darf, überhaupt notwendig für die deutsche Politik, wieder in klaren nationalen Begriffen zu denken und wieder klare nationale Ziele zu verfolgen. Damit meine ich keinen Hurratriotismus. Aber ich glaube, daß die Deutschen, und nicht nur um ihrer selbst willen, sondern sogar um ihrer internationalen Glaubwürdigkeit im befreundeten Ausland willen, sich werden abgewöhnen müssen, ständig zu sagen: Wir wollen ja gar nichts mehr für uns selbst, wir wollen Teil des freien Westens sein, damit sind wir glücklich. Das ist auf die Dauer unglaublich,

damit ist in Wirklichkeit niemandem gedient, das macht die Desillusionierung, wenn sie eines Tages unvermeidlicherweise auf allen Seiten eintritt, nur gefährlicher. Die Deutschen werden wieder sagen müssen, wie es jede Nation sagt, die Franzosen, Engländer und Amerikaner so gut wie jede andere: Wir haben gewisse nationale Lebensinteressen (im Falle Deutschlands: die Wiedervereinigung), die für uns Priorität Nummer eins haben und ohne die andere Dinge für uns uninteressant werden. ...

(S. 121)

oooooooooooooooooooo

Zusammenfassung

Von Werner Petersmann

... Das rechtsverbindliche Vorwaffenstillstandsabkommen vom 5. November 1918 auf der Grundlage des Weltordnungsprogrammes Wilsons wurde brutal gebrochen, und dieser Vertragsbruch mit der ganzen Kette der Brüche des Selbstbestimmungsrechtes gegenüber Deutschland, Deutsch-Österreich, den Sudetendeutschen usw. löste jene Lawine aus, in der machiavellistisch Macht und Gewalt als die am eigenen Leibe erfahrenen und augenscheinlich entscheidenden Mittel der Politik über das demokratische Recht hinweg die Zügel ergriffen und in das Unheil des zweiten Weltkrieges trieben.

Heinrich von Kleists berühmte Novelle „Michael Kohlhaas“ zeigt gräßlich überzeugend, wie gerade verletztes Recht dämonisch zum wildwütenden Verbrecher machen kann. Beim „böhmischen Gefreiten“ könnte man sagen: „hussitisch“! Jede Ideologie, auch die „rassistische“, ist solchem Urmotiv gegenüber immer erst nachträglich. Im übrigen hat auch die historische Wahrheitsforschung inzwischen bezüglich der Verantwortung für den zweiten Weltkrieg eingesetzt, wie beim ersten Weltkrieg so auch jetzt zumal von Amerika aus. Wichtiger als das Buch über

„Die Ursprünge des zweiten Weltkrieges“ des Briten Taylor, der Hitler zum Anti-Versailles-Politiker entmythologisiert, ist das dokumentarische Werk des Amerikaners Hoggan „Der erzwungene Krieg“, der den englischen und polnischen Außenminister belastet, die im Zusammenspiel ab 1938 Deutschland in einen europäischen Krieg verwickeln wollten.

Die Sowjetunion wiederum ist durch den Stalin-Pakt vom 23. August 1939 an diesem Kriege gegen Polen ebenso mitschuldig und durch die Angriffskriege gegen Finnland und die baltischen Staaten selbst überaus belastet. Auch die millionenfache Blutschuld der Sowjet-Diktatur von den Klassenvernichtungen der Bauern und den Deportationen und Arbeitslagern bis hin nach Katyn muß allgemein hin auf die menschenrechtliche Waage. Die Entrechtung der Tschechei wie Polens durch das nationalsozialistische Regime geschieht auch nicht einfach aus der dämonischen Luft rassistischer Ideologie, sondern hat ebenfalls ihre Wurzeln in deren unrechtmäßiger Entstehung und ihrer Behandlung der „Minderheiten“.

Und schließlich der Antisemitismus mit dem scheußlichen Verbrechen der „Endlösung der Judenfrage“, der geheimen Vernichtung von Millionen Juden durch das nationalsozialistische Regime. Auch dieser Antisemitismus mit seiner fanatischen Grausamkeit muß, freilich als unmenschlichste Tiefe, historisch eingeordnet gesehen werden in die unheimlichen Wellen des Antisemitismus in der europäischen Geschichte, in der auch die Pogrome der Ostvölker nicht zu übersehen sind. Und ebenso darf nicht einfach, oft religiös-gegenideologisch, übersehen werden, daß er bestimmte greifbare Anlässe zumal nach dem ersten Weltkrieg (Ostjuden, Kutisker, Barmat usw.) hatte. Am Ende aber gehören auf die Waage in die andere Waagschale die polnischen und tschechischen rechtswidrigen und auch wahrhaft grausamen Handlungen, und zwar schon von Korfantys oberschlesischen Gruppen nach dem ersten Weltkrieg und dem Bromberger Blutsonntag 1939 bis zu dem Schwergewicht der Ermordungen und Millionenvertreibungen der Ostdeutschen nach der russischen Plünderungs- und Vergewaltigungswelle 1945. Dieser wechselseitige Zusammenhang muß insgesamt erfaßt und erwogen werden, und nur so kommt die Schuldfrage in ein gerechtes Maß.

Dann aber das Allerwichtigste: die Frage der Sühne einer gerecht zu bemessenden Schuld. Besser und genauer: die Frage der Entschädigung und Wiedergutmachung aus der staatlichen Gesamthaftung heraus. Es geht auch hier um das rechtliche Maß nach der völkerrechtlichen Ordnung, an die wir innerweltlich gewiesen und gebunden sind und in der sich das allgemeine Rechtsempfinden unserer demokratischen Epoche objektiv ausdrückt. Auch der Rechtsbrecher bleibt „im Recht“ d. h. in solcher rechtlich bestimmter Ordnung, die für Vergehen aller Art Mittel und Maß festlegt. Er ist nicht vogelfrei, nicht der „Blutrache“ und der sühnenden Willkür ausgesetzt. Wie innerstaatlich, so auch völkerrechtlich. Die völkerrechtlichen Maßstäbe aber sehen als Entschädigung eben nicht territoriale Kompensationen oder Souveränitätseinbuße, nicht Verzichtleistungen an Landgebieten oder an Staatshoheit vor (so schon die Völkerbundssatzung Artikel 10 und das „Genfer Protokoll“ des Völkerbundes von 1924), sondern andere, vor allem wirtschaftliche Reparationen in angemessener und tragbarer Höhe.

Mit weisem Bedacht gemäß dem demokratischen Rechtsempfinden unserer Zeit, denn Raum und Staatshoheit gelten gewissermaßen als das lebensnotwendige Existenzminimum einer Nation, das unangetastet und unversehrt behalten werden muß, genauso wie auch in der innerstaatlichen Rechtspraxis das persönliche Existenzminimum eines noch so verschuldeten Beklagten vom Gerichtsvollzieher nicht beschlagnahmt und eingezogen werden darf, weder Bett, noch Schrank und Tisch noch sein Arbeitswerkzeug. Mag man diesen so lebenswichtigen Beschränkungsgrundsatz doch endlich zur Kenntnis nehmen, lebendig verstehen und seinem politischen Denken und seiner Argumentation einverleiben. ...

(S. 169 f.)

oooooooooooooooooooo

GIBT ES EINE VERSTÄNDIGUNG ZWISCHEN KOMMUNISMUS UND NICHTKOMMUNISMUS?

Von Gerhard Zwerenz

Man stelle sich einmal vor, wir stünden im Kreml, und man sei selbst die Führung der bolschewistischen Partei. Wir haben da eine große Wandkarte, auf der ist die ganze Welt abgebildet, da sitzt der Genosse Chruschtschow und schaut sich die Karte an, und da sagt er sich: So also sieht das 1961 aus, wie sah das 1917 aus? Da war ein armseliger, gottverlassener Emigrant, Lenin, in der Schweiz, und hatte niemanden, mit dem er überhaupt sprechen konnte, er hatte kein Geld, hatte keine Freunde, er hatte keine Zukunftsaussichten, es stand nichts hinter ihm, nichts neben ihm, er lebte in einem kleinen Zimmer, die Fenster konnte man nicht öffnen, denn dann kam der Gestank einer Wurstfabrik herein, die gegenüber war.

Ein halbes Jahr später ließen die Hohenzollern und ihre Generalität den Herrn Lenin in einem verplombten Eisenbahnwaggon quer durch das kriegführende Deutschland durchfahren bis Rußland, damit nun die bolschewistische Revolution vonstatten gehen könne.

Ich muß Ihnen ehrlich gestehen: alle Maßnahmen, die seitdem von westlicher Seite, von nichtkommunistischer, antikommunistischer Seite gegen den Kommunismus getroffen wurden, haben in meinen Augen immer ein wenig von diesem Bilde an sich. Es ist immer etwas dabei, man will sich seiner Haut wehren, in Wirklichkeit zwingt man diese Revolution, sich zu stärken und sich zu stabilisieren. Ausgangspunkt ist eine völlige Machtlosigkeit und völlige Einsamkeit, jener einzelne Emigrant – und heute dieses riesige Imperium. Müssen diese Herren, die im Kreml sitzen und sich diese Landkarte ansehen, nicht selbstverständlich sagen: Donnerwetter, haben wir es weit gebracht, wie weit werden wir es noch bringen! ...

(S. 227)

oooooooooooooooooooo

Aus dem Blickfeld eines polnischen Teilnehmers

Nachdem ich wiederholt schon in England von den Barsinghausener Gesprächen gehört hatte, nahm ich diesmal selbst an einem dieser Gespräche teil. Ich hörte Referate über Jugoslawien, Albanien und über die verschiedenen Arten und Abstufungen des Kommunismus. Die Durchführung dieser Gespräche erinnerte mich an die Lehrtechnik der Hochschulen: Vorträge von hohem Niveau und anschließend Diskussionen in einzelnen Gruppen, vergleichbar den Seminaren an der Universität.

Die Vorträge fesselten mich sehr, aber mit noch größerem Interesse beobachtete ich die Zuhörer. Ich schaute in ihre Gesichter, sah Professoren, Gelehrte,

Journalisten und sehr viele junge Menschen, denn nicht nur Intellektuelle nahmen an diesen Gesprächen teil. Auch Kaufleute und sogar junge Handwerker befanden sich unter den Teilnehmern.

Wie ich bereits erwähnte, befaßten sich die Referate mit Jugoslawien und Albanien, ferner hatten sie die ideologischen Unterschiede innerhalb der kommunistischen Fraktionen zum Thema, die mich an die sehr subtilen im Talmud erwähnten Differenzen erinnerten.

Ich stellte mir die Frage: Warum sind alle diese Menschen hierhergekommen? Warum interessieren sie sich für so fernliegende Probleme? Welchen Wert hat schließlich für sie das Wissen, daß Kroatien in stärkerem Maße den westeuropäischen Einflüssen unterlag als Serbien, oder was bedeutet für sie die Erkenntnis der ideologischen Unterschiede, die in der Vergangenheit die einzelnen Länder Jugoslawiens trennten?

Ich kam zu folgender Schlußfolgerung: Die Deutschen möchten vor allem lernen! Während der imperialistischen Ära, und noch stärker zur Zeit Hitlers, waren die Informationen über Mittel- und Osteuropa stark tendenziös und sogar unwahr. Heute wird jede Propaganda abgelehnt. Man weiß, daß viele Fehler hätten vermieden werden können, wäre die Wahrheit bekannt gewesen.

Und noch etwas wurde mir klar! – Ich lebe seit einigen Jahren in England. Dort fiel mir die große Anzahl von Vereinen, Clubs und pseudo-wissenschaftlichen Institutionen auf. Auf Schritt und Tritt laden Plakate zu Versammlungen, Konferenzen und Ausstellungen ein. Um Menschen anzulocken, werden keine Eintrittsgelder verlangt oder bekannte Persönlichkeiten als Referenten benannt. Die Thematik unterscheidet sich jedoch weitgehend von den in Deutschland berührten Problemen. In England interessieren sich die Menschen in erster Linie für religiöse Fragen, unter besonderer Berücksichtigung der verschiedensten Lebensformen im Jenseits. Daher auch die zahlreichen theosophischen Clubs und Vereine! In Deutschland dagegen wird das religiöse Verlangen durch den katholischen und den evangelischen Glauben vollauf befriedigt – spiritistische Sitzungen erübrigen sich mithin. Die Aufmerksamkeit der Menschen richtet sich auf andere Dinge – sie befassen sich eingehend mit politischen Fragen.

Um das zu verstehen, muß man an die letzten Jahrzehnte zurückdenken. Falsche politische Leitsätze führten zu Fehlern, ja sogar Verbrechen, woraus sich wiederum tragische Niederlagen für das deutsche Volk ergaben. Nun haben die Deutschen das kritiklose Vertrauen zu irgendwelchen Führern verloren, blinder Gehorsam liegt ihnen fern. Nur zögernd schenken sie regierenden Männern ihr Vertrauen wieder. Die Menschen möchten jetzt vor allem wissen und nicht nur glauben! Das Leben stellt alle Völker vor gleich schwerwiegende Probleme.

Eine Epoche geht zu Ende, die andere beginnt vor unseren Augen Gestalt anzu-

nehmen. Was wir in Zukunft zu erwarten haben, kann heute niemand erraten. Verschiedene Anschauungen der Vergangenheit sind sinnlos geworden. Der Kommunismus gilt nicht mehr als Zeichen des Fortschritts, sondern ist Ausdruck einer primitiven Regierungsform – der Diktatur eines einzelnen oder der Masse.

Auch die Demokratien mußten ihre Dogmen revidieren. Sie erweiterten die soziale Fürsorge und Sicherheit und verlagerten die steuerlichen Belastungen.

Diese neue 'Wirklichkeit' entwickelt sich nur langsam und stufenweise. Nicht jeder begreift die Bedeutung der vor sich gehenden Veränderungen.

Meine Behauptung, daß das gegenwärtige Deutschland den Mittelpunkt des europäischen Gefüges darstellt, ist sicherlich nicht übertrieben. Viel hängt natürlich davon ab, in welcher Richtung diese Entwicklung vorangehen wird. Ich meine, die Deutschen hätten, auf Grund ihrer sozialen Instinkte, die ganze Schwere der Verantwortung bereits erkannt. So gesehen, erweist sich das Interesse für politische Probleme als durchaus logisch und folgerichtig.

Zwischen den einzelnen Referaten und während der Mahlzeiten führte ich eine Reihe von Gesprächen mit Teilnehmern dieser Veranstaltung. Auch sie vertraten die bereits erwähnte Meinung. Den Deutschen sind die totalitären Regierungsformen besser bekannt als irgend einem anderen Volk. Mit demagogischen Parolen gewinnt man hier keine Anhänger mehr, wie sich auch niemand für einen übertriebenen Nationalismus begeistert. „Deutschland, Deutschland über alles“ gehört der Vergangenheit an; für viele hat es sogar einen abschreckenden Klang ...

Fehl am Platze wäre aber auch ein zu großer Optimismus. Nichts geht plötzlich zu Ende, wie auch nichts unvermittelt entsteht. Aus der Vergangenheit wurde noch manche Sehnsucht bewahrt ... Das ist jedoch, so meine ich – ungefährlich, denn diese Sehnsucht verblaßt immer mehr. Kein vernünftiger Deutscher denkt heute an Krieg oder Vergeltung.

Die Barsinghausener Gespräche sind keine Einzelercheinung. Während der sechs Wochen meines Aufenthalts in Deutschland habe ich noch an zwei ähnlichen Veranstaltungen teilgenommen: in Bad Godesberg (Tagung des Steinbacher Kreises) und in Mülheim/Ruhr. Die Aufklärungsarbeit umfaßt die gesamte Bundesrepublik. Vielleicht gelingt es den Deutschen durch ihre Aufgeschlossenheit gegenüber dem politischen Geschehen und durch das Kennenlernen ihrer östlichen Nachbarn und ihrer Geschichte zum Bau des Fundaments beizutragen, auf dem dann ein vereintes Europa aufgebaut werden kann. Diese Vereinigung kann nicht durch Krieg und Besetzung erreicht werden, sondern nur durch den freiwilligen Zusammenschluß aller freien Völker in Frieden, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung.

Roman Orwid-Bulicz
(Aus einer Sendung im Fremdsprachendienst)

des „Deutschlandfunk“ vom 26. 11. 1963)
(S. 275 f.)

oooooooooooooooooooo

Das Deutschland- und Russlandbild in der Tschechoslowakei Von Ferdinand Durcansky

... So wurden die Deutschen als Repräsentanten eines reaktionären und rückständigen Systems, als Anhänger der aristokratischen brutalen, militaristischen, ja barbarischen Methoden, als konsequente Gegner der Demokratie und jeden Fortschrittes hingestellt. Das Bild der Deutschen wird noch unsympathischer nach dem ersten und noch mehr nach dem zweiten Weltkrieg geschildert.

Seit dem zweiten Weltkrieg werden die Deutschen als die Verkörperung der brutalen Macht, der Vergewaltigung und des Terrors hingestellt. Das war nämlich die Voraussetzung, um in breiten Schichten der tschechischen Bevölkerung eine solche Psychose zu schaffen, um nach dem ersten Weltkrieg die Beherrschung der Sudetendeutschen und nach dem zweiten Weltkrieg ihre unmenschliche Vertreibung als Selbstverständlichkeit, ja als Notwendigkeit erscheinen zu lassen. Weil diese Ungerechtigkeiten im Grunde genommen im Interesse der Tschechen, die sich als die echten Repräsentanten der Demokratie, der Gerechtigkeit, des Friedens, der Menschlichkeit, ja der höchsten moralischen Werte der Menschheit ausgeben, durchgeführt wurden.

So haben sie sich für die Austreibung der Deutschen initiativ eingesetzt ohne Rücksicht auf die politischen Folgen, die sich an diesen Schritt knüpfen. Und dementsprechend ist der größte Teil der tschechischen politischen Führung auch im Westen bis heute entschlossen, die Änderungen in dem gezeichneten Deutschlandbild davon abhängig zu machen, inwieweit die Deutschen bereit sind, mit diesem *fait accompli* einverstanden zu sein oder nicht. Sie machen zwischen den Deutschen bedeutende Unterschiede. Nur solche Deutsche werden als Demokraten, als friedliebende, tolerante, liberale Menschen betrachtet, die die Bereitschaft zeigen, die Gewalttaten und Ungerechtigkeiten, die zu Gunsten der Tschechen durchgeführt wurden, anzuerkennen und zu respektieren. Die Deutschen, die auf die Taten der Tschechen den gleichen Maßstab anwenden möchten, wie er bei den Deutschen angewendet wurde, werden in schwarzer Farbe als Nazisten, Neonazisten, Revanchisten, Revisionisten usw. bezeichnet. ...
(S. 312 f.)

... Wenn die Slowakei wieder einmal frei sein wird, ist es für uns Slowaken selbstverständlich, daß jeder Mensch, ohne Rücksicht auf seine Muttersprache oder seine Nationalität, Rasse oder Religion, jeder Mensch, der in der Slowakei seine Heimat hat, dorthin als ein gleichberechtigter Staatsbürger zurückkehren kann. Menschlich und moralisch gesehen ist es unmöglich, die Durchsetzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten von irgendwelcher poli-

tischen oder anderen Bedingung abhängig zu machen. ...
(S. 321)

... Zweifellos bestanden in der Vergangenheit zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn, Tschechen und Polen Inbegriffen, Konflikte. Diese waren aber kaum größer wie z. B. die Konflikte, die zwischen dem tschechischen Volke und den Russen oder zwischen dem polnischen Volke und den Russen jetzt bestehen. Es ist bekannt, daß die Böhmisches Länder wirtschaftlich zu den entwickelten Ländern Europas gehören. Ist das nicht die Folge einer Politik Wiens, das als Erbfeind der Tschechen hingestellt wird? Demgegenüber gehört nämlich die Slowakei zu den „Entwicklungsländern“ Europas nur darum, weil sich dort der Einfluß Wiens gegenüber Budapest nicht durchsetzen konnte.

Es ist bekannt, daß bis 1918 der größte Teil Polens durch die Russen beherrscht wurde. Und es ist kein Geheimnis, daß diese Gebiete zu den rückständigsten Gebieten Polens gehören. Die aber, die nach der Aufteilung Polens in Preußen eingegliedert wurden, waren zweifellos die fortschrittlichsten. Haben die Russen im Jahre 1920 und 1939 Polen nicht angegriffen? Haben die Russen im Jahre 1939 den Ostteil Polens nicht besetzt? Und werden von 1945 bis heute die Polen durch die Deutschen oder durch die Russen beherrscht?

Und was soll ich über die Beziehungen der Russen und der Ukrainer sagen? Hat etwa Moskau in den Jahren der Nationalisierung des landwirtschaftlichen Bodens viele Millionen Ukrainer nicht absichtlich in einen Hungertod getrieben? Werden etwa die Ukrainer durch die Deutschen oder durch die Russen beherrscht? Haben Sie nachgedacht über die Konflikte zwischen Polen und Ukrainern, Tschechen und Slowaken, Serben und Kroaten, Serben und Bulgaren? In diesen Fällen geht es um die Konflikte zwischen slawischen Völkern, dazu nicht nur um die Lösung der territorialen Fragen, sondern um das Recht auf die nationale Existenz. Trotzdem bemüht man sich, diese als Zwistigkeiten zwischen Brüdern hinzustellen.

Es ist bekannt, daß der Kreml sich längere Zeit um die Zusammenarbeit mit Hitler bemühte, daß der Pakt zwischen Moskau und Berlin eben darum am 23. August 1939 geschlossen wurde, um die Voraussetzungen für die geplanten Aggressionen zu schaffen. Es ist bekannt, daß die Russen im Jahre 1939–1940 nicht nur gegen Polen, sondern auch gegen Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Rumänien, also zusammen 6 Aggressionen durchgeführt haben und durch den Völkerbund als Aggressoren bezeichnet und aus der Organisation ausgeschlossen wurden. ...

... Wir Slowaken verfolgen mit Genugtuung, ja mit Freude die deutsch-französische Zusammenarbeit, weil diese eine Vorbedingung für den Zusammenschluß der Völker Europas darstellt. Nur diesem Wege folgend, können die Völker Europas die Grundlagen schaffen, damit Europa in der Welt wieder die Funktion bewältigen kann, die es in der Vergangenheit erfüllte und die es im Interesse der

Menschheit erfüllen soll.

Es ist im Interesse aller versklavten Völker, daß es zwischen ihnen und den Deutschen zu einer engeren Zusammenarbeit kommt. Dies liegt sogar mehr im Interesse der versklavten europäischen Völker, als im Interesse der Deutschen. Die Deutschen können im Rahmen der Bundesrepublik in Freiheit und Wohlstand leben. Die vertriebenen Deutschen haben hauptsächlich in der Bundesrepublik Deutschland und teilweise auch in Österreich große Geltungsmöglichkeiten gefunden. Aber die versklavten europäischen Völker sind geistig genauso wie materiell in ihrer Substanz bedroht, in ihrer Menschenwürde äußerst betroffen. Sie wurden zu Sklaven, höchstens zu Instrumenten der Tyrannen herabgesetzt.

Sicher, es vegetieren auch etwa achtzehn Millionen Deutsche hinter dem Eisernen Vorhang. Aber schon auf Grund der Existenz der Bundesrepublik Deutschland wird ihr Schicksal nie so grausam und hoffnungslos sein, wie das der anderen versklavten europäischen Völker. Im Interesse aller, die sich die Freiheit der über 200 Millionen Europäer und Nichtrussen wünschen, sollte erreicht werden, daß die Deutschen die bedeutenden Kräfte, mit welchen sie disponieren, für die Freiheit der versklavten Menschen einsetzen. Das liegt im Interesse aller europäischen Völker, ja im Interesse der Menschheit.

Weil die freien Völker bei den bestehenden Machtverhältnissen sich nicht erlauben können bei der Auseinandersetzung mit Moskau auf das deutsche Potential zu verzichten, ist es wichtig, daß es zu einem Ausgleich zwischen den Deutschen einerseits und den Tschechen und Polen andererseits kommt. Die Tschechen und Polen sollten genügend Realisten sein, um zu verstehen, daß sie nicht erwarten können, das die Deutschen sich mit ihrem Potential einsetzen werden, um den durch die Russen auf ihre Kosten geschaffenen Gewaltlösungen selbst zur Verwirklichung zu verhelfen. Es wäre auch moralisch kaum damit zu rechnen, daß ein Teil des Unrechtes, das die Russen geschaffen haben, nur darum beseitigt werden soll, weil das zu Gunsten der Tschechen oder Polen geht, aber die Ungerechtigkeiten, die auf Kosten der Slowaken, Kroaten, Ukrainer usw. oder der Deutschen verwirklicht wurden, auch weiterhin beibehalten werden sollten. ...

(S. 330 f.)

oooooooooooooooo

Aus:

Das Deutschlandbild der Polen

Von Stanislaw Kudlicki

... Es ist überhaupt sehr interessant zu beobachten, wie viele der berechtigten oder unberechtigten Vorwürfe, die seitens der Deutschen den Polen gemacht werden, deutschen Ursprungs sind oder auf deutschen Einfluß zurückzuführen sind. Ich denke jetzt an den polnischen Nationalismus, insbesondere auch die chauvinistische Ausartung des Nationalismus, die wir leider erlebt haben und vielleicht auch noch

erleben werden. Allein schon die Tatsache, daß im Jahre 1919 und 1920, unmittelbar nach dem Entstehen des neuen polnischen Staates, im preußischen Teilgebiet alle antipolnischen Gesetze nur mit den umgekehrten Vorzeichen weiter aufrecht erhalten wurden, belegt diese Behauptung. Man sagt, daß der Nationalismus aus Frankreich nach Polen gekommen sei. Das stimmt insoweit, als er sich auf die grundsätzliche Idee bezieht. Diese Idee ist tatsächlich zu Napoleons Zeit, zur Zeit der polnischen Legionen, von Frankreich nach Polen gekommen. Aber die praktische Anwendung, die praktische Durchführung, die Anpassung an die Gegebenheiten des Landes wurden in einem großen Maße durch deutsche Praxis und deutsche Philosophie beeinflusst. Ich denke besonders an Hegel, an seinen Begriff des Obrigkeitsstaates. Es ist auch interessant festzustellen, daß alle namhaften polnischen Philosophen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, auch schon in der ersten Hälfte, und die älteren auch heute noch Hegelianer sind. Die Polen haben es am eigenen Leibe gespürt, wie der deutsche Nationalismus in bezug auf die Bekämpfung des Polentums angewandt wurde und sind gelehrige Schüler gewesen. Nachdem sie im Jahre 1919 die Freiheit erhalten hatten, wollten sie zeigen, daß sie es ebenso gut, gelegentlich noch besser können. ...

(S. 339)

... Ich will hier nicht auf die Ansiedlungskommissionen, die Abschaffung der polnischen Sprache in den Schulen, auf das Sprachgesetz, auf das Enteignungsgesetz und alle die Ausnahmegesetze eingehen. Nur das eine möchte ich noch sagen: 1914 gab es im damaligen Preußen beinahe vier Millionen Polen, deren Muttersprache, wie bei der Volkszählung festgestellt wurde, polnisch war. Im Reichstag gab es 18 polnische Abgeordnete. Aber im ganzen preußischen Staat gab es keine polnische Schule, keine Volksschule, keinen polnischen Unterricht, nur in Dorfgemeinden mit mehr als 51 Prozent polnischer Bevölkerung durfte der Religionsunterricht in den ersten Schuljahren in polnischer Sprache erteilt werden. Es gab auch kein polnisches Gymnasium oder andere höhere polnische Schulen. Die gesamte Verwaltung war deutsch. Der Gebrauch der polnischen Sprache war überhaupt im amtlichen Verkehr nicht zugelassen.

Nun, die Polen haben natürlich Möglichkeiten gefunden, um diesem Übel aus dem Wege zu gehen und es zu bekämpfen. Ich gehöre zur Generation, die in dieser Zeit groß geworden ist, und ich habe ein königlich-preußisches Gymnasium, wie es damals hieß, besuchen müssen, weil es keine polnischen Schulen gab. Ich habe in diesen Schulen kein Wort Polnisch gelernt. Es war streng untersagt, sogar während der Pausen miteinander Polnisch zu sprechen, was natürlich selten befolgt wurde und ganz im Gegenteil recht merkwürdige Reaktionen hervorgeufen hat. Wenn ein polnischer Mitschüler, neben dem man saß, vom Lehrer gefragt wurde und er nicht zu antworten wußte, wurde ihm vorgesagt. Es galt als nationale Ehre, ihm in polnischer Sprache vorzusagen. Man bildete sich ein, daß das ein Ausdruck des nationalen Stolzes sei. Es war sehr bequem, denn der Lehrer verstand nicht, was man sagte. Die polnischen Schüler im Gymnasium, die aus Elternhäusern stammten, in denen sie im polnischen Nationalgefühl erzogen

wurden, versuchten selbstverständlich, sich in der eigenen Sprache, in der eigenen Geschichte auszubilden.¹⁸

Es gab geheime Bildungsvereine, die traditionsmäßig an ähnliche geheime Vereine anknüpften, die am Anfang des 19. Jahrhunderts, im Wilnaer Gebiet von Mickiewicz, damals als die ersten russischen Verfolgungen gegen das Polentum einsetzen, gegründet wurden, auf die übrigens damals der Geist der deutschen Burschenschaftlichen Einfluß ausgeübt hatte. In diesen Geheimzirkeln unterrichteten ältere Schüler jüngere Schüler in der polnischen Geschichte, Erdkunde, Literatur, Grammatik, Orthographie usw. Dieser Unterricht war sehr straff organisiert, mit einer ganz genauen Einteilung des Programms, jedes halbe Jahr eine mündliche, jedes Jahr eine schriftliche Prüfung —, so ging es bis zum Abitur.

Während des Deutschunterrichts in der Schule, in der wir deutsche Literaturgeschichte lernten, erfuhren wir nichts über die Polenlieder, Polengedichte aus der Zeit nach dem Aufstande aus dem Jahre 1830, die Uhland und andere Dichter damals gedichtet hatten. Das Bewußtsein, daß uns dies in der deutschen Schule vorenthalten wurde, hat dazu geführt, daß wir in polnischen Geheimzirkeln diese Gedichte deutsch gelesen und teilweise auswendig gelernt haben. Das ist auch wieder eine sehr interessante Auswirkung, wie der nationale Kampf gerade einen Gegensatz dessen hervorruft, was man bezweckt hat. ...

(S. 343)

... Die Polen trauen den Deutschen nicht, sie trauen der Bundesrepublik nicht. Wenn es einmal zu einer Auseinandersetzung kommen sollte, werden die Vorposten der amerikanischen Befreiungsarmee aus der deutschen Bundesrepublik bestehen. Und wenn die deutsche Bundeswehr einmal die polnischen Westgebiete besetzt, gibt sie sie nicht mehr zurück. Vielleicht ist das nur — sagen so manche —

18 Nachtrag: **Beitrag zur aktuellen Sprachenunterdrückung:**

... „Lange Zeit war das Kurdische verboten. Die Sprache eines Volkes, das in der Türkei je nach Zählung zwischen 12 und 20 Millionen Menschen ausmacht. „Bergtürken“ seien das, behaupteten die fin-digen Herren damals, das Wort Kurde leite sich ab von dem Geräusch, das einer mache, wenn er durch den Schnee stapfe: „kart-kurt“. Selbst kurdische Namen waren verboten. Und ein paar Jahre lang wurde jedes öffentlich gesprochene kurdische Wort mit Geldstrafe belegt. In den Schulen bekamen sie derweil das oberste Gebot von Republikvater Atatürk eingetrichtert: „Wie glücklich ein jeder, der sich Türke nennt.“

Lal Lales ist ein Freund von Diken, ein Poet. Einer von denen, die wieder Kurdisch schreiben. Nicht fürs Volk, nicht für eine hehre Sache. Für sich selbst. Er kam vom Dorf, eingebettet in eine Welt kurdischer Stimmen. Die Schule, die neue Sprache, waren ein Schock für ihn. „Meine Welt stürzte ein“, sagt er. „Deshalb schreibe ich: um meine Welt wieder aufzubauen.“ Lal Lales und Seyhmus Diken haben einen Verlag gegründet, „Lis“ heißt er, das kurdische Wort für ein Vogelnest auf einer uneinnehmbaren Bergspitze. Nein, für Schriftsteller wenigstens ist es heute kein Problem mehr, auf Kurdisch zu schreiben. „Der Druck ist weg“ Aber solange das Kurdische in den Schulen verboten bleibe, bleibe der Sprache jede Entwicklung verwehrt. „Du kommst dir vor wie ein Museumswärter.“ Im Lokalsender Gün-TV sind seit Neuestem Sendungen auf Kurdisch erlaubt, bis zu drei Stunden die Woche. Aber mehr als 45 Minuten schafft die Redaktion nicht, wegen der strengen Auflagen. Jede Sendung muss vorproduziert und auf Türkisch untertitelt werden. Politik ist verboten, Kindersendungen ebenso. „Die Kinder sind die gefährlichsten Separatisten“, scherzt eine Redakteurin.“ ... aus: *Der Heimat so fern*, Kai Strittmatter, Süddeutsche Zeitung, 2. 11. 07

Propaganda.

Was die Polen heute, so unreal es auch klingen mag, am meisten fürchten, ist die Möglichkeit eines neuen Arrangements zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Ich persönlich glaube nicht, daß ein Rapallo, das vor 40 Jahren unter ganz anderen Voraussetzungen entstanden ist, heute möglich wäre. Aber der Rapallo-Komplex, der Rapallo-Mythos, er poltert überall herum. ...

(S. 348)

Das Problem der Oder-Neiße

Und endlich ein letztes Problem, das ich bisher ausgeklammert habe. Ich möchte dieses Thema auch nicht ausführlicher behandeln. Aber ich muß es Ihnen sagen; denn sonst würde das Deutschlandbild, das ich Ihnen zu geben versuchte, falsch sein. Die Oder-Neiße-Grenze ist für jeden Polen, ohne Rücksicht ob Kommunist oder Nationalpole, eine Grenze, deren Änderung unmöglich ist. Und der Versuch, sie zu ändern, würde die Polen, obwohl sie die Russen hassen, in die Arme der russischen Politik treiben. Es wäre unverantwortlich, wenn ich diese Tatsache verschwiegen hätte. ...

(S. 349)

oooooooooooooooo

DAS DEUTSCHLANDBILD UND DAS RUSSLANDBILD DER BALTISCHEN NATIONEN

Von Julius Bracs

Der „Osten“ nach dem Sprachgebrauch der meisten Bundesrepublikaner beginnt jetzt wohl hinter Helmstedt und reicht bis Laos. Dem Osten, in dem die – zum Teil unheimlichen – Ostmenschen schmachten, steht das erhabene „Abenland“ gegenüber. Meine Heimat gehört aber nach unserer Auffassung nicht zum Osten, sondern zum Westen. In der Betonung dieser Tatsache liegt keine Unterbewertung des sogenannten Ostens. Europa zerfällt seit der Annahme des Christentums in zwei gleichwertige Kulturkreise und ist nicht erst seit der Machtergreifung des Kommunismus in West und Ost gespalten. Der Kommunismus ist keine Eigentümlichkeit des sogenannten Ostens. Die kommunistischen Parteien in manchen Ländern Westeuropas sind stärker als sie es z. B. je im Baltikum gewesen sind.

Die baltischen Nationen gehören zum westlichen Kulturkreis. Estland ist evangelisch, Lettland ist evangelisch und ein Landesteil katholisch, Litauen ist katholisch, der litauische Zweig im ehemaligen Ostpreußen evangelisch. Die baltischen Nationen sind auch keine Slawen. Die Esten gehören der ugrofinnischen Völkerfamilie an, die allerdings auch Europäer sind und nicht Asiaten oder sogar Mongolen. Die Letten und Litauer bilden einen selbständigen Zweig der indoeuropäischen Völkerfamilie wie die Germanen, Romanen und Slawen. Letten und Litauer sind Balten im engeren, sprachlichen Sinne oder Aistier. Die drei baltischen Nationen der Gegenwart stellen eine Einheit dar nicht im sprachlichen

Sinne, sondern gehören geographisch-politisch zusammen, sind historisch zusammengewachsen und bilden jetzt eine politische Einheit wie in der Heimat so auch im Exil.

Die aistischen Sprachen (Litauisch und Lettisch) sind die ältesten jetzt lebenden indoeuropäischen Sprachen. Litauisch steht auf derselben Altersstufe wie Griechisch, Latein und Sanskrit in Indien. Das Lettische ist tausend Jahre älter als die deutsche Sprache. Die baltischen Nationen sind also weder „jung“, noch sind sie gerade „klein“. Nicht die bloße Zahl, sondern Taten entscheiden in der Geschichte.

Im Baltikum gab es schon vor dem ersten Weltkrieg kein Analphabetentum mehr.

Der Wohlstand war schon zu jener Zeit dem Rußlands weit überlegen. Nach dem zweiten Weltkrieg sind die baltischen Nationen in der freien Welt sehr bekannt geworden, da es fast in jedem Lande der freien Welt Balten und baltische Organisationen gibt. ...

(S. 351)

Die Kreuzzüge und das deutsch-baltische Verhältnis

Bekanntlich kam das Baltikum infolge der Ostbewegung des deutschen Volkes im Hochmittelalter mit Deutschland in Berührung. Die Deutschen erreichten und entdeckten die Weite der Ostsee und begannen die Eroberung der östlichen Ostseeküste zwischen Weichsel und Narva, schon lange bevor die Südküste von der Trave bis zur Weichsel fest in deutscher Hand war. Die Deutschen kamen als Kreuzfahrer „im Auftrage des Abendlandes“. Die Vorfahren der heutigen baltischen Nationen ließen sich von den lateinischen Briefen des Römischen Kaisers und des Heiligen Vaters nicht beeindrucken, sie sahen vor sich die Eroberer mit Feuer und Schwert, die deutsch sprachen. Sie wehrten sich. Es entbrannte ein zweihundertjähriger erbitterter blutiger Krieg, eine ununterbrochene Reihe von Kriegen – die berühmten Kreuzzüge im Baltikum. Das baltische Altpreußen und das heutige Lettland und Estland fielen in die Hand der Eroberer. Litauen – in der Mitte liegend – hatte mehr Zeit, sich zusammenzuraffen und sich zu organisieren. Dank der Genialität der litauischen Herrscher, Heerführer und Politiker, dank der gesunden sozialen Verhältnisse und per Dei gratiam erhob sich Litauen in kurzer Zeit zu einer europäischen Großmacht. Als die Grenzen Litauens über das weite Stromgebiet des Dnjepr die Küsten des Schwarzen Meeres erreichten, war auch das Gleichgewicht zwischen Litauen und den Kreuzrittern an der Ostsee hergestellt. Litauen blieb frei und lag als Keil zwischen dem Deutschordensstaat in Preußen und dem kirchlichen Bundesstaat Livonien. Der letzte umfaßte das heutige Lettland und Estland mit Riga als Mittelpunkt und mit dem Fürsterzbischof von Riga an der Spitze. Zur Befreiung der Ostseeküste von der Weichsel bis zur Narva reichte die Macht Litauens nicht. So wurde die Verbindung Litauens mit Polen unerlässlich. Die Annahme des Christentums war nicht mehr gefährlich und bedeutete nicht mehr den Verlust der Unabhängigkeit. Litauen nahm das westliche Christentum nicht von der Hand der Gegner, sondern

von der Hand der Polen an. Jogaila handelte politisch, heiratete Jadwiga (französischer, nicht polnischer Abstammung) und bestieg den Thron von Polen. Die Jagellonen regierten später auch in Böhmen und Ungarn, ganz Ostmitteleuropa wurde jagellonisch. Für den Ritterorden entfiel „der Auftrag des Abendlandes“, ein heidnisches Land zu unterjochen. Das Übergewicht war jetzt auf der Seite der Litauer und Polen, die Macht des Ritterordens wurde in der Schlacht bei Tannenberg 1410 erschüttert. Die Auflösung erfolgte stufenweise. 1466 mußte der Orden Westpreußen abtreten und die polnische Oberhoheit anerkennen. 1525 wurde der Orden in Preußen säkularisiert, Preußen verblieb als Herzogtum im polnischen Staatsverband.

Die Hilfe für den unterjochten Zweig der Balten in Preußen kam zu spät. Der Strom der Kolonisation aus Deutschland hörte zwar auf, aber das Land war schon weitgehend deutsch geworden, sogar der Name der Einheimischen wurde von den Eroberern übernommen. Wir finden aber kaum in einem deutschen Unterrichtsbuch eine offene, klare Schilderung der Tragödie des baltischen Altpreußens, eines hochzivilisierten, dichtbesiedelten Landes und nicht einer „Wildnis“, wo heidnische Barbaren hausten, deren Heimat durch eine einfache „Landnahme“ deutsch geworden ist.

Belasten nun die Kreuzzüge das Verhältnis der baltischen Nationen zu Deutschland? Betrachten die Balten Deutschland der Kreuzzüge wegen als „Erbfeind“? Nein. Wir wissen, daß die Kreuzzüge ein Unternehmen der Kirche waren, der Ritterorden eine kirchliche Institution. Kein deutscher Herrscher ging jemals ins Baltikum, wie sie nach Italien zogen. Die deutsche Kolonisation in den baltischen Ländern war die Folge der kirchlichen Ideologie und der kirchlichen Aktivität, entsprechend der Überzeugung der damaligen Zeit. Man darf aber Ereignisse nicht verschweigen, Geschichte entstellen und Taten rechtfertigen, die wir in unserer Zeit nicht mehr gutheißen können. Es besteht eine konservative, rechtfertigende deutsche Geschichtsschreibung, aber auch eine objektive. Die eine ist so alt wie die andere, die rechtfertigende aber umfangreicher und einflußreicher bis zum heutigen Tag. In der Würdigung des Ritterordens, der Kreuzzüge und deren Folgen unterscheidet sich die baltische Geschichtsschreibung von der konservativen, rechtfertigenden deutschen Geschichtsschreibung auf das entschiedenste.

An dieser Stelle sei eine Einfügung gestattet.

In moderner Zeit nennt man die Vernichtung eines Volkstums Genocid. Von unserem Standpunkt aus ist es moralisch und praktisch gleich, ob das im Auftrage des Abendlandes geschieht oder im Auftrage der kommunistischen Weltrevolution.

Tot ist tot, gleich in welchem Auftrage. Aber jedes Volk hat nach unserer Auffassung das Recht zu leben, ob es christlich oder unchristlich ist bzw. gewesen ist. Ebenso Unterdrückung. Unterdrückung bleibt Unterdrückung, gleich in welchem Auftrage, und keine gebrachten Kulturgüter können nach unserer Auffassung die Unterdrückung rechtfertigen.

(S. 352 f.)

oooooooooooooooo

Aus:

Das Deutschlandbild in der UDSSR

Von Wolodymir Stachiv

In den letzten Jahrzehnten der Zarenzeit hatte ein Sprichwort Gültigkeit; es lautete: Was dem Deutschen zum Wohle gedeiht, bedeutet für den Russen den Tod. Deutschland wurde politisch und geistig beargwöhnt. Gleichzeitig entwickelte sich in dieser Zeit in ständigem Wachsen ein Haß-Liebe-Komplex. Er äußerte sich in der schicksalsbedingten panslawistischen und pangermanischen Auseinandersetzung auf Leben und Tod, woraus die Politik zur Befreiung der Slawen in Österreich-Ungarn und zur Zertrümmerung der Donaumonarchie resultierte, einerseits, und andererseits im Fortleben der außenpolitischen Konzeption von Tauroggen und in Konvention gegen ein aufständisches Polen des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages als Sicherung gegen die Ausbreitung revolutionärer Ideen Frankreichs. Alles das war verbunden mit einer Bewunderung der deutschen Organisationsfähigkeit, der deutschen Gründlichkeit und Arbeitstüchtigkeit.

Das Deutschlandbild war bei den damaligen Russen – ob Regierung, Aristokratie, liberaler Intelligenz oder Volk – zwiespältig. Die Konzeption einer Auseinandersetzung mit dem Pangermanismus überwog nach der nationalen Einigung Deutschlands und dem Sieg über Frankreich 1871. Eine gewisse Zäsur spielte bereits das Jahr 1851, nachzulesen in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“. Es wird heute in Deutschland zu viel über die Unfähigkeit der Nachfolger Bismarcks, über die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages gesprochen, zu wenig aber über die expansive Politik Rußlands, die zu einer Annäherung an Frankreich und England führen mußte. Es gab schon damals eine russische Gleichgewichtspolitik in Mittel- und Westeuropa, ein ständiges russisches Ausspielen der Gegnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland.

Ohne diesen geschichtlichen Hinweis würde es nicht verständlich sein, wie sich heutzutage das Deutschlandbild in der UdSSR herausgebildet hat. Lenin begriff diese Konstante in der russischen Außenpolitik, d. h. eine gewisse Gleichgewichtspolitik zu führen, einmal auf Deutschland und das andere Mal auf die gegen-deutschen Kräfte in Westeuropa zu setzen.

Gleich nach der Machtergreifung wurden Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk eingeleitet, gewiß auch aus dem Bedürfnis nach einer Atempause für das neuerrichtete bolschewistische Regime, doch auch aus dem Vorteilsaspekt für das Regime durch die Verlängerung des Krieges, marxistisch-leninistisch ausgedrückt, zwischen zwei kapitalistischen Machtblöcken. Dann folgte Radeks Zusammenspiel mit den Rechtsgruppen in der Weimarer Republik, ein Zusammenspiel mit dem

Endziel, die europäische Hochburg der industriellen Arbeiterschaft für die proletarische Weltrevolution weich zu machen. Endlich der Rapallo-Vertrag 1922 und als dessen Ergänzung der Berliner Vertrag von 1926, zwar nach dem Tode Lenins, aber in seinem Geiste geschlossen. Dieses realpolitische Zusammenspiel mit Deutschland beendete keinesfalls den Haß-Liebe-Komplex und die Beargwöhnung Deutschlands. Diese Politik Lenins bedarf einer näheren Betrachtung und Ergänzung. ...
(S. 373)

... Die Sowjetunion trat im Herbst 1934 dem Völkerbunde bei, nachdem Deutschland ihn verlassen hatte. Vielleicht wäre man damals in Moskau eventuell zu einem Arrangement mit Berlin bereit gewesen. Dann aber kam man höchstwahrscheinlich aus ideologischen Gründen zu der Erkenntnis, daß ein solches Arrangement nicht mehr zu treffen sei. Es folgen die Bündnisse mit der Tschechoslowakei und Frankreich, wie dies alles schließlich in den Generalstabsbesprechungen mit England und Frankreich Sommer 1939 endete. Das Ziel dieser Politik seit 1934 war eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den beiden „kapitalistischen“ Machtblöcken, dem faschistischen und dem demokratischen, und zugleich eine Atempause für die Sowjetunion. Was die Atempause betrifft, müssen wir der offiziellen Geschichtsschreibung der Sowjetunion glauben. Die Jahre 1939 bis 1941 waren für die Sowjetunion tatsächlich zu einer Atempause geworden.

Ausreichend beleuchtet sind die Provozierungen des Zweiten Weltkrieges durch Hitler – aber viel zu wenig ist die Rolle der Sowjetunion und Stalins persönlich beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erforscht. Die Zeit des Ribbentrop-Molotow-Vertrages 1939 bis 1941 spiegelt am deutlichsten das Deutschlandbild in der UdSSR, es ist gekennzeichnet durch Argwohn und Respekt. Dieser Argwohn der damaligen Zeit und dieser Respekt sind auch heutzutage die wichtigsten Bestandteile des Deutschlandbildes in der Sowjetunion geblieben. Nur manche äußeren Formen dieses Bildes haben sich etwas verschoben oder geändert: Terminologie, Argumentation und andere propagandistische Maßnahmen. ...
(S. 374)

... Bei den Ukrainern hat die Enttäuschung einen doppelten Grund: 1. in den westukrainischen Gebieten, die bis 1939 nicht sowjetisch waren, war der deutsch-sowjetische Krieg mit nationalpolitischen Hoffnungen verbunden gewesen, 2. besteht in dem seit 1920 sowjetisierten Großteil der Ukraine eine sehr tiefe menschliche Enttäuschung, da man nicht angenommen hatte, daß der bolschewistische Terror noch übertroffen werden konnte. Das bezieht sich auch auf die von deutschen Truppen besetzten nationalrussischen Gebiete. Es bleibt noch immer unerklärlich im Raum der Sowjetunion, wie sich ein zivilisiertes Kulturvolk des Abendlandes solche Missetaten seiner politischen Führungsschicht gefallen lassen konnte. Dieses Mißtrauen wird durch die massive Partei- und regierungsamtliche Propaganda genährt und gestärkt.

Zum Beispiel in den literarischen Werken, die sich noch heute mit der Kriegszeit befassen, wird der Deutsche nur negativ dargestellt. Als ob es nicht solche Deutsche gegeben hätte, die dem propagandistischen Klischee nicht entsprochen hätte! Es wäre tatsächlich aufschlußreich, dem nachzuspüren, wie in den einzelnen Nationalliteraturen das Deutschlandbild oder das Bild des Deutschen sich widerspiegelt. Der Deutsche wird in diesen literarischen Werken grundsätzlich nur zum sogenannten negativen Helden eines Romans, einer Novelle oder einer tragischen Skizze. Die Wirkung einer solchen Literatur sollte nicht unterschätzt und schnellhin als Tendenzliteratur abgefertigt werden. Sollte sie tatsächlich Tendenzliteratur sein, so wird uns das auch nicht weiterhelfen können; denn die Bevölkerung ist auf diese Literatur angewiesen und macht sich aus dieser Literatur das Bild des Deutschen, ob es nun stimmt oder nicht. ...

(S. 376)

... Notwendig ist die Bewältigung der Vergangenheit. Die Vergangenheit bewältigen, heißt sie erforschen und klären und Schlußfolgerungen daraus ziehen. Keinesfalls ist sie durch Vergessen zu überwinden. Eine solche aufrichtige und freimütige Bewältigung kann das Deutschlandbild bei allen osteuropäischen Völkern in ein zielgünstiges Licht setzen und sich der Regime-Propaganda erfolgreich entgegenstellen. Die bisherigen Bemühungen deutscherseits auf diesem Gebiet sind immer noch unzureichend und mangelhaft. Von deutscher Seite müßte tatsächlich eine aus dem Innern kommende und daher auch überzeugende Distanzierung gegenüber diesen Ereignissen Platz greifen.

(S. 377)

oooooooooooooooo

Bei den nächsten Auszügen geht es um die abwertende Beurteilung der Deutschen und um die Notwendigkeit der Entwicklung eines Selbstwertbewußtseins. Ich zitiere aus dem kleinen Band „Aussenpolitische Grundsätze – Deutschland und die friedliche Koexistenz“ aus dem Jahr 1963 von Ludwig Freund – eins von sieben Titel, die ich aus dem Container gefischt habe. Die Personenbeschreibung stammt vom Rücken seines Buches „Politische Waffen – Grundkonzeptionen der westlichen Verteidigungsstrategie“. Wenn wir uns in den 60er Jahren begegnet wäre, wären wir vermutlich aufgrund meiner pazifistischen und neutralistischen Ausrichtung aneinander geraten. Ich hätte ihn aber doch gerne kennen gelernt, weil es da ja auch noch die Übereinstimmung in anderen Bereichen gibt. Seine Karin¹⁹, der er die Bücher und Schriften gewidmet hat, hätte ich noch kennen lernen können. Aber ich habe die Bücher ja erst gefunden, als sie vermutlich schon im Grab lag.

19 Sie war vermutlich eine Professorin für Englisch und Religion.

DER AUTOR Ludwig Freund, geboren 1898 in Mülheim/Ruhr, Frontsoldat im I. Weltkrieg, bis 1933 aktiv im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, 1934 Emigration in die USA, 1936 auf Empfehlung Albert Einsteins wissenschaftlicher Assistent an der Columbia-University, später Professor für Soziologie und Politikwissenschaft an verschiedenen amerikanischen Universitäten, 1959 Rückkehr nach Deutschland. Wohnt jetzt in Hannover.

Aus:

Aussenpolitische Grundsätze – Deutschland und die friedliche Koexistenz Deutschland im Ringen um seine Rechte

Wir müssen uns damit abfinden, daß der Deutschenhaß 'einiger „liberaler“ Kreise im westlichen Ausland das darstellt, was ein englischer Autor einmal „den Antisemitismus der modernen Liberalen“ genannt hat, das heißt: es ist aussichtslos, mit ihnen vernünftig zu

-52 -

diskutieren. „To argue with such people is uphid work.“ Während in England und Amerika der Rassismus von den liberalen und intellektuellen Kreisen allen Gruppen im In- und Ausland gegenüber verurteilt wird, halten nicht unbedeutende und im Gegenteil sehr einflußreiche Segmente derselben intellektuellen Schicht und zahlreiche ihr folgende, nichtintellektuelle Bevölkerungsgruppen ausgesprochen rassistische Vorurteile gegenüber den „unwandelbaren“ Deutschen für völlig legitim.

„Wenn in den letzten Jahren die Träger dieses speziellen Vorurteils sich durch die amerikanische Politik und die Nachrichten aus Deutschland, die ihrem Vorurteil kontinuierlich widersprachen, seelisch gehemmt fühlten, dann reagierten sie ihre Voreingenommenheit durch die Wahl von Büchern ab, die sie lasen und durch ihren Eifer oft zum Rang von Bestsellern erhoben.“ Norbert Muhlen hält es für keinen Zufall, daß jener Massenstrom von Büchern über die „unverbesserlichen Nazi-Deutschen“ die Zahl der populären Bücher über den sowjetischen Gegner gewaltig überschattet. Dadurch wurde Mißtrauen in den deutschen Partner der atlantischen Verteidigungsfront gegen den Kommunismus

-53-

verbreitet, und die kommunistischen Schandtaten wurden bagatellisiert.

Es ist nur persönlich wichtig, daß die soeben beschriebene Unlogik der politischen und geistigen Haltung, zudem die Weichheit der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber dem Treiben jener Minderheit den Verfasser des hier vorliegenden Aufsatzes nach Deutschland zurücktrieben. In aller Offenheit muß freilich zugegeben werden, daß die Leistung und innere Haltung großer Teile der in Deutschland jetzt erfolgreichen intellektuellen Schicht den Vergleich zur Glanzzeit deutschen Geistes, welcher der Verfasser sich bei diesem Akt verpflichtet fühlte, nicht im geringsten rechtfertigt, im Gegenteil kaum einen Wechsel der geistigen Atmosphäre bot. Von prinzipieller Wichtigkeit aber erscheinen einige Folgerungen für die Aufgaben der bundesdeutschen Außenpolitik, die sich aus dem Vorhergehenden vielleicht ergeben: Der Verfasser hat 1962-1963, als er sich, diesmal als Gastprofessor aus Deutschland, in Amerika aufhielt, das neue Proportionen annehmende anti-deutsche Vorurteil erlebt, das in dem Jahrzehnt vor 1959 im Abflauen begriffen war. Er hat aber auch das Fehlen jeglicher spürbaren deutschen Öffentlichkeitsarbeit bemerkt, das im krassen Gegensatz zur Arbeit amerikanischer Stellen in der Bundesrepublik steht, etwa des US-Informationsdienstes, seiner Amerika-Häuser und -Institute, zahlreicher privater amerikanischer Stiftungen, deutsch-amerikanischer Vereinigungen usw. Ähnliche Organisationen in entsprechend bescheideneren Ausmaßen existieren von deutscher Seite in Amerika.

...
-54-

... Nun sind die deutschfeindlichen Regungen, wie schon bemerkt, nur in einer Minderheit zu Hause. Diese aber ist besonders lautstark, sehr einflußreich und entscheidet häufig den Ton, der von weiten Teilen der Presse und Öffentlichkeit angeschlagen wird. Verdiensteifrige amerikanische Verleger produzieren, was vom lesenden Publikum „verlangt“ wird. ...

-55-

Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesin-

nung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem

-56-

ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezuchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Nazi-epoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstim-

-57-

mung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preu-

ßischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält. Die Tatsache, daß Objektivität als solche unerreicht ist, ist Anlaß zu unendlichem, nie vollendetem Bemühen, nicht aber die Chance für intellektuelle und politische Freibeuterei in den Gefilden der Wissenschaft. Das ganze Bild jedoch verdichtet sich zu dem Eindruck, daß das antideutsche Vorurteil als die Vorstellung vom „ewigen Nazigeist in der deutschen Geschichte“ eben nicht nur in Amerika und England verbreitet ist, sondern daß die erwähnte „liberale“ Umkehrung des Antisemitismus auch in der deutschen Intelligentsia von heute ihre Heimstätte gefunden hat, mit unabsehbaren Konsequenzen für die Zukunft des neuen deutschen Staates. Mit diesem glaubte der Verfasser immerhin sich wieder identifizieren zu dürfen, weil er etwas besseres als den Nazigeist und seine so oft zitierten Antezedenzen, Analogien und „Vorläufer“ im deutschen Wesen, in der deutschen Vergangenheit, im deutschen Geist einmal verkörpert fand und wieder suchte. ...

-58-

... Überempfindlichkeit oder furchtsame Zurückhaltung aber wird von niemanden gedankt und macht sich in der Politik niemals bezahlt. Die Abneigung der Unbelehrbaren wird dadurch nicht überwunden. Wie beim Antisemitismus nährt sich auch ihr Haß an der bloßen Existenz des Objektes. ...

-61-

Ein souveräner Staat wie die Bundesrepublik muß nach Ablauf der hinter ihr liegenden „Karenzzeit“ und „Bewährungsfrist“ den realen Faktoren der Politik entsprechend handeln können. Wenn der deutsche Staat aus Furcht vor gewissen Reaktionen oder Stimmungen im Ausland oder auch auf Grund des Einflusses unpolitischer und verwirrter Köpfe im Inland es unterläßt, die ihm von den Siegerstaaten in Potsdam zugestan-

denen und verbliebenen Rechte zu verteidigen, so hat er damit auch praktisch den Daseinsgrund für seine Souveränität verwirkt, er hat sich selber faktisch aufgegeben.

Die Außenpolitik eines von Gegnern wie Freunden leicht verwundbaren Staates erfordert doppelte Klugheit und Takt. Wer aber dabei die international verbürgten, anscheinend zum Handelsobjekt für andere gewordenen Rechte des eigenen Staatswesens nicht energisch wahrnimmt, wird im harten Spiel der politischen Kräfte und nationalen Egoismen überrannt. Wer sein eigenes Recht oder sein eigenes vitales Interesse nicht schützt, dem kann in dieser Welt, die trotz aller idealistischen Selbsttäuschungen hart und voller Gefahren ist, nicht geholfen werden. Andere übernehmen diese Funktion nicht für ihn oder jedenfalls nur dann, wenn sie es auch als in ihrem eigenen Interesse liegend erkannt haben. In der weltpolitischen Arena aber bedarf es dazu des beständigen Bemühens und der Agitation, nicht der selbstverleugnenden Differenzierung, der politischen Askese, auf deutsch der Leisetreterei, die von niemandem respektiert oder honoriert wird. ...

-62-

Josef, wir sind thematisch ja auch bei den Fragen, wie wir – die Mitwirkenden an der Realisierung der NWO - die jüngste Geschichte zu sehen haben und ob wir verhindern können, daß sich uns unangenehme Parteien des freiwirtschaftlichen Modells bedienen können. Werners Beitrag ist ja der Versuch der Abgrenzung und Abschottung gegenüber der NPD. Der Versuch ist ehrenhaft und bei den ständigen Unterstellungen von Linksextremen, daß wir rechte Tendenzen vertreten, ja auch notwendig. Da unser Ziel aber ist, alle politischen Parteien von der Qualität und Brauchbarkeit der freiwirtschaftlichen Analyse und den daraus entwickelten Lösungsvorstellungen zu überzeugen, ist es nur unter strategischen Gesichtspunkten interessant, welche Partei zuerst die Freiwirtschaft für sich entdeckt. Wir wissen ja aus der Geschichte der Freiwirtschaft, daß in der Weimarer Republik die SPD die erste Adresse für die freiwirtschaftliche Werbung war. Man kann mit Fug und Recht sagen, wenn es den Freiwirten damals gelungen wäre, die SPD-Mitgliedschaft für ihre Ideen zu erschließen, wäre uns Hitler erspart geblieben, denn die Sozialdemokraten waren ja zu der Zeit keine nebensächlich politische Größe. Aber die Köpfe der SPD-Mitglieder waren von anderen Vorstellungen besetzt, so daß sie für die praktische Lösungen der Freiwirtschaft keinen Raum hatten. Ob das vor ihrem geschichtlichen Ende einmal anders sein wird, ist schwer zu sagen. Zur Zeit macht die SPD den Eindruck, daß sie sich treu bleiben will, um mit falschen Mittel ver-

geblich eine bessere Gesellschaft zu schaffen.

Ich möchte die Schuldfrage am ersten Weltkrieg aufgreifen, nicht ausführlich – dafür halte ich mich nicht für kompetent -, sondern mit wenigen Aspekten und Zitaten. Ich wiederhole dazu erst eine Aussage Werners zu Gesells Einstellung, weil das Suchen in meinem vorhergehenden Text für alle lästig ist.

Im Gegensatz zu dieser unerträglichen Form des Umgangs mit der Nazi-Vergangenheit und ihren Folgen ließ Silvio Gesell keinen Zweifel an der Verantwortung Deutschlands für den Ersten Weltkrieg. Die deutsche Geschichte seit den verlorenen Bauernkriegen mit der feudalen Leibeigenschaft und dem Großmachtstreben des wilhelminischen Kaiserreiches betrachtete er als eine „Geschichte meiner persönlichen Schande“ und den Ersten Weltkrieg als einen „verbrecherischen blödsinnigen nationalistischen Krieg“, als eine „Barbarei“. Im Gegensatz zu konservativen und deutschnationalen Kreisen beteiligte sich Gesell nicht an der Verherrlichung kriegerischen ‚Heldentums‘; stattdessen trat er für einen Verzicht auf die verlorenen Gebiete, für die Erfüllung der Reparationsforderungen der Siegermächte als „Wohltat für Deutschland“ sowie für eine Aussöhnung mit den Nachbarländern Deutschlands ein und forderte obendrein, „Deutschland wieder in ein Einwanderungsland zu verwandeln“

Diese Klarstellung von Gesells Position ist deshalb schon gut, weil ich von linker Seite schon gegenteilige Unterstellungen gelesen habe. Wir dürfen uns aufgrund Gesells Einstellung in einem idealistischen Sinn gestärkt fühlen, aber nicht den Fehler machen, Gesell als Meßlatte für alle Deutschen zu verwenden. Ich teile Gesells pazifistische Haltung, trotzdem müssen wir doch sehen, daß der Pazifismus damals wie heute in Deutschland und der Welt eine Randerscheinung war und ist. Und das Gefühl der persönlichen Schande kann Gesell dadurch entwickelt haben, daß es ihm nicht gelungen war, sein Wissen von der Überwindung der ökonomischen Schwierigkeiten ohne Krieg zu verallgemeinern. Dieses Wissen stand damals aber weder den Wirtschaftspolitikern, -theoretikern noch der Allgemeinheit zur Verfügung, auch nicht beim Untergang der Weimarer Republik, bei der Wende 1989 und jetzt in der Lösung der Folgen des Irak-Krieges. Die persönliche Schande Gesells ist also auch unsere Schande.

Generell war 1914 aber noch die Einstellung daß der Krieg der Vater aller Dinge und ein normales politisches Instrument ist. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die wichtigsten Staaten damals Währungssysteme mit Goldstandards hatten. Das heißt aber, daß alle diese Staaten, sofern sie eine wachsende Wirtschaft hatten oder haben wollten, auf Exportüberschüsse angewiesen waren. Und dies ist schon eine Situation der gegenseitigen Kriegserklärung.

Bei der Betrachtung der Ursachen für den Ersten Weltkrieg wird häufig – wie auch oben – das Großmachtstreben des wilhelminischen Kaiserreiches hervorgehoben und dabei ein böser Wille oder Geltungssucht unterstellt. Ich denke, daß ist wenigstens teilweise falsch. Dieses „Großmachtstreben“ im Sinne von Marktbeherrschung wird doch als ganz selbstverständlich hingenommen, wenn es sich um Unternehmen im Markt handelt. Änderungen in der Bedeutungsrangfolge der Unternehmen werden fast wie ein Naturgesetz kommentarlos oder nur feststellend hingenommen. Rütteln am Gefüge der Machtrangordnung der Staaten soll aber imperialistisch sein. Das ist nicht logisch. In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts lernte ich, daß sich die Weltrangordnung der Staaten im jetzigen Jahrhundert stark verändern würden. Washington und Moskau würden aufgrund der Kräfteverschiebung stark an Bedeutung verlieren, Peking und Neu-Delhi würden stark an Weltgeltung gewinnen.²⁰ Wenn der Wunsch der Deutschen nach einer Ausdehnung seiner Bedeutung in Europa und der Welt am Beginn des vorigen Jahrhunderts eine Aggression war, dann war es das Festhalten an einem gegebenen Status der Nichtdeutschen (speziell der Engländer) genauso.

Wenn nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg die Deutschen allgemein die Reparationsforderungen der Sieger nicht so gelassen sehen konnten wie Gesell, sondern als eine reale Bedrohung, dann lag das eben nicht daran, daß die Allgemeinheit böswillig und Gesell gutwillig war, sondern an den ökonomischen Theoriedefiziten der Allgemeinheit. Politisch handeln können wir aber nicht nach möglichen Vorstellungen, die wir nicht kennen, sondern nur nach jenen, die wir in unserem Gedächtnis abgespeichert haben und nach den Intuitionen, die sich aus dem Unbewußten speisen.

Um einen politisch handelnden Menschen von damals zu Wort kommen zu lassen, bringe ich jetzt das Vorwort von den „Erinnerungen von Alfred von Tirpitz“, 1919. Aber zuerst Informationen zu seiner Person aus Wikipedia:

Alfred Peter Friedrich Tirpitz, ab 1900 von Tirpitz (*19. März 1849 in Küstrin; †6. März 1930 in Ebenhausen bei München) war ein deutscher Großadmiral und Nachfolger des Staatssekretärs des Reichsmarineamts Friedrich von Hollmann.

Vorwort

Die Verzweiflung, welche alle Deutschen mit voller Staatsgesinnung erfaßt hat, als unser für unbesiegbar gehaltenes Reich zusammenbrach, hat auch den Glauben an uns selbst und an die Folgerichtigkeit unserer geschichtlichen Entwicklung zum Reich in Vielen vernichtet. Deshalb erschien es mir als Pflicht, meine Erinnerungen niederzu-

²⁰ Nachtrag: Siehe dazu den Artikel „Zwei Staaten auf dem Weg nach Oben“ von Harald Maass, HAZ 3.11.07

schreiben, weil ich den Nachweis bringen kann, daß unser altes Staatsgebäude nicht morsch und veraltet war, sondern für jede Fortbildung die Fähigkeit besaß; daß ferner die politische Legende, eine rücksichtslose Autokratie und eine kriegslüsterne Militärkaste hätten diesen Krieg entfesselt, der Wahrheit ins Gesicht schlägt. Im Besonderen hat der Kaiser den Krieg nicht gewollt, er war vielmehr mit seinen besten Kräften bemüht, ihn zu verhindern, nachdem er die Gefahr erkannt hatte.

Wenn die Geschichte gerecht ist und durch Legendenbildung nicht zu sehr gefälscht wird, so dürfte sie erweisen, daß das weitaus größere Maß von Verantwortung an diesem Krieg auf Seiten unserer Feinde liegt.

Nach dem Straßenrecht auf See wird bei Zusammenstößen dem die Schuld beigemessen, der die Gefahr der Lage erzeugt hat, nicht aber dem, welcher im letzten Augenblick durch unrichtige Beurteilung einen Fehler beim Ausweichen beging. Unser Unglück aber ist nicht aus der Schaffung von Macht entsprungen, sondern aus der Schwäche, die sich auf den Gebrauch der Macht nicht verstand, weder zur Friedensbewahrung noch zum Friedensschließen, sowie aus der Täuschung über unsere Gegner, über die Natur ihrer Kriegsziele und Kriegführung und über das Wesen des Wirtschaftskrieges.

Um verständlich zu sein, muß ich nach bestem Wissen die Wahrheit sagen. Dafür muß ich aber die Handlungen noch Lebender in meiner Auffassung darstellen, die von der ihrigen voraussichtlich abweichen und daher vielleicht schmerzlich empfunden wird. Nichts liegt mir ferner, als ihnen unedle Absichten oder Schuld in gewöhnlichem Sinne vorzuwerfen.

Nur die verzweifelte Lage Deutschlands zwingt mich gegen meine persönliche Neigung bei Lebzeiten zu dieser Veröffentlichung.

Im Jagdhaus Zabelsberg

April 1919

A. v. Tirpitz

oooooooooooo

Und jetzt ein Urteil über diese Zeit von Sebastian Haffner:

Die erste Zeile aus Wikipedia über diesen Autor:
Sebastian Haffner (* 27.Dezember 1907 in Berlin; † 2.Januaar 1999 in Berlin; eigentlich *Raimund Pretzel*) war ein deutscher Publizist .

Aus:
Die sieben Todsünden
des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieges
von Sebastian Haffner
(o.J. Nachworte von 1964 u. 1981)

...
I. DIE ABKEHR VON BISMARCK

Der erste der großen Fehler, die Deutschland gemacht hat, war, den Ersten Weltkrieg überhaupt zu verursachen. Das hat es nämlich getan.

Mit »Kriegsschuld« hat das nichts zu tun. Von »Kriegsschuld« zu sprechen war nach dem Ersten Weltkrieg aufseiten der Sieger Scheinheiligkeit und Heuchelei. Schuld setzt ein Verbrechen voraus, und Krieg war damals kein Verbrechen. Er war im Europa von 1914 noch eine legitime Einrichtung, durchaus ehrenhaft und sogar ruhmvoll. Er war auch nicht etwa unpopulär. Gerade der von 1914 war es nirgends. Gejubelt wurde im August 1914 nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in Russland, Frankreich und England. Die Völker fühlten damals alle, dass ein Krieg wieder einmal fällig war, und begrüßten alle seinen Ausbruch mit einem Gefühl der Befreiung. Aber dass er fällig geworden war, lag an Deutschland.

Der große Bruch zwischen Frieden und Vor-
krieg hatte um die Jahrhundertwende stattgefunden. Und was sich damals geändert hatte, war die deutsche Politik. Sonst nichts.

Die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts hatten zu den friedlichsten der europäischen Geschichte gehört. Auch das lag größtenteils an der deutschen Politik. Unter Bismarck und noch in den ersten Jahren nach Bismarck war die deutsche Politik ausgesprochene Friedenspolitik gewesen, und Europa hatte Frieden gehabt. Seit etwa 1897 gab es in der deutschen Politik einen scharfen Bruch. Jetzt war sie nicht mehr Friedenspolitik. Und von jetzt an hatte Europa keinen gesicherten Frieden mehr, sondern Krise nach Krise und die Aussicht auf Krieg.
(S. 11 f.) ...

... Jede Sünde beginnt als Gedankensünde, und jeder Fehler beginnt als Denkfehler. Auch dieser. Ehe die deutsche Politik sich änderte, änderte sich das deutsche Denken. Man fühlte sich nicht mehr als saturierter Staat. Man fühlte sich unbefriedigt, zu kurz gekommen; zugleich spürte man seine wachsende Kraft. Der Gedanke des »Durchbruchs«, der »Weltpolitik« und einer »deutschen Sendung« erfasste Deutschland: eine Stimmung des Aufbruchs und Ausbruchs. Das drückte sich zuerst in Büchern und Zeitungsartikeln, Universitätsvorlesungen, Manifesten und Vereinsgründungen aus, dann auch in politischen Entschlüssen und diplomatischen Aktionen. Etwa seit dem letzten Jahrfünft des 19. Jahrhunderts spielte das ganze deutsche Orchester plötzlich ein neues Stück.

Das Friedenssystem des 19. Jahrhunderts kann man in einem Satz zusammenfassen: In Europa herrschte Gleichgewicht, und außerhalb Europas herrschte England. Bismarck hatte dieses System nie umstürzen wollen; er hatte nur ein einiges und mächtiges Deutsches Reich in dieses System einfügen wollen, und das war ihm geglückt. Seine Nachfolger wollten das System umstürzen und durch ein anderes ersetzen. In Zukunft sollte es heißen: Außerhalb Europas herrscht Gleichgewicht, und in Europa herrscht Deutschland.

Auf dem Kontinent sollte Deutschland nicht mehr einer unter Gleichen sein, sondern Führungs- und Ordnungsmacht. Auf den Weltmeeren aber und in der überseeischen Welt sollte England nicht mehr Hegemonialmacht sein, sondern nur noch einer unter Gleichen. Das alte europäische Gleichgewichtssystem - so die Theorie, die von den besten akademischen und publizistischen Köpfen des damaligen Deutschland seit den späten neunziger Jahren in immer neuen Variationen bestechend vorgetragen wurde - musste jetzt, im Zeitalter des Imperialismus, zu einem Weltgleichgewichtssystem ausgeweitet werden, und dieses neue Weltgleichgewicht musste England abgerungen werden, so wie vor Jahrhunderten das europäi-

sche Gleichgewicht früheren kolonialen Führungsmächten - Spanien, Frankreich - abgerungen worden war. »Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir wollen auch einen Platz an der Sonne« - und zwar nicht nur, wie bisher, von Englands Gnaden. Daher die große Kriegsflotte, die Deutschland nun plötzlich nötig zu haben glaubte und zu bauen anfang. »Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser.« ...

(S. 14. ff.)

... Aber der Anstoß zu dieser fatalen Veränderung ist eindeutig von Deutschland ausgegangen. Der entscheidende erste Fehler, den Deutschland - lange vor Kriegsausbruch - gemacht hat, war seine Abkehr von Bismarck.

Bismarck sah mit der Reichsgründung Deutschlands Optimalposition erreicht. Er erklärte noch 1887: »Wir gehören zu den saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten.« Und seine Politik seit 1871 beweist, dass er meinte, was er sagte. ...

(S. 21)

... Noch einmal: Das war nicht Friedens-, sondern Kriegspolitik, eine kalt rechnende, wenn man will skrupellose, wenn man will verzweifelte Politik.

Eine törichte und gedankenlose Politik war es nicht und eine verbrecherische auch nicht. Der Krieg lag ohnehin in der Luft; wenn er doch kommen sollte, dann wollte ihn jeder natürlich aus dem für ihn günstigsten Anlass ausbrechen lassen.

Überfallene Unschuldslämmer gab es unter den Großmächten von 1914 nicht; und gejubelt wurde überall. ...

(S. 33)

... Aber auch dafür sorgte Deutschland. Das Zweckbündnis des hoch konservativen kaiserlichen Deutschland mit dem russischen Bolschewismus, der nächste der desperaten Pläne, mit denen es doch noch den Sieg der eigentlich nun schon verlorenen deutschen Sache herbeizwingen wollte, war von allen deutschen Fehlern im Ersten Weltkrieg der außerordentlichste - und, historisch ge-

sehen, der nachhaltigste. Er folgte dem Fehler des unbeschränkten U-Boot-Krieges auf der Stelle.

(S. 81)

5. DAS SPIEL MIT DER WELT-REVOLUTION UND DIE BOLSCHEWISIERUNG RUSSLANDS

Die Bolschewisierung Russlands war natürlich in erster Linie die Tat Lenins. Aber sie war auch das Werk Deutschlands. Und zwar nicht in dem Sinne, in dem man sagen kann, dass die spätere Ausbreitung des Kommunismus nach Mitteleuropa das Werk Hitlers war. Dass es seit dem Zweiten Weltkrieg kommunistische Regierungen in Warschau und Ostberlin gibt, hat Hitler nur bewirkt, nicht gewollt. Dass es aber seit dem Ersten Weltkrieg eine bolschewistische Regierung in Moskau gibt, das hat die damalige deutsche Reichsleitung nicht nur entscheidend mitbewirkt, sondern auch gewollt. Die Bolschewisierung Russlands war eine bewusste, wohlerwogene und in diesem Fall auch einmal erfolgreiche Politik des kaiserlichen Deutschland im Ersten Weltkrieg. Dass sie trotzdem, von seinem Standpunkt aus, ein Fehler war, werden heute nur wenige bestreiten wollen.

Es war auch nicht etwa reine Verzweiflungspolitik; Deutschland handelte keineswegs wie der geblendete Simson, der in heroischer Lust am Untergang das Haus der Philister über der eigenen Leiche zum Einsturz bringt. Nicht einmal das lässt sich aufrechterhalten, dass Deutschland die Bolschewisierung Russlands nur in letzter Not, um sein nacktes Leben kämpfend, ins Auge gefasst hatte. ...

(S. 83 f.)

... Deutschlands Hebammenrolle bei der Geburt des bolschewistischen Russland beschränkte sich nicht auf die Bereitstellung eines Sonderzuges durch Deutschland für Lenin und einige andere führende Revolutionäre. Deutschland hat außerdem die bolschewistische Parteiarbeit in Russland im Sommer und Herbst 1917, die die Oktoberrevolution erst möglich machte, finanziert. Und es hat dem bolschewistischen Regime im Sommer 1918, in der ersten und größten Krise seiner noch un-

gefestigten Herrschaft, wahrscheinlich das Leben gerettet - mindestens entscheidende Rückendeckung gewährt. Auch war diese ganze Zusammenarbeit, mit all ihrer haarsträubenden Problematik auf beiden Seiten, keine Improvisation des Augenblicks. Ihre Wurzeln reichen bis ins erste Kriegsjahr zurück.

Es ist heute fast vergessen, dass Deutschland den Ersten Weltkrieg gerade in seiner ersten Phase durchaus als Revolutionskrieg anlegte. Dabei gingen zwei Dinge durcheinander: Revolution als Kriegsziel und Revolution als Kriegsmittel.

Die Revolution, die Deutschland wirklich wollte und als Ziel schon in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Krieg wirklich anstrebte, war eine Revolution in der Staatenordnung: die Errichtung einer deutschen Vorherrschaft in Europa und der Sturz der englischen Vorherrschaft in Übersee. Das wäre gewiss eine Revolution größten Ausmaßes gewesen; aber eine Revolution nur in der Staatenordnung, nicht in der Gesellschaftsordnung; und selbst innerhalb der Staatenwelt eine Revolution nur in der Rangfolge. Das imperialistische Staatensystem als solches, also das System der strengen Rangordnung unter Staaten, der Herrschaft der Großmächte und der Ausbeutung der Schwachen durch die Starken, wollte Deutschland gewiss nicht ändern, vielleicht sogar eher noch verschärfen. ...

(S. 84 f.)

... Von einem »Komplott« zwischen Lenin und Ludendorff (dem damals mächtigsten Mann in Deutschland) sollte man vielleicht nicht sprechen, denn ein »Komplott« setzt ein gemeinsames Ziel voraus. Das Spiel, das Lenin und Ludendorff miteinander spielten, glich eher einer Wette - einer Wette, wer den anderen besser ausnutzen und am Ende zum Narren halten könnte. Aber auf dieser seltsamen Grundlage kam tatsächlich ein weitgehendes Zusammenspiel zustande, mit weltgeschichtlichen Folgen.

Insbesondere kann an der Finanzierung der bol-

schewistischen Parteitätigkeit im Sommer 1917 durch Deutschland kein ernsthafter Zweifel bestehen. Das fantastische Wachstum der Partei zwischen April und August (von 78 auf 162 Ortsgruppen, von 23000 auf über 200000 Mitglieder), die ebenfalls sprunghafte Auflagensteigerung der Parteipresse unter Bedingungen äußerster Papierknappheit, die Bewaffnung der Roten Garde - all das erforderte große Summen, und die bolschewistische Partei hatte immer, sogar in ihren relativ starken Zeiten vor dem Kriege, an akutem Geldmangel gelitten, sich gelegentlich sogar durch Bankraub finanzieren müssen. Sie hat die plötzliche Geldschwemme des Sommers 1917, die einer Zeit absoluter Dürre folgte, nie erklärt. ...

Auch die Deutschen haben offiziell nichts erklärt. Es gibt aber einen internen Bericht des damaligen deutschen Staatssekretärs des Äußeren, von Kühlmann, vom 3. Dezember 1917, ...

... Übrigens lässt sich aus anderen deutschen Akten sogar die ungefähre Summe errechnen, die den Bolschewiki damals zugeflossen ist; es dürften etwa 26 Millionen Mark gewesen sein, vielleicht etwas weniger, keinesfalls mehr. Eine lächerlich geringe Ausgabe für eine Krieg führende Macht, die in derselben Zeit für militärische Operationen Milliarden ausgibt, aber nicht übel für eine Partei, die sich in ihrem Land auf die politische Machtübernahme vorbereitet. Und, nebenbei, eine frappierende Demonstration dafür, wie wenig sich die Wichtigkeit einer Operation an ihren Kosten messen lässt: Diese lumpigen 26 Millionen haben die Weltgeschichte verändert; die hundert und mehr Milliarden, die Deutschland in die militärische Kriegführung gesteckt hat, sind für nichts verpulvert worden. ...

(S. 90 f.)

... Auch eine Niederlage lässt sich besser oder schlechter handhaben, so wie man geschickt oder ungeschickt fallen kann. Die Handhabung der Niederlage von 1918 war Deutschlands letzter großer Fehler im Ersten Weltkrieg, und fast der schlimmste. Denn Deutschland fiel so ungeschickt

wie nur möglich. Schon mitten im Fallen glaubte es immer noch, mitten im Siegen zu sein. Es machte keinen Versuch, seinen Fall zu begreifen, zu bremsen und zu mildern. Es fiel hart, mit voller Wucht, und es fiel auf den Kopf. Das Kriegsende fand in einer gewissen plötzlichen Bewusstlosigkeit statt. Was damals wirklich passierte, was Deutschland sich in letzter Minute noch selbst antat, hat es nie richtig aufgefasst und später nie richtig erinnert. Es hat sich später die unsinnigsten Legenden darüber aufschwätzen lassen, sogar die, dass das siegreiche Heer von hinten erdolcht worden sei. Auch hat es sich von dem Schock nie ganz erholt. Seit dem Herbst 1918 sind die Deutschen ein politisch gemütskrankes Volk. ...

(S. 117 f.)

Damals und heute (Nachwort 1964)

... Nun, die Welt ist in der Tat kein Kindergarten. Völkerrechtsbrüche, Kriegsverbrechen, Brutalitäten und Grausamkeiten sind auch von anderen Mächten als vom Deutschen Reich begangen worden. Immerhin ist das Debetkonto, das das Deutsche Reich in dieser Hinsicht im Ersten Weltkrieg angehäuft hat, ziemlich hoch (vom Zweiten Weltkrieg zu schweigen). Den Hass, den man damit erregt, vorher nicht einzukalkulieren ist naiv; und ihn dann noch nachher durch Selbstgerechtigkeit, Selbstbemitleidung und aussichtslose Aufrechnungsversuche bis zum Ekel zu steigern - besonders nachdem man verloren hat und auf die Versöhnlichkeit der siegreichen Opfer einigermaßen angewiesen ist - ist weder würdig noch klug. In dieser letzten Hinsicht leistet nun aber gerade die Bundesrepublik etwa gegenüber Polen und Russland heute Erstaunliches.

Noch einmal: Verbrechen und Grausamkeiten haben alle Völker auf dem Kerbholz, und obwohl die Deutschen sich gerade in diesem Jahrhundert in dieser Hinsicht traurig hervorgetan haben, stehen sie als Sünder gewiss nicht allein. Womit sie so ziemlich allein stehen, ist die Naivität, mit der sie sich selbst freisprechen und von einer herausgeforderten, schwer misshandelten und schließlich siegreichen Welt völlige Folgenlosigkeit ihrer

Taten als ihr gutes Recht beanspruchen. Zu dieser Naivität gehört es übrigens auch, dass sie offenbar der Meinung sind, diese Taten würden nicht bemerkt, solange sie nur selbst nicht darüber reden; und jeden, der das eigene Nest zu reinigen versucht, gewohnheitsmäßig beschuldigen, es zu beschmutzen. ...

(S. 150 f.)

... Zwischen

Deutschland und den Deutschen besteht immer ein Unterschied, für den man vergebens das Verständnis der übrigen Welt suchen wird. Nicht umsonst nannte Thomas Mann seine geistreiche Verteidigung der deutschen Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg: »Betrachtungen eines Unpolitischen«. Indem der Deutsche für sich als Person das Recht in Anspruch nimmt, unpolitisch zu sein, also das Recht auf politische Verantwortungslosigkeit, gibt er gleichzeitig auch seiner jeweiligen Regierung einen Freibrief für politische Verantwortungslosigkeit - und fällt dann aus allen Wolken, wenn sie davon Gebrauch macht und ihn die Folgen treffen. Ein trauriges Kapitel, an dem sich zwischen 1914 und 1965 kaum etwas geändert hat. ...

(S. 153)

Josef, mein Urteil über die Schuld am Ersten und auch Zweiten Weltkrieg ist, daß Deutschland daran einen wesentlichen Anteil hat, daß es aber nicht gerechtfertigt ist, daß wir uns selbst oder das Ausland Deutschland die jeweilige Schuld alleine zuschieben. Und wenn eine solche Einschätzung, die sich auf der Suche nach einem gerechten Urteil über unsere Geschichte einstellt, ein Ausdruck von politisch rechter Gesinnung ist, dann nehme ich in Kauf ein Rechter zu sein.

Auffällig häufig wird in geschichtlichen Beschreibungen auf den Tatbestand hingewiesen, daß die Revolution der Bolschewisten vom Deutschen Staat gefördert wurde. Die damals in Deutschland das Sagen hatten, erhofften sich davon eine Schwächung Rußlands. In Wirklichkeit wurde ein östlicher Gegner Deutschlands gestärkt. Dieser Vorgang wird in späteren Geschichtsbüchern sicher mit der blinden Politikberatung

verglichen werden, die Deutschland und der gesamte Westen Rußland nach dessen Wandel durch Perestroika und Glasnost hat angeidehen lassen. Diese war genauso dumm, wie der Akt der Generäle im ersten Weltkrieg. Es war jedes mal eine Investition in die Feind- und nicht in die Freundschaft.

Ich wende mich jetzt der „Ablehnung der sog. 'Umerziehung'“ zu. Erstmal ist festzuhalten, daß der gesellschaftliche und politische Umbruch nach dem Zweiten Weltkrieg von den Menschen damals sehr unterschiedlich erlebt und empfunden wurde. Was für die einen die Befreiung war, war für die anderen die schmachvolle Niederlage. Und dann das Gefühl, die Katastrophe überlebt zu haben, verbunden mit der Angst an den widrigen Lebensbedingungen danach trotzdem noch zu verrecken. Dazu die Sorge, die auf der Flucht oder bei der Vertreibung verloren gegangenen Angehörigen nicht wiederzufinden oder gar für immer verloren zu haben. Dann noch die Angst um die Angehörigen, von denen man nicht wußte, ob sie gefallen waren oder in der Gefangenschaft darbt. Ich denke, für Gedanken, in welcher Gesellschaft sie künftig leben oder ob sie Demokraten werden wollten, hatten die meisten Menschen keinen Raum.

Die Sieger, besonders die US-Amerikaner und die Sowjets hatten sich wohl überlegt, was die Deutschen in Zukunft zu sein hätten und hatten wohl Programme, um den neuen Deutschen zu gestalten. Wer das nicht selber erlebt hat, kann sich so einen von außen gesteuerten Umbruch des politischen und gesellschaftlichen Selbstverständnisses gar nicht richtig vorstellen. Wenn Werners Generation darüber schreibt, schreibt sie also über etwas, was sie nicht aus der Erfahrung, sondern nur aus den Nachwirkungen ableiten kann. Man muß sich nur mal vorstellen, die restlichen Christen bei uns würden zu einem Konfessionswechsel oder gar zu einem Glaubenswechsel gezwungen. Dann muß man noch bedenken, daß die Generationen der damals Erwachsenen schon den Wechsel vom Kaiserreich zur Demokratie von Weimar, von dort zum Nationalsozialismus hinter sich hatten und die Sieger, die die neue Botschaft verkündeten wenig Ahnung von der Geschichte und der Kultur der Deutschen hatten. Es gab in vielen Fällen eine besserwisserische distanzlose Belehrung.

Dagegen lehnten sich ja nicht nur unbelehrbare Nazis auf sondern besonders jene Deutsche, die in Frontstellung gegen den Nationalsozialismus gestanden hatten.

Die Sieger hatten das „Glück“, bei ihrem Vorhaben die Schuld der Deutschen als Weichmacher einsetzen zu können.²¹ Aber gerade weil die Schuld der Deutschen hier eine gestaltende Funktion hatte, ist es heute notwendig, diese Schuld neu zu beleuchten und zu fassen. Man darf sich aber die „Umerziehung“ der Deutschen (und ich meine hier jetzt nur der Westdeutschen) durch die Amerikaner nicht als einheitliches und widerspruchsloses Konzept und vor allem nicht nur negativ vorstellen. Auch ist es ja so, daß jede neue Idee, jede neue gesellschaftliche Konzeption eine „Umerziehung“ zur Folge oder zur Voraussetzung hat. Auch wurde Vieles, was die Amerikaner (und sicher mit Abstand auch die Engländer und Franzosen) uns brachten, begrüßt und gerne auf- und angenommen. Auch kamen nicht alle US-Amerikaner – besonders jene von den Hilfsorganisationen – als Besserwisser. Von den Quäkern habe ich in Erinnerung, daß sie die Anweisung hatten, ihre Augen und Ohren zu öffnen, um herauszufinden, wo den Deutschen der Schuh drückt, und dann erst zur helfenden Tat zu schreiten. Trotz allem ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß wir Deutschen uns die Demokratie nicht erarbeitet und erstritten haben, sondern daß sie – um mit den Mitscherlichs zu sprechen – als Oktroy zu uns kamen.

Aus „Die Unfähigkeit zu trauern“ von Alexander und Margarete Mitscherlich habe ich das nachfolgende Zitat schon an anderer Stelle benutzt:

Die Restitution der Wirtschaft war unser Lieblingskind; die Errichtung eines demokratischen Staatsgebäudes hingegen begann mit dem Oktroi der Sieger, und wir wissen heute nicht, welche Staatsform wir selbst spontan nach dem Kollaps der Nazierrschaft gewählt hätten; wahrscheinlich eine ähnlich gemildert autoritäre von Anfang an, wie sie sich heute aus den demokratischen Grundlagen – die wir schrittweise bis zur Großen Koalition hin aufgeben – entwickelt haben. Es ist nicht so, daß man den demokratischen Staatsgedanken ablehnte wie weitgehend während der Weimarer Republik. Man kann aber auch wenig mit ihm anfangen, weil man ihn,

²¹ Weichmacher werde zum Beispiel bei Plastikspielzeug eingesetzt. Verschlucken Kinder Plastik, besteht die Gefahr, daß die Magensäfte den Weichmacher auflösen und das Plastik aushärtet und den Verdauungskanal zerreißt. Soviel mehr unsere Schuld seine Funktion als gesellschaftlicher Weichmacher verliert, soviel dringender wird es, diesen negativen Weichmacher durch einen positiven in Form einer machbaren Idee von einer freien und gerechten Gesellschaft zu ersetzen.

psychologisch gesprochen, nicht libidinös zu besetzen versteht. Es ist kein spannendes Spiel der Alternativen, das in unserem Parlament ausgetragen würde, wir benützen diesen Staat als Instrument für Wohlstand - kaum der Erkenntnisproduktion; entsprechend drängen sich nur wenig politisch schöpferische Talente in die Ämter. ... (S. 18 und 19)

Ich persönlich habe die „Umerziehung“ gar nicht gemerkt. „Unser Führer“ war für mich als Junge (Jahrgang 1934) genauso abstrakt und fern wie der wieder mehr in den Vordergrund rückende Gott der Katholiken und Evangelischen. Halt, stimmt nicht ganz: Die alten Schulbücher wurden uns abgenommen und wir erhielten Münchhausen als Lesebuch. Ich denke heute, daß es die Jugendlichen zwischen 14 und 21²² es am schwersten hatten, sich mit der Situation abzufinden, denn sie hatten doch gerade das alte politische Glaubensbekenntnis verinnerlicht. Ein HJ-Führer aus dieser Altersgruppe, den ich als Person bewundert habe, hat sich nach Jahrzehnten umgebracht. Ich vermute zwischen seinem Freitod und seiner Umerziehung einen Zusammenhang.

Vielleicht weil ich ein Spätentwickler war, vielleicht weil der Alltag mich mit anderen Fragen beschäftigte, habe meine mir bewußte „Erweckung“ bzw. Begeisterung für die Demokratie erst später erlebt. Ich entdeckte neulich die Worte eines US-Amerikaners, die ich 1957 im Internationalen Freundschaftsheim Bückeberg gehört habe, in der Schrift „Die Freiwilligen“ wieder. (Siehe Text 52.3) Der Mann und seine Worte haben mich damals stark beeindruckt.

Das Verhältnis der Freiwilligen zur Regierung

„Ich komme zu Ihnen als höchster Beamter der Vereinigten Staaten von Amerika. Mein Titel ist Citizen, d. h. Staatsbürger, und als solcher bin ich der Herrscher von Amerika. Ich möchte in meiner offiziellen Eigenschaft über die Macht des souveränen Staatsbürgers und seine Pflichten zu Ihnen sprechen.“

„Wenn Sie Staatsbürger sein wollen, dürfen Sie niemals erlauben, daß irgendeine Regierung, sei sie deutsch, russisch oder amerikanisch, zu Ihnen in eine andere Beziehung tritt als die Ihres treuen Dieners.“

22 Auf politischer Ebene war oder bilde ich mir ein, daß ich der erste war, der die Herabsetzung des Volljährigkeitsalter von 21 auf 18 gefordert hat. Manchmal zweifle ich daran, daß das gut war. Andererseits gehöre ich zu denen, die ein (stellvertretendes) Stimmrecht für Minderjährige fordern.

„Ein souveräner Staatsbürger muß, wenn seine Vertreter ihn niemals nicht vertreten, immer bereit sein, sich selbst zu vertreten.“

»Meine Warnung ist: Behaupten Sie Ihre Souveränität des Staatsbürgers auch gegen Ihre eigene Regierung.“ (Ein amerikanischer Professor auf einer Versammlung in Deutschland.) (Aus Kriegsdienst und Friedensdienst S. 40.)

Es gilt also, das Thema *Umerziehung nach dem zweiten Weltkrieg* nicht einfach zu ignorieren, denn nur wenn es nicht differenziert und tolerant behandelt wird, kann es als Munition für rechtsextreme Agitation verwendet werden. Ich lasse eine Buchbesprechung aus der Verlagsbeilage der HAZ und HP vom 9. Oktober 2007 folgen.

Zynische Sachlichkeit statt Ideologie

Von Karl-Ludwig Baader

Verlagsbeilage der HAZ und NP vom 9. Okt. 2007

Während des Krieges schrieb Herbert Marcuse (1898-1979) im Auftrag des damaligen amerikanischen Geheimdienstes ein Memorandum, das die psychologischen Grundlagen des Nationalsozialismus und die Möglichkeiten ihrer Zerstörung untersuchte. Nachzulesen sind nun diese „Feindanalysen“ in Band 5 der „Nachgelassenen Schriften“. Marcuse sieht eine Zerstörung der traditionellen deutschen Metaphysik durch die Nazis. Sie hätten die Deutschen dazu erzogen, jeden Glauben an Werte als ideologisches Manöver zu betrachten. Ohne Rücksicht auf traditionelle humanistische Hemmungen dürfen alle Mittel eingesetzt werden, sofern sie für die Staatsmaschine effizient sind. Diese zynische Sachlichkeit werde erst verschwinden, „wenn die Errungenschaften des Naziregimes (Vollbeschäftigung und materielle Sicherheit) in einer wahrhaft demokratischen Gesellschaftsordnung aufgehoben sind“. Eine Perspektive, unter der man das Wirtschaftswunder und die „skeptische Generation“ der westdeutschen Aufbaujahre nachträglich neu betrachten kann.

Herbert Marcuse: Nachgelassene Schriften. Band 5:

„Feindanalysen. Über die Deutschen“.

Herausgegeben von Peter-Erwin Jansen.

Aus dem Amerikanischen von Michael Haupt zu Klampen.

169 Seiten, 24 Euro.

oooooooooooooooooooo

Aus dem nachfolgenden Buch habe ich schon ein- oder zweimal Auszüge im anderen Zusammenhang gebracht. Mir ist das Buch bei den Überlegungen, wie ich *die etwas andere Sicht* noch besser begründen könnte, wieder eingefallen. Es sind linke Autoren. Wenn ich sie lese fühle ich mich auch als Linker. Es sind im Grunde Berichte von gescheiterten Versuchen der Einflußnahme auf die Gesellschaftsgestaltung seit 1918. Als freiwirtschaftlich geschulter Leser erkennt man sehr schnell, warum ihre Erfolgsbilanz negativ oder mager aussieht. Es sind sicher einmal die Immobilität in der Gesellschaft, aber im Wesentlichen Fehler in ihrer verwendeten Ökonomietheorie. Das Gilt sogar für die CDU, die heute deshalb ihre antikapitalistische Haltung der unmittelbaren Nachkriegszeit als Irrtum hinstellen muß. Aber Mängel und Fehler bei anderen sehen, bedeutet nicht, daß bei einem selber keine zu entdecken wäre. Ich bringe nicht von allen Autoren, die in dem Band versammelt sind, Auszüge. Ich will damit nicht andeuten, daß sie es nicht wert sind, mit Teilen ihrer Beiträge vorgestellt zu werden. Ich habe hier gebracht, wo meine Augen bei der erneuten Durchsicht hängen geblieben sind. Und das ist schon reichlich viel.

Die zornigen alten Männer

Gedanken über Deutschland seit 1945

Wolfgang Abendroth / Heinrich Albertz / Jean Améry / Wolf Graf Baudissin /
Heinrich Böll / Axel Eggebrecht / Bernt Engelmann / Walter Fabian /
Ossip Flechtheim / Eugen Kogon / Fritz Sängler /
Hrsg. Axel Eggebrecht
1979

Aus:

Axel Eggebrecht
Vorwort

... Die drei seit 1945 vergangenen Jahrzehnte waren, verglichen mit der vorangegangenen, eine ruhige, eine «normale» Zeit. Nur entwickelte sich alles ganz anders, als wir es unmittelbar nach 1945 erwarteten.

Es kam zu Spannungen und Konflikten, welche den Blick auf die so gerade noch überstandene Katastrophe rasch verdeckten. Und so manche Nachwirkungen des Nationalsozialismus wurden gar nicht mehr als solche wahrgenommen, bis auf den heutigen Tag. Das gilt verständlicherweise besonders für die Jüngeren, denen unsere Erfahrungen fehlen, von jeher haben alte Leute ihre Erfahrungen gern an die

ganz jungen weitergegeben. Und schon immer galt es, dabei gewisse Barrieren zu überwinden. Nicht weil junge Menschen etwa eine Abneigung gegen ihre Großeltern gehabt hätten; doch zwischen diesen beiden Generationen stand und steht ja eine dritte, die der Eltern. Sie wirken nicht selten als Schranke, bewußt oder unbewußt. Denn begreiflicherweise sind sie nicht eben begeistert, wenn ihre Kinder sich mit ihnen weniger gut verstehen als mit den Großeltern.

Das alles klingt heutzutage, ich weiß es wohl, ein bißchen altmodisch; indessen handelt es sich noch immer um eine handfeste Realität, ja diese besondere Beziehung ist sogar wichtiger geworden als ehemals. Das hängt, wie so vieles in unserem unheilvollen Jahrhundert, mit dem Nationalsozialismus zusammen. ... (S.8)

... Auch unter den Älteren gab es 1933 viele Hitlerbegeisterte: nostalgisch schwärmende Kaiserstreue, aber auch enttäuschte Sozialisten aller Schattierungen. Doch mindestens ebenso viele um die Jahrhundertwende Geborene standen dem Mann aus Braunau von Anfang an distanziert gegenüber. Sie waren in der Lage, sein Tausendjähriges Wunderreich mit der vorangegangenen, bei allen Fehlern jedenfalls humaneren Zeit zu vergleichen. Das machte sie gewiß nicht alle zu aktiven Widerstandskämpfern; aber es brachte sie, um Jean-Paul Sartre zu zitieren, doch dahin, «zu jeder Tages- und Nachtstunde NEIN zu sagen». (S. 9)

... Aber wir nahmen es doch als selbstverständlich an, daß die meisten unserer Mitbürger gleich uns den Untergang Hitlers als Befreiung empfinden müßten; schon damit irrten wir, wie sich alsbald zeigen sollte. Fast sofort begann ein allgemeiner Streit darüber, wer denn nun für die Katastrophe verantwortlich zu machen sei. Einer schob es auf den andern, bis sich schließlich keiner mehr belastet fühlte.

Die Frage, ob es eine deutsche Kollektivschuld gäbe oder nicht, erregte die Öffentlichkeit zeitweise in einem heute kaum noch vorstellbaren Maße. Das war natürlich der sicherste Weg, sie schleunigst zu verdrängen. In der Tat wurde das als leidig empfundene Thema verschlissen, nach wenigen Jahren schien es verbraucht - und es war, ja, es ist immer noch ein Thema, da lasse ich mir nichts abhandeln. Ungefähr von 1950 an wurde es kaum noch erwähnt, öffentlich wie privat, in Schulen wie in Familien. Es war, als müsse man die Heranwachsenden vor der Ansteckung mit einer gefähr-

lichen, schmähhlichen Krankheit bewahren. Gerade deshalb blieb das Übel ansteckend bis heute. ... (S. 10)

... In unserem optimistischen Überschwang täuschten wir uns. So wollten wir es nicht wahrhaben, daß die Mehrheit der Deutschen von jeher unpolitisch ist. Das hatte sich ja gerade in den Schreckensjahren wieder gezeigt, da wurde viel gemeckert und doch alles geduldig hingenommen. Nun aber waren wir überzeugt davon, unsere eigene kritische Haltung überall in der Bevölkerung wiederzufinden; davon konnte aber nicht die Rede sein. Man hielt uns, wenn wir nach so langem Schweigen endlich offen und öffentlich über den Nazismus sprachen, für rachsüchtig oder für opportunistische Helfer der Besatzungsmächte. Eben das waren wir ganz und gar nicht, im Gegenteil, wir opponierten gegen viele Maßnahmen der Militärbehörden, oft mit Erfolg. Und wir dachten nicht daran, als rabiate Jakobiner jeden Nazi zu köpfen - nicht einmal bildlich gesprochen. Nein, heute bin ich ganz sicher, daß wir viel zu versöhnlich waren. ... (S. 12)

Etwas muß noch gesagt werden. Wir Leute der ersten Stunde wollten niemals Kultur- oder Politfunktionäre werden, dachten überhaupt nicht an den möglichen eigenen Vorteil. Uns erfüllte eine lebhaft und sogar idealistische Zuversicht, wir dachten an einen besseren Staat, an eine wahrhafte Demokratie, soziale Gerechtigkeit, an Freiheit in jedem Sinne des Wortes. Dafür wirkte jeder von uns nach seinen Kräften, angespannt und freudig. Mit Ulrich von Hutten hätten wir ausrufen können: «O Jahrhundert! O Wissenschaften! Es ist eine Lust zu leben!»

Doch war uns die unerträglich schwere Lage der meisten Mitbürger bewußt. Wir waren realistisch genug, um uns zu sagen: Etwas muß hinzukommen, um unseren Optimismus zu rechtfertigen - gutes, wertbeständiges Geld! Lange wurde davon nur geredet. Im Juni 1948 erfüllte sich unser Wunsch durch die Währungsreform.

Dann aber kam alles ganz anders.

Die Währungsreform wird als Großtat gefeiert, sie gilt geradezu als die wahre Gründung unseres florierenden Wohlstandsstaates. Das trifft zu. Zugleich aber legte die Einführung des neuen Geldes den Keim zu Fehlentwicklungen, die drei Jahrzehnte später nicht mehr zu leugnen sind. Tatsächlich wurde nämlich der Kapitalismus nahezu in vol-

lem Umfang wiederhergestellt, und zwar von vornherein verbunden mit seinen schlimmsten Begleiterscheinungen.

Wer das heute offen ausspricht, macht sich unbeliebt und wird als linker Extremist verfemt; dennoch ist es wahr. Und was damals geschah, hatte die große Mehrheit des Volkes bestimmt nicht gewollt; am allerwenigsten diejenigen, die nachher, als die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten war, ihre eigenen früheren Einsichten vergaßen und, schlimmer noch, vergessen machen wollten.

Ich spreche, wie man schon ahnen wird, vom «Ahlemer Programm» der CDU, einer programmatischen Erklärung, die Anfang Februar 1947 formuliert wurde. Es lohnt sich, einige Kernsätze aus diesem häufig erwähnten, im genauen Wortlaut aber nur ungenügend bekannten Dokument zu zitieren:

«Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.»

Gefordert wird eine gemeinwirtschaftliche Ordnung, wie sie, so die Denkschrift, vor 1933 in wichtigen Bereichen schon erreicht war. Als Beispiele werden Eisenbahn, Post, Rundfunk, Gas- und Wasserversorgung, Erzeugung von Elektrizität und Teile des Bergbaus genannt. Dann heißt es:

«Die Zeit von 1933 hat zu große Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar . . . Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.»

Um das zu ändern, wird vorgeschlagen: Konzerne und «ähnliche wirtschaftliche Gebilde, die nicht technisch, sozial

oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten». Kartellgesetze müssen erlassen werden. Dringend wird die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisen-schaffenden Industrie empfohlen. Außerdem muß das Verhältnis Arbeitgeber-Arbeitnehmer neu geordnet werden; dabei wird an Mitbestimmung gedacht. Schließlich heißt es wörtlich:

«Planung und Lenkung wird auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.»

Planung und Lenkung! Das klingt ja wohl ungemein sozialistisch. Damals wurden also «Freiheit und Sozialismus» von führenden Christdemokraten durchaus nicht als unvereinbare Gegensätze betrachtet. Im Herbst 1947 nannte Konrad Adenauer die Ahlener Grundsätze einen «Markstein in der Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens».

Wir befanden uns also mit unseren Hoffnungen in recht honoriger Gesellschaft; es war kein törichtes Hirngespinnst, wenn wir annahmen, die neue harte Währung werde fortschrittlichen Prinzipien zugute kommen. Es dauerte dann einige Zeit, bis wir begriffen, was wirklich geschah.

Es stimmt freilich, daß jeder Westdeutsche die gleiche kleine Summe alten Geldes in neues, stabiles umtauschen konnte. Und selbstverständlich war jeder Arbeiter und Angestellte froh, fortan für Lohn und Gehalt wieder sinnvolle Dinge kaufen zu können. Ein wesentliches Moment aber wurde im ersten Freudenrausch nicht erkannt: Es traf gar nicht zu, daß jeder die gleiche Startchance hatte. Wer über irgendwelche handfesten Werte verfügte, war vom ersten Tage an bevorzugt. Er bekam auf vorhandene Warenlager oder Firmennamen, besonders aber wenn er Grund und Boden besaß, sofort Kredit, der dem durchschnittlichen Sterblichen verwehrt blieb. In der Stunde der Währungsreform waren zwei von Grund auf verschiedene Klassen geschaffen. Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß dadurch der Kapitalismus - der ja beispielsweise vom «Ahlener Programm» so entschieden verworfen wurde - nun wiederum und erst recht fundiert worden war, mit allen seinen Nebenerscheinungen. ... (S. 15 f.f.)

Bedenklich blieb es, daß zwölf Jahre Diktatur nicht so sehr das Verlangen nach bürgerlichen Freiheiten wie vielmehr den alten Untertanengeist gefördert hatten. Nicht selten erinnerte ich mich an Sätze, die Carl von Ossietzky in den späten Weimarer Jahren schrieb:

«Die Gleichgültigkeit der Massen am politischen Betrieb ist unbeschreiblich. Und was wäre selbst das bißchen Konsolidierung, auf das immer so stolz gepocht wird, ohne die spornende und peitschende Kraft verhöhnter und gemiedener Außenseiter? Alles mußte erkämpft werden gegen die kompakte Majorität.»

Die bissige Formulierung, übernommen vom alten Henrik Ibsen, mutet auf den ersten Blick antidemokratisch an. Sie war und ist noch immer Widerhall jener Resignation, die auch den aktivsten Demokraten gelegentlich (um noch einmal Ibsen zu bemühen) zum «Volksfeind» macht. Wir Männer der ersten Stunde hatten uns wahrhaftig nie als Elite empfunden. Nun aber, ein Jahrzehnt nach Hitler, gerieten wir in eine mißlichere Lage: Wir kamen uns fremd vor in diesem unserem Staat, von dem wir uns doch so viel erhofft hatten. Es konnte auch nicht ausbleiben, daß wir uns fragten, ob nicht wir selber an dieser unguuten, unfruchtbaren Spannung schuldig wären. Die Fakten mehrten sich, die unserer Enttäuschung immer neuen Antrieb lieferten. Ein wichtiges Ereignis war in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Studentenrevolte, auch und gerade für uns Alte; ein auf den ersten Blick überraschender Zusammenhang, über den zu reden sein wird.

Hier nur ein paar Andeutungen. Mir scheint, daß wir die weit zurückliegenden Ursachen ein wenig besser begriffen als die Vierzig- und Fünfzigjährigen, die oft nur die aktuellen Exzesse sahen. Es geriet ja rasch in Vergessenheit, daß auch die rabiatasten Rebellen, voran Ulrike Meinhof, ziemlich lange Zeit versuchten, mit Argumenten zu wirken; bis sie dann Kaufhäuser anzündeten, zur MP griffen und Banken überfielen. Der Terror ist durch nichts, ich wiederhole: durch absolut nichts zu entschuldigen oder auch nur zu beschönigen. Aber der Weg bis dorthin kann, muß untersucht werden, die Wurzeln dieses weltweiten Aufstands sollten sorgfältig und ohne blinden Haß erforscht werden - sonst wird der Wahnsinn in immer neuen Formen sich wiederholen. Ich fürchte, daß sich die mittleren, die Staat und Gesellschaft bestimmenden Jahrgänge für solche ge-

duldigen Bemühungen herzlich wenig interessierten. Sie fühlten sich gestört in jener behaglichen Selbstsicherheit, die Alfred Grosser in seiner bekannten Paulskirchen-Rede zu Recht als fatale neudeutsche Haltung gebrandmarkt hat. (S. 22 f.)

Aus:

Wolfgang Abendroth

Haben wir «Alten» noch etwas zu sagen? Sind wir «zornig»?

Es ist leider richtig – wir alle, die wir hier in diesem Band schreiben, sind nun «alte Männer» - nach den alten Frauen hat leider keiner gefragt. Sind wir auch «zornig»? Wären wir es niemals, wären wir resigniert und wirklich zu nichts mehr von Nutzen. Ein Recht auf Resignation - und das heißt praktisch auf stilles Verschwinden aus der Öffentlichkeit - hätten wohl die meisten von uns. Denn wohl alle, die hier gefragt wurden, haben sich - der eine hier, der andere dort - für das, was sie für eine bessere und aufgeklärtere, vernünftige Gesellschaft halten, für ein rationaler denkendes und handelndes westdeutsches Volk in einer Menschheit mit weniger Ausbeutung und Unterdrückung, als es sie vorher gegeben hat, ein Leben lang geschlagen. Jetzt sind wir also gelegentlich «abgekämpft» und müde. Das, was aus Resignation heraushilft, ist aber immer wieder der Zorn. Ohne Zorn über das, was uns ärgert, über das, was wir für falsch halten, würden wir wohl alle heute schweigen, weil wir, da wir nun einmal «alt» sind, auch oft physisch am Ende sind. Ist man müde, kommt einem allzu häufig die Anwandlung, Ruhe haben zu wollen. Allerdings, viele von uns haben auch nicht gelernt, Ruhe zu geben, weil wir uns seit unseren Jugendjahren immer mit dem, was gerade war, herumgeschlagen haben. Wir sollten also auch kein besonderes Verdienst für uns daraus zu konstruieren versuchen, daß wir es jetzt immer noch tun. Vielleicht ist es bloße Gewohnheit, daß wir aus dem alten Gleis nicht herausspringen können; man soll sich nicht besser machen, als man ist. ... (S143)

Aus:

Walter Fabian

Versagen wir zum zweitenmal?
Die Bildungsreform, zum Beispiel

Als Vorbemerkung ein Brief

Lieber Axel Eggebrecht,

als Sie neulich bei mir waren, sagte ich Ihnen, daß mir durch Ihre Einleitung zu diesem Band einige «Probleme» entstanden seien. Sie ermunterten mich eindringlich, das hier niederzuschreiben. Ich folge gern diesem Rat.

Meine Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß Sie in Ihrem Text überwiegend per «wir» schreiben. Damit kann ja wohl nichts anderes gemeint sein als wir, die Mitarbeiter dieses Bandes. Offen gesagt, fühle ich mich dadurch etwas «vereinnahmt», so nahe ich, wie Sie wissen, den meisten Ihrer Positionen stehe. Aber hier spricht doch jeder nur für sich selbst, allenfalls für einen kleinen Kreis persönlicher und politischer Freunde. Ich jedenfalls sehe mich zu keinem «wir» legitimiert.

Wo liegen unsere Differenzen? Sie schreiben wiederholt von den großen Erwartungen, die «wir» nach 1945 hatten: «Wir durften auf eine gründliche Reinigung hoffen, auf einen neuen Beginn. Und der würde, so dachten wir, besser gelingen als nach 1918.» Nein, so dachte ich nicht. Ich bin sicher, daß meine Erinnerung mich heute, fast 34 Jahre später, nicht täuscht, wenn ich sage, daß ich von der ersten Stunde an von tiefer Skepsis erfüllt war und daß ich alles, was ich seitdem getan, geredet und geschrieben habe, «trotzdem» tat und weiterhin tun werde. Ähnlich war es mir schon in der Weimarer Republik ergangen - wenn auch nicht von der ersten Stunde an (ich war 1918/19 ein sechzehnjähriger Gymnasiast, der sich in der Friedensbewegung und in den Jugend- und Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung engagierte), so doch spätestens im Jahre zwei der republikanischen Zeitrechnung. Was mich beim Zusammenbruch des wilhelminischen und des Dritten Reiches beehrte war etwas anderes: eine Erleichterung, eine ganz tiefe Erleichterung, daß das Morden ein Ende gefunden hatte. Im Vergleich dazu war meine Hoffnung auf den neuen Anfang verhältnismäßig schwach. Von «optimistischem Überschwang» war ich jedenfalls weit entfernt, und von «diesem unseren Staat» habe ich wohl nie «so viel erhofft». Doch darauf werde ich noch zurückkommen.

Sie sehen schon: unsere Sicht (oder unsere Temperamente?) sind etwas verschieden. Sie sehen auch: ich komme gleich auf die erste Republik zu sprechen. Und da ergibt sich

nun eine Differenz in Ihrer und meiner Konzeption dieses Buches. Wenn wir schon kollektiv als «alte Männer» das Wort ergreifen - was haben wir dann vor allem einzubringen? Doch wohl in erster Linie, daß wir eine längere historische Erfahrung haben als die heute Jungen, an die wir uns vor allem wenden. Oder anders ausgedrückt: daß wir, wenn nicht alles, so doch sehr vieles, zum zweitenmal erleben (erleben müssen). Und darüber kann ich nicht schweigen - ich muß den Rahmen Ihrer Konzeption sprengen, ich muß die Entwicklung seit 1945, auf die Sie dieses Buch konzentrieren möchten, mit der Entwicklung nach 1918 vergleichen dürfen. Ich hoffe, Sie und unsere künftigen Leser sind einverstanden?

Gewiß, ich weiß: «Bonn ist nicht Weimar.» Aber das war in erster Linie ein zugkräftiger Buchtitel (fast so gut wie einst Spenglers <Untergang des Abendlandes>), aber es bedarf doch einiger Einschränkungen. Davon wird noch zu sprechen sein. Vorerst sei nur versichert, daß ich mir der unterschiedlichen Voraussetzungen bewußt bleiben werde: die Geschichte wiederholt sich nicht wörtlich, sondern in Variationen. Aber aus ihr lernen kann und muß man trotzdem. Natürlich renne ich mit solchen Banalitäten die offenen Türen Ihrer Hamburger Wohnung ein. Ich will auch nur erklären, warum ich, von Ihrer Konzeption abweichend, vor allem die Wiederholung des traurigen Geschehens beklagen und die dafür Verantwortlichen anklagen muß.

Noch ein Wort zu Ihrem Satz, in dem Sie «den heiligen Zorn» preisen und hinzufügen: «Den, ja den, nehme ich für uns in Anspruch.» Nun ja. Sie haben auf Ihrer Seite den Titel dieses Bandes, den ich durch meine Mitarbeit akzeptiert habe. Trotzdem frage ich mich immer wieder, ob ich «ein zorniger alter Mann» bin. Eigentlich sehe ich mich nicht so, oder doch nicht nur so: ich sehe mich (und auch Sie!) vor allem als diejenigen, die sich ein langes Leben hindurch treu zu bleiben suchen, die ihre Zweifel und Verzweiflungen immer wieder niederringen - die durchhalten, hinweg über alle schlimmen tausend Jahre und über alle Enttäuschungen in weniger schlimmen Zeiten. Aber da sind wir ja gewiß einig, und so will ich mich mit der Freundlichkeit, die mir so wichtig scheint wie der Zorn, für heute von Ihnen verabschieden und endlich beginnen.

Doch halt, ich möchte noch rasch zwei Sätze von Andre Gide zitieren, die ich, in aller Unbescheidenheit, für uns, als

Verpflichtung, in Anspruch nehme: «Ich weiß und fühle, daß die Welt furchtbar ist; ich weiß aber auch, daß sie es nicht zu sein brauchte und daß sie das ist, was wir aus ihr machen . . . Jetzt kommen die Zeiten zurück, da als Verräter betrachtet wird, wer nicht nach Vorschrift denkt. Einige immerhin widerstehen noch ...» Vielleicht können die Aufsätze dieses Buches ein wenig dazu beitragen, das die «einigen» zu vielen werden? ... (S. 165 f.f.)

... Das Wesentliche war: weder die Grundlagen noch die Institutionen der alten Gesellschaftsordnung wurden verändert. Es gab keine Aufteilung des ostelbischen Großgrundbesitzes, keine Sozialisierung, keine Entmachtung der Grundindustrien, keine planende Wirtschaftspolitik - keine Reform der Verwaltung, der Justiz, der Heeresstruktur, der Schule, der Hochschule . . . <Der Kaiser ging - die Generäle blieben) hieß in den zwanziger Jahren ein zündender Romantitel; es blieben auch die alten Richter, die alten Staatsanwälte, die alten Ministerialdirektoren usw. Das ist bis tief in unsere zweite, heutige Republik so geblieben. Ich will es aus meinen Erfahrungen an einem Beispiel belegen. Als vor gut einem Jahrzehnt um die Notstandsgesetze gerungen wurde, schaltete sich auch der Deutsche Presserat ein, dem ich damals angehörte ; seiner Bestimmung gemäß beschränkte er sich auf das Bemühen, jegliche Beeinträchtigung der Pressefreiheit aus den Entwürfen zu eliminieren. Der Verleger Focko Lüpsen und ich wurden beauftragt, für den Presserat die Verhandlungen mit der Ministerialbürokratie des Bonner Bundesinnenministeriums zu führen. In unzähligen Sitzungen suchten die Bonner Beamten immer neue Formulierungen, die schließlich alle vom Plenum des Presserats und dann, was ausschlaggebend war, auch von der Bundestagsfraktion der SPD verworfen wurden. Aber nicht wegen dieses bescheidenen Teilerfolgs erzähle ich dieses Detail, sondern weil mir diese Auseinandersetzungen mit diesen eigentlichen Herren des Bonner Innenministeriums zeigten, daß diese Männer - die zum großen Teil zwischendurch zumindest zwölf Jahre lang Parteigenossen der NSDAP gewesen waren - mehr noch als alte Nazis überzeugte Verfechter des Obrigkeitsstaates geblieben waren: die Vorzensur sogar schon vor der Verhängung des Notstands wollten sie haben, weil sie die Bürger (lies: die Untertanen) vor Irrwegen ihres Denkens und Urteilens behüten mußten ... So vererben sich die Sünden der Väter und Großväter über den Wandel der Regime hinweg.

Doch noch einmal zurück zu den ersten Jahren der ersten Republik. Wie formulierte es Max Frisch (<Biedermann und die Brandstifter>:

«Der die Verwandlungen scheut
mehr als das Unheil,
was kann er tun
wider das Unheil?»

... (S. 168 f.f.)

Aus:

Heinrich Albertz
Über die Aufrichtigkeit in der Politik

... 1933 war ich achtzehn Jahre alt und damit 1945 gerade dreißig. Für diese so eingegrenzte «Generation» bedeutete der Zusammenbruch des Dritten Reiches überhaupt erst der Beginn des Lebens. Denn vorher waren nur Zwang und Krieg gewesen und für die, die nicht mit der Masse liefen, war der Staat nur als Polizei- und Überwachungsorgan präsent. Der 8. Mai 1945 bedeutete Freiheit und Befreiung und den Anfang aller denkbaren Möglichkeiten. Alles, was es nicht gegeben hatte, konnte nun beginnen. Das ist der Grund, warum jene ersten Jahre für meine Altersgruppe wie in einem verklärten Licht erscheinen, trotzdem doch damals schon erkennbar war, was tatsächlich geschah: kein Aufbruch des geschlagenen und schuldig gewordenen Volkes zu einem wirklich neuen Anfang, nur eine verschwindende Minderheit von Überlebenden, von wenigen jungen Leuten, die zur Demokratie entschlossen waren, und die Besatzungsmächte, die ihre Vorstellung von Demokratie einem auf die nackte Existenz gewiesenen aufgeteilten Deutschland von oben verordneten. Daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland niemals einer Volksabstimmung unterworfen wurde, das große Angebot der Freiheit seiner Grundrechte nie voll aufgenommen und die Regeln der Verfassung deshalb im besten Falle der Rahmen für eine äußerlich funktionierende Demokratie geworden sind, scheint mir die eigentliche Ursache für alle Fehlentwicklungen zu sein, die wir heute beklagen. Die, die heute Großväter sind, haben es nicht verstanden, ihren Söhnen und Töchtern die Umkehr wirklich glaubwürdig zu machen. Und die, die jetzt Väter sind, haben längst vergessen, welche Mög-

lichkeiten damals verspielt wurden. Weil eine Revolution nicht stattfand, weil Schuldige nicht gesucht und gefunden wurden, ja, weil die Gesamthaftung eines Volkes überhaupt niemals ernst genommen worden ist, blieb die Chance der vielberedeten < Stunde Null > vertan. ... (S. 193 f.)

Aus:
Jean Améry
In den Wind gesprochen

... Da fordere ich zunächst die Erlaubnis an, in der ersten Person sprechen zu dürfen, da es nämlich einen Grad der persönlichen Betroffenheit gibt, der jeden Versuch einer Distanznahme zur Fälschung des psychologischen nicht nur, sondern auch des moralischen und politischen Sachverhalts machen muß. Wie war es doch und wie ist es? ...

... Das radikal Böse, so meinten wir, sei vernichtet. Man müsse nur ans Aufräumen des Unrats gehen, den es uns hinterlassen hatte, und die Welt werde sein, wie wir sie uns gewünscht hatten: frei, gerecht, brüderlich. Wie naiv, ja kindisch müssen unsere Vorstellungen doch den zeitgenossen erscheinen, namentlich den jungen! Wie naiv waren wir tatsächlich? Gerade so wie ein jeder es ist, der da glaubt, es könne je Hoffnung sich totaliter verwirklichen. ... (S. 258 f.)

... Die Parenthese ist geschlossen. Ich finde mich wieder unter meinesgleichen in der Epoche unserer großen Illusionen, der unmittelbaren Nachkriegszeit. Diese ist vielfach interpretierbar, und die argumentativ stärksten Interpretationen sind einerseits die marxistische, andererseits die bar machtpolitische. Der Widerstand war, so scheint mir, getragen vom elan vital eines linken Politikverständnisses, und zwar auch dort, wo er national getönt war, wobei ich hier nicht nur den französischen Gaullismus meine, sondern, was vielleicht heftigen Widerspruch erregen wird, auch die konservative deutsche Resistenz gegen Hitler, die ihren Höhepunkt am 20. Juli 1944 fand. Die Offiziere, die sich damals - wohl zu halbherzig und zu spät - aufrafften, das Dritte Reich zu stürzen, waren natürlich Männer der Rechten, es ist sonnenklar. Sie wollten ja Deutschland nicht nur vom Nationalsozialismus (dem sie wacker gedient hatten!) befreien, wollten es zugleich oder vor allem aber behüten vor dem Bolschewismus. Weltpolitisch hätte ihr Erfolg gewiß keine guten Früchte reifen lassen. Sie waren ja, wendet man die

gängigen Kategorien an, die mir freilich im Nachdenken mehr und mehr als revisionsbedürftig erscheinen, nicht nur konservativ, sondern erzreaktionär. Dennoch gehe ich, heute, mehr als drei Jahrzehnte danach und nunmehr in voller Kenntnis der konkreten Situation, ledig auch aller Illusionen, nicht davon ab, daß ihre tiefsten Beweggründe, die sie gewiß nicht hätten aussprechen wollen, deren sie sich auch kaum bewußt waren, sich ins Weltbild der Linken fügen lassen, dies freilich nur unter der Voraussetzung, daß wir zur Begriffsrevision bereit sind und unter links nicht länger eine Einstellung zum Problem der ökonomischen Herrschaft verstehen, sondern wesentlich einen radikalen Humanismus. ... (S. 261)

... Aus unseren zügellosen Befreiungsträumen weckte uns erst 1948 der Kalte Krieg. Blickt man heute zurück in Zorn und Trauer, erkennt man, wie damals traditionelle Machtpolitik und Klassenpolitik einander überschritten bis zur Kongruenz, auseinanderfielen, nur um sich wieder zusammenzufügen, und wie darum beide Interpretationen, von denen ich oben sprach, die marxistische und die realpolitische, gültig sind. Zwei Großmächte, die einzigen, die als solche überlebt hatten, standen einander gegenüber, die UdSSR und die USA. In ihrem Schatten duckten sich die Klassen, bereit, nicht zum «letzten Gefecht», wohl aber zu einem lange währenden Kleinkrieg. Dabei konnte es nicht abgehen ohne schwere Irrtümer im linken Lager, denen ich ebenso unterlag wie allzu viele meiner Freunde. Im Februar 1948 wurde die Tschechoslowakei aus der zugleich dezentliberalen und sozialen Republik, als die sie sich schon in der Zwischenkriegszeit ausgewiesen hatte, zu jener Volksdemokratie, in der schon angelegt war, was dann im August 1968 katastrophal geschah. Die Rechte heulte. Wir Linken schwiegen. Die Sowjetunion und die ihr gehorsamen kommunistischen Parteien in West und Ost erschienen uns als die Garanten der Zukunft. Die USA waren in unseren Augen, nachdem der erste alles umfassende Befreiungsrausch verflohen war, nur die Schirmherren der Restauration. Sie stützten ja tatsächlich allüberall reaktionäre Regime. Sie wollten Deutschland wiederaufrüsten. Bald sollte es dahin kommen, daß sie die Nazi-Kriegsverbrecher mit Glacehandschuhen anfaßten. Diese waren ja, soweit sie überlebt hatten, tatsächlich die eigentlichen Kalkriegsgewinner. «Der Kaiser ging, die Generäle blieben» hatte einst Plivier geschrieben. Hitler war tot, seine Gefolgsleute lebten, traten einen recht kurzen Marsch durch die deutschen Institu-

tionen an, woselbst sie sich alsbald einnisteten. Und brachten sie es nicht gerade zu hohen Amtswürden wie jener unsägliche Globke, so bereicherten sie das schon eintretende deutsche «Wirtschaftswunder» durch jene Effizienz, mit der sie einst dem Führer geholfen hatten, seine Mordvorhaben durchzuführen. - Wir Auferstandenen sahen blöde ungläubig in die Welt. Vielen von uns drohten neue (wenn auch mit den voraufgegangenen keineswegs vergleichbare!) Verfolgungen. Opfer des Nazi-Regimes zu sein wurde zu einer schimpflichen Sache in Tagen, wo in den USA McCarthy den Ton angab und man dort das Wort vom premature anti-fascism erfand. John Foster Dulles war der Außenminister aller europäischen Länder. Die Kommunisten waren aus den Regierungen der westeuropäischen Staaten hinausmanövriert worden. Der Widerstand wurde zur Folklore. So lernte man hassen. Nur allzugut - und schamvoll - erinnere ich mich an die Tage, da ich alles Amerikanische verabscheute wie die Pest und andererseits sogar die Prozesse gegen Slansky und Rajk mit Skepsis zwar, aber ohne dezierten Protest hinnahm. Vielleicht waren diese wirklich Verräter, dachte ich, und den noch viel erbärmlicheren Satz: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

Krawtschenko erzählte als einer der ersten, wie es bestellt war um jenes Land, von dem unsere kommunistischen Freunde sangen: . . . «denn es gibt kein anderes Land auf Erden / Wo so frei das Herz des Menschen schlägt.» Er berichtete, und wir hielten ihn für einen bezahlten Lügner. Arthur Koestler analysierte, und wir sagten uns, das sei ein Söldling des Monopolkapitals. Ignazio Silone trat auf den Plan und sprach von seinen Enttäuschungen: wir hielten ihn für einen Querulanten, und sage ich «wir», meine ich nicht die Parteikommunisten, in deren Reihen ich niemals geschritten war, sondern die Linken im allgemeinen und die nicht immer intelligenten «Linksintellektuellen», denen ich mich stolz zuzählte. In Tat und Wahrheit waren wir blind auf dem linken Auge, aber das begriff ich erst viel später, in voller Deutlichkeit erst bei der zweiten Vergewaltigung der ČSSR. ... (262 f.f.)

... Waren wir dumm? Nicht doch! Wir lasen ja die Schriften der Adorno, Sartre, Bloch, wir seziierten doch die Begriffe mit größter Präzision, wir «entmystifizierten» die kapitalistische Gesellschaft, durchdrangen scharfäugig die Mechanismen der «Manipulation», redeten, während wir selber teilnahmen, mehr oder weniger glücklich, je nach Geschick

und Ellbogenkraft, am Gesellschaftsspiel des Konsums von der «Konsumpeitsche» - als ob es nicht nur an uns gelegen wäre, keine Autos zu kaufen, sondern das Fahrrad zu benutzen, keine Moden mitzumachen, vielmehr uns zu kleiden wie chinesische Landarbeiter. Letzteres taten manche von uns in der Tat: aber das war nichts als wohlfeile Geste, denn jeder hatte ja im Schrank zumindest seinen Blazer. Was uns geschlagen hatte, das war nicht Dummheit, sondern ein ganz unverzeihlicher Geisteshochmut und eine noch viel unverzeihlichere Blindheit gegenüber den Sehnsüchten, Hoffnungen und Ängsten der Mitmenschen. Während der Begriff «konkret» in unserem Vokabular ein Schlüsselwort war, wurden wir mit jedem Tag abstrakter. Neben uns, unbeeinflusst von unseren Debatten und essayistischen Ausschweifungen, nahm die Geschichte ihren Lauf und mit ihr selbstverständlich nicht nur der machtpolitische Konflikt der Supermächte, sondern auch der Klassenkampf. Aber es wurde dieser ausgefochten durch Unternehmer und Gewerkschaften, langsam, zähe, ohne dramatische Kulminationspunkte, ohne revolutionäre Impulse auf der einen, gewalttätige Oppression auf der anderen Seite. Gerade das war es, was uns nicht paßte. Darum projizierten wir unsere unbefriedigte und von den uns umgebenden Menschen überhaupt nicht geteilte revolutionäre Utopie hinaus in die Dritte Welt. Ich erinnere mich, wie ich mit inständiger Zustimmung Sartres Vorwort zu Fanons Buch *<Die Verdammten dieser Erde>* las.

Darin hieß es, wenn ein Kolonisierter einen Kolonisator erschlägt, stürben gleich zwei: «der Unterdrücker und der Unterdrückte». Ich glaubte dem Meister aufs Wort. Aus revolutionärer Gewalt, aus Blut und Tod erstet der neue, der sozialistische Mensch. Jahrzehnte danach war ich zufällig in Rom am Tag, als man in einem abgestellten Wagen den Leichnam Aldo Moros fand, war Zeuge, wie ein ganzes Volk in tiefster Trauer und Empörung den Mord verurteilte. Inzwischen hatte ich noch manch anderes erfahren. Zum Beispiel das unableugbare Faktum, daß nach den nationalen und vorgeblich sozialistischen - oder sagt man nicht gleich besser: den nationalsozialistischen - Revolutionen in den Entwicklungsländern nichts weniger sich geboren hatte als der neue Mensch, die neue brüderliche Gesellschaft. Diktaturen entstanden, theokratische Fanatismen brachen auf, namenloses Elend suchte die befreiten Völker heim, das - und hier denke ich an Kambodscha, aber auch an Uganda - weit schlimmer war als die kolonialistische Unterdrückung. Die Linke war präsent zum Protest, glücklicherweise, wenn es galt, eingestandene Rechtsdiktaturen zu bekämpfen:

Chile, natürlich Argentinien, Iran und so viele andere. Sie schwieg sich aus, wenn gründliche und verlässliche Berichte nicht nur von den Greueln in Kambodscha sprachen, sondern von dem Unterdrückungsregime in Vietnam, für das man sich die Kehle heiser geschrien hatte. Wie gut waren doch die Tage, da man noch skandieren konnte «Hohohochi-minh!» Onkel Ho ist tot. Aus dem Land, das seine Erbschaft hat antreten wollen, flüchten unausgesetzt die Menschen auf überlasteten Dschunken, wissend, daß ihre Überlebenschance gering ist und daß sie kein Obdach finden werden. Die Linke schweigt. Wahrscheinlich handelt es sich auch dort um die berüchtigten «Kinderkrankheiten des Sozialismus». Sie ist zur Stelle, handelt es sich darum, daß Häftlinge, die des Terrorismus verdächtig sind, schlecht behandelt werden, und ich will ihr zu solcher Protestbereitschaft nachdrücklich gratulieren und ihrem Widerspruch gegen das Verhalten sich allzu wichtig nehmender Ordnungshüter mich anschließen, heute so gut wie gestern und vorgestern, als ich stets bereit war, einzustimmen in den Spruch: «Wo es Stärkere gibt, immer an der Seite der Schwächeren.» Aber die Einäugigkeit will ich nicht länger hingehen lassen, gerade weil auch bei mir selber der Star des linken Auges sehr spät gestochen wurde. Ich glaube, es ist notwendig, dies auszusprechen, und auch der Angst, Beifall zu erhalten von der falschen Seite, dürfen wir nicht erliegen. Zorn und Trauer richten sich gegen die Reaktion, es ist klar. Aber auch jene, die den Dunkelmännern von Schwarz bis Braun die Argumente zureichen zur gefälligen Bedienung, können wir nicht länger übersehen. Es ist hohe Zeit, einen neuen Begriff der Linken zu erarbeiten und zu gegebener Zeit will ich meinen kleinen Beitrag hierzu leisten. ... (S. 266 f.f.)

... Die Deutschen, und namentlich meine Freunde von der Linken, sehen gleichsam den Wald vor lauter Bäumen nicht. Ich erkenne aus der Ferne, dank der Vermittlung durch eine von mir ständig verfolgte internationale Presse, nicht nur den Wald, sondern die Konturen der Hügel und Berge. So darf ich mich denn fragen, was in Deutschland seit Kriegsende geschah, was heute vor sich geht, im Vertrauen, daß ich ein paar vernünftige Antworten finde. Einiges habe ich ja weiter oben schon angedeutet. Zunächst ging es den deutschen Menschen nicht um Ideologien, Ideale, Utopien, sondern ums bare Überstehen von Tag zu Tag. Stelle ich dies fest, ist gleich einzuhalten und von einem Denkklichee zu sprechen, dem ich selber erlag. Nach diesem krankte das

Land daran, daß niemals die bürgerliche Revolution bis zum Ende durchgefochten wurde, danach: daß es sich zweimal, 1918 und 1945, die Demokratie nicht aus eigener Kraft erkämpfte, sondern sie erlitt. Mit der nicht vollzogenen bürgerlichen Revolution mag es seine Richtigkeit haben, wiewohl auch hier Fachhistoriker ihr gewichtiges Wort in die Waagschale werfen und uns etwa erklären, daß ein bestimmter Teil dieser Revolte des Dritten Standes (zum Beispiel die religiöse Toleranz) im Troß des Eroberer-Kaisers Napoleon mitgeführt wurde und daß allein darum für die Deutschen bürgerliche Freiheiten und gleichzeitige nationale Unterdrückung zu einer unauflöselichen historischen Kontradiktion wurden. 1918 war die Sachlage schon eine andere. (*Wenn wir 1918 . . .*), so hieß der Titel eines in der Zwischenkriegszeit vielgelesenen Buches. Ja, wenn wir ... Aber auch da war es wieder so - und man denke nur an die tiefe Bitternis Thomas Manns unmittelbar nach Kriegsende -, daß die Revolution so etwas wie «Fremdherrschaft» gewesen wäre: Die bürgerlichen Revolutionäre blickten nach jenem Westen, der den sattsam bekannten, so benannten «Schmachfrieden» diktierte, die aufbrechenden proletarischen nach der Sowjetunion, über die sich sehr bald selbst Menschen wie Rosa Luxemburg ihre traurigen Gedanken machten. Aber wie immer: eine deutsche Revolution wäre 1918 denkbar gewesen und hätte, wer weiß, dem Land ein neues, besseres Antlitz gegeben. Deutschland war unversehrt. ... (S. 269 f.)

Josef, ich muß zum Ende kommen, meine Frau kommt bald von einem Auslandsarbeitseinsatz zurück und ich muß noch vorher die Spuren meiner vernachlässigten Hausmannspflichten beseitigen. Ich möchte aber noch ein paar Punkte abarbeiten.

Ich mache weiter bei Werners Arbeit zum Verhältnis von Geld- und Bodenreform zum Judentum und Antisemitismus. Unter der Gliederungsziffer 3.4 geht Werner darauf ein, daß Gesellianer versucht haben, Einfluß auf den Nationalsozialismus zu gewinnen, obwohl die Kapitalismuskritik der Freiwirtschaft im Widerspruch stand und steht zu der von den Nazis, die sich gegen das angebliche „jüdische Kapital“ richtete. Die „üblen“ Linken von heute (man muß sie schon unterscheiden von den „edlen“ Linken, sonst kann man mit dem Begriff „links“ nichts Klares mehr aussagen) unterstellen ja der Freiwirtschaftsschule, sie würden diese nationalsozialistische Unterscheidung vom „raffenden und schaffenden Kapital“ teilen. Hier zeigt sich ja

ganz deutlich, daß es diesen Zeitgenossen nicht um eine sachliche Beurteilung der Freiwirtschaft geht, sondern um eine ideologische Verurteilung.

Bei aller notwendigen Selbstkritik, die jede Gruppe, die die Gesellschaft mitgestalten will, entwickeln muß: Diese Selbstkritik darf nicht nur wie nachfolgend dargestellt im Sinne von Wilhelm Busch, sondern muß darüber hinaus im Sinne der Selbstkontrolle betrieben werden, weil Fehler im Denken und Handel nur reduzierbar aber nicht vermeidbar sind.

Kritik des Herzens

Von Wilhelm Busch

Die Selbstkritik hat viel für sich.
Gesetzt den Fall, ich tadle mich,
So hab' ich erstens den Gewinn,
Daß ich so hübsch bescheiden bin;
Zum zweiten denken sich die Leut,
Der Mann ist lauter Redlichkeit;
Auch schnapp' ich drittens diesen Bissen
Vorweg den andern Kritiküssen;
Und viertens hoff' ich außerdem
Auf Widerspruch, der mir genehm.
So kommt es denn zuletzt heraus,
Daß ich ein ganz famoses Haus.

Was aber nicht passieren darf, daß unsere Selbstkritik politisch gefällig und unterwürfig wird. Auch darf sie sich durch Verkürzung nicht dem verleumderischen Stil der „Antifaschisten“ angleichen. Werner kommt aber bei dem Versuch, seinen Text zu straffen, in diese Gefahrenzone. Es nützt da nicht viel, auf andere ausführlichere Arbeiten zu verweisen. Wir müssen damit rechnen, daß der Leser nur das von uns gerade gefällte Urteil liest. Es ist daher wichtig, wenn wir über einen Sachverhalt urteilen, daß die Gründe, die zum Urteil geführt haben, vom Leser nachvollzogen werden können. Es genügt also nicht zu sagen, daß der Roland-Bund eine freiwirtschaftliche Fehlleistung oder gar etwas Böses war, sondern man muß wenigstens das Sein und Wirken dieses Bundes in einer Fußnote aufklären. Ähnlich unbefriedigend ist die Kritik an Otto Lautenbach und der Zeitschrift *Die Schule der Freiheit* und an Hans Schumann und sein Buch *Männer gegen Gold* von 1943.

Ich habe von Ernst Winkler, der mit Lautenbach in der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* zusammen gearbeitet hat, eine Anmerkung des Inhalts in Erinnerung, daß er die Beurteilung von Lautenbach seitens mancher Freiwirtschaftler nicht verstünde, aus seiner Zusammenarbeit mit ihm könne er nur Gutes berichten. (Ich finde aber die Quelle nicht.²³) Es ist also sinnvoll die unterschiedlichen Urteile über Lautenbach aufzuhellen. Dann Hans Schumann auf sein Buch „Männer gegen Gold“ zu reduzieren, ohne dabei darauf zu verweisen, daß er sich vorher innerhalb der SPD verausgabt hat, um diese zu bewegen, durch einen anderen währungspolitischen Kurs die Republik zu retten, finde ich auch nicht richtig.

Bei aller selbstkritischen Betrachtungen beim Thema *Freiwirtschaft unter dem Hakenkreuz* dürfen wir nicht vergessen, daß es einem Teil der Menschen, die von einer Reformidee wissen, genügt, die Existenz der Idee zur Kenntnis genommen zu haben, einem anderen Teil genügt es, sich mit den theoretischen Fragen zu beschäftigen, die sich im Zusammenhang damit stellen, und einen dritten Teil drängt es nach politischer Umsetzung, also zum Handeln. Unter dem Hakenkreuz gab es den Widerstand gegen Fehlentwicklungen und die Versuche der Einflußnahme. Das ist heute nicht anders.

Um kleine Chancen der Einflußnahme zu nutzen, bleibt es selten aus, sich die Hände schmutzig zu machen. Bisher sind alle Versuche der politischen Einflußnahme der Freiwirtschaft gescheitert. Unter dem Hakenkreuz hatten die freiwirtschaftlichen Akteure die geringste Chance, ihr Engagement ohne Verletzungen der Ehre oder der Moral zu überstehen.

Sicher ist es verdächtig, wenn einer noch unter der Nazi-Herrschaft eine Zeitschrift herausgeben konnte. Aber wissen Werner, Du und ich (oder andere) wirklich welchen Anpassungsdruck wir nachgeben würden, wenn uns ein Veröffentlichungs- oder gar ein Schreibverbot drohen würde? Außerdem, wer in einer totalitären Gesellschaft sich erfolgreich äußern will, muß die Zensur täuschen. Die Leserschaft ist dann meistens so klug, zu verstehen, was für die Zensur und was für sie geschrieben wurde. Wilhelm Röpke erwähnt, daß er sein Buch *Die Lehre von der Wirtschaft*, in dem konzentriertes Gift des antitotalitären Widerstandes stecke, an der Zensur vorbei veröffentlichen konnte.

Wahrscheinlich erklärt sich das Wunder dadurch, daß die deutschen Zensoren viel zu ungebildet waren, um das Buch zu verstehen, während diejenigen Deutschen, die es verstanden, zivilisiert genug waren, sich über diese Entdeckung zu freuen und sie nicht zu verraten.

(Aus dem Vorwort zur 4. Auflage, S. 8)

23 Josef, danke für den Hinweis. Unter Texte 56 werde ich den Abschnitt „V. Otto Lautenbach – Persönlichkeit und Werk“ aus „Freiheit? Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung“ von Ernst Winkler, 1980 als Sonderdruck von Fragen der Freiheit erschienen, bringen.

Von dem Buch *Männer gegen Gold* habe ich schon mehrere Jahre Auszüge in Form von Seitenkopien liegen. Ich weiß nicht mehr, warum ich sie bisher noch nicht gelesen habe. War es die Frakturschrift, die mangelhaften Kopien oder die Erwartung keinen bedeutenden Inhalt zu entdecken? Ich kann es nicht sagen.

Ein Buch kann nun aus verschiedenen Gründen in Verruf kommen: a) weil es sachlich fragwürdig oder falsch ist, b) weil es stilistisch nicht ankommt oder c) weil es ethisch verwerflich ist, z. B. weil einzelne Personen oder Gruppen von Personen beleidigt, verdächtigt oder herabgesetzt werden.

Im vorliegenden Fall des Buches von Hans Schumann aus dem Jahr 1943 ist zu fragen, was genau wird kritisiert. Hat der Autor Schumann selber nach 1945 dazu Stellung genommen? (Ich denke und hoffe, daß er gerne das Buch ungeschrieben gemacht hätte.) Wurde es innerhalb oder außerhalb der Freiwirtschaft analysiert und das Ergebnis der Analyse veröffentlicht? Wenn nein, warum nicht? (Wenn nein, dann vermutlich, weil die wenigen Menschen, die die Freiwirtschaft nebenberuflich nach dem Krieg hochgehalten haben, keine freien Kapazitäten oder Scheu davor hatten.)

Ich habe nun die mir vorliegenden Auszüge überflogen und mir zwei Stellen zur Wiedergabe an dieser Stelle notiert. In dem ersten Ausschnitt geht es um die Einführung der Goldwährung im Jahr 1871 in Deutschland. Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, die Goldwährungen halte ich auch für ein Übel, denen wir zum großen Teil das Elend im vorigen Jahrhundert zu verdanken haben. Diese Aussage ist aber völlig unabhängig davon, wer im Einzelfall oder als Gruppe dafür oder dagegen war. Hans Schumann schreibt:

In diesem Entwurf wurde „davon ausgegangen, daß als das Endziel der deutschen Münzreform die reine Goldwährung ins Auge zu fassen sei“.

In der Aussprache im Reichstage fällt die rücksichtslose Zielstrebigkeit des Verfechters dieser Vorlage, des **J u d e n** Bamberger auf, der u. a. Erklärte: „Meine Herren, es ist unabweislich, keine Nation kann sich dagegen wehren, daß sie das Gold schließlich annehmen muß ... Machen wir uns also durch Anhäufung von Argumenten die Sache nicht zu schwer und steuern wir rasch auf das Ziel los ... Vieles ist nicht mehr zu diskutieren, und wir stehen heute vor einer ganz anders präparierten öffentlichen Meinung, als sie vor sechs Monaten war.“ Diese Sätze sind wörtlich den amt-

lichen Reichstagsberichten entnommen. Der Triumph des Juden, der seines Sieges gewiß ist, spricht aus jedem Wort." (S. 62 f.)

„Hinter dem Auf und Ab der Konjunkturen aber verbarg sich das Gesicht des ewigen Juden, der bei ansteigender Konjunktur in die Sachwerte stieg, weil diese infolge der fleißigen Arbeit der Schaffenden wertvoller wurden. Neigte sich die Konjunktur ihrem „natürlichen“, durch den Zins bedingten Ende, dann inzeinierte er eine Hochkonjunktur (einen boom!), um seine Sachwerte zu hohen Preisen an die Nichteingeweihten verkaufen zu können. Danach stieg er in die Geldwerte um, die bei sinkenden Preisen entsprechend wertvoller wurden, während die Besitzer der Sachwerte durch die sinkenden Preise erwürgt wurden.

Und so strömte der Reichtum der Welt in die Hände eines engen Kreises von Männern, von denen – nach Rathenau – „jeder jeden kennt, und die die Welt beherrschen“! (S. 75)

Aus einer Schrift von Hans Schumann habe ich Erinnerung, daß Gesell ihn für einen guten Kenner der Geldmaterie bezeichnet hat. Wenn das richtig ist, mußte er auch wissen, daß die ganze Geldproblematik kein personales, sondern ein strukturelles oder institutionelles Problem ist. Warum wiederholt er dann die Stereotypen vom „ewigen Juden“? Er muß gegen Ende des Zweiten Weltkrieges nicht zwingend von dem Massenmord an Juden gewußt haben, aber er muß gewußt haben, daß die Juden in großer Bedrängnis waren und daß er durch seine Klischees die Juden noch mehr in Bedrängnis bringen würde.

Weiter: Hans Schumann war ja kein Dummkopf. Es ist doch offensichtlich, daß sich das Für- und-Wider bei einer Entscheidung nicht nur aus Interessenslagen ergibt, sondern auch von der theoretischen Grundlage aus, von der aus man eine Sache betrachtet. Die Brüningische Deflationpolitik mit den verheerenden Folgen ist auch nicht aus Böswilligkeit oder Habgier betrieben worden, sondern aus Unkenntnis der Zusammenhänge oder aufgrund einer falschen theoretischen Annahme.²⁴

24 Durch die Anfrage, was ich von dem Roman Normann Veget halte, wurde ich wieder auf dessen Buch „Am Vorabend“ (o.J.) aufmerksam. Im Anhang fand ich folgende Notiz vom Verleger Rudolf Zitzmann, der selber ein Konzentrationslager der Nationalsozialisten überlebt hat, aber zwischenzeitlich verstorben ist. TA

Weiter: Schumann hat die Aussage eines selbst ausgesuchten Zitates nicht wahrgenommen. Wenn der Kreis der kundigen Täter so eng war, daß jeder jeden kennt, dann kann man doch nicht ein ganzes Volk verdächtigen. Das unter Juden auch solche sind, die unehrenhaft oder gemeinschaftsschädlich handeln, daß kann man auch bei jüdischen Autoren lesen, und dieses zeigt auch nur, daß das auserwählte Volk auch nur ein ganz gewöhnliches ist. Also hier lag auch kein Grund vor, von einem Sachproblem den Ausdruck des bösen Willen eines Volkes zu machen. Wenn Schumann sich nur der damaligen Propagandasprache anpassen wollte, um publizieren zu können, war das damals und auch heute im Nachhinein nicht zu rechtfertigen. Um in Zukunft nicht durch Stereotypen und Pauschalaussagen Menschen ins Abseits zu schieben und zu gefährden, wäre schon interessant zu erfahren, was Schumann damals getrieben hat, so zu schreiben, wie er geschrieben hat: Waren es seelische Verletzungen, die er sich in der politischen Arbeit in der Weimarer Republik zugezogen hat. War er doch ein Antisemit? Oder? Trotz dieser Fragen können wir Hans Schumann – der vielen freiwirtschaftlich orientieren Menschen im Nachkriegsdeutschland quer im Magen lag – nicht auf dieses Buch reduzieren.

AM VORABEND ... der Machtergreifung Hitlers – vom März 1930 bis zum Mai 1932 – war Dr. Heinrich Brüning deutscher Reichskanzler. Auch von ihm ist in diesem Roman die Rede, und sogar häufiger, als sein Name genannt wird. Am Tage nach dem furchtbaren deutschen Totentanz – im Februar 1953 – (TA: Diese Stelle ist mir unklar.) sprach er vor einem geladenen Kreise in Bonn, und was er sagte, ist für den Leser so interessant, so erstaunlich, daß der Verlag es gegen alle Regeln der Kunst wagt, seine außergewöhnlich einsichtigen Worte als eine Art politischen Epilog hier anzufügen. Dr. Brüning behauptete nicht mehr und nicht weniger, als daß die Geschichte der Völker durch Deflation und Inflation bestimmt werde und daß nur bei stabiler Wahrung, eine gesunde Politik und Wirtschaft möglich seien! Die Weltgeschichte werde seit Jahrtausenden durch die Währungspolitik bestimmt. Bereits die Blüte und der Niedergang der griechischen Stadtstaaten sei durch richtige oder verkehrte Währungsverwaltung bestimmt worden. Er bedauerte, daß der Einfluß der Währungspolitik auf die Wirtschaft und die Geschicke der Staaten von den Historikern viel zu wenig berücksichtigt wurde und deshalb den Politikern viel zu wenig bekannt sei...

Vielleicht erinnert sich der Leser jetzt noch einmal der Worte des alten Haferkorn oder des Gesprächs der Bankiers in der Villa Vogel. Sollte jenes anonyme „System“, dessen unfäßliche Macht damals alle Anstrengungen zum Scheitern brachte, doch endlich einen Namen bekommen, den – ach so wenig „schöngestigen“ – Namen: Währungspolitik? Oder wollen wir durch sie endgültig unser Schicksal besiegeln lassen, indem wir die Wahrheit über sie nicht hören wollen? Das ist eine nüchterne, gleichwohl die entscheidende Frage an alle Petersens, Stählings, Professoren und Minister von heute. rvz

Ich denke, daß Zitzmann hier eine Namensverwechslung unterlaufen ist. Zum Einen habe ich in meinen Unterlagen von Rudolf Zitzmann Hinweise auf das Buch von Gerhard Ziemer „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“, 1971, gefunden und zum Anderen heißt es bei Ludwig Stadelmann: „Seine Fehler und Irrtümer hat Brüning auch später nie eingesehen oder zugegeben, wie man in seinen posthum veröffentlichten Memoiren lesen kann.“ Seite 16 in dem Doppelband: *Geld macht Geschichte* von Ludwig Stadelmann / *Wiedergeburt des Sozialismus* von Alois Dorfner, 1972.

Einschub /Nachtrag:

Durch den Meinungsaustausch in der E-Mail-Liste „Listel@nwo.de“ wurde ich darauf aufmerksam daß es unter www.sozialoekonomie.info unter Basisinformationen (http://www.sozialoekonomie.info/BasisInformation/BasisInfo_5E/basisinfo_5e.html) eine Stellungnahme der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft gibt, die sich mit meiner Verurteilung der antisemitischen Äußerungen von Hans Schumann deckt. Es kann aber nicht beim Verurteilen bleiben, nicht weil ich ein Parteigänger von Schumann war (ich habe mich an ihm gerieben), sondern weil er einen großen Einsatz für die Demokratie und die Freiwirtschaft erbracht hat und wir verstehen müssen, was damals emotional und real gelaufen ist.

In diesen Tagen wurde ich durch den Reformationstag an Martin Luther erinnert. Bei Luther ist es auch so, mit seinen antijüdischen Äußerungen befaßt man sich wenig, obwohl eine Zuwendung zu diesem Thema letztlich eine Entlastung Luthers bringen würde, denn er mußte bei seinen Äußerungen noch von dem Augenschein ausgehen. Die sozialen Verwerfungen, die aus dem Geldwesen resultierten, mußte er aufgrund fehlender tieferer Einsichten denen zuordnen, die dominant im Geldgeschäft tätig waren, und das waren eben die Juden.

Bei Johannes Schumann ist das anders. Er kannte die Ursachen der Geldstörungen. Also war er entweder einer jener Menschen, die die Aufklärung und den Aberglauben in einer Person manifestieren oder er sah den bewußten Mißbrauch einer verkehrten Geldordnung dominant durch Juden, hatte dafür Belege und verallgemeinerte in unzulässiger – wenn man den Zeitpunkt berücksichtigt: menschenverachtender – Weise. Ich denke, hier sollte die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft sich nicht auf das Verurteilen beschränken, sondern die beiden Bücher genau analysieren, Quellenforschung betreiben und soweit noch Zeitzeugen vorhanden sind, diese befragen.

Bei Schumann zeigt sich auch mal wieder, wie schädlich Verallgemeinerungen sein können. Auch wenn Verallgemeinerungen üblich sind und ermöglichen, einen Text zu straffen (die Unternehmer, die Gewerkschaften, die Multis, die Konzerne, die Neoliberalen), so sollte man doch vor der Gefahr der Verfälschung einer Aussage durch ihre Benutzung auf der Hut sein. Ich habe für eigene Aussagen auch schon die Verallgemeinerungen „die Politiker“, „politische Klasse“ oder „...Kaste“ übernommen, ohne den Gedanken der Herabsetzung von Menschen dieser Gruppe im Sinn gehabt zu haben. Ich denke, ich spreche in Zukunft lieber von der „Verantwortungsgruppe Politik“, „... Unternehmer“, „... Gewerkschafter“ usw.

Einschub Ende

oooooooooooooooooooo

Dann bin ich im Inhaltsverzeichnis auf die Kapitelüberschrift „Die Weisen von Zion und das Gold“ gestoßen. Auf Seite 76 geht Schumann auf dieses Papier ein. Es soll angeblich ein Bericht vom ersten Zionisten-Kongreß im Jahre 1897 in Basel sein. Dieser Zusammenhang wird heftig bestritten, nicht von Schumann, sondern in Papieren, die sich mit dem Antisemitismus befassen. Ich will hier nicht darauf eingehen, was Schumann dazu sagt, sondern allgemein feststellen, daß es unklug ist, auf eine Schrift zurückzugreifen, die heftig umstritten ist. Es ist aber auch unehrlich und unwissenschaftlich, ein Dokument unberücksichtigt zu lassen, daß kapitalistische Wirkungsmöglichkeiten gut beschreibt.

In meinem Text vom Februar 1978 (1.2 auf meiner Internetseite)

„PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen“

habe ich geschrieben:

Die Freiwirtschaftsschule kann die verschiedenen Teile ihrer Lehre mit Aussagen berühmter Gelehrter aus der Vergangenheit und der Jetztzeit belegen. Ich nenne in einer willkürlichen Auswahl: Moses, Diogenes (derjenige, der im Faß wohnte und von 412 - 323 v. Chr. lebte), Oresme (1325 - 1382), Smith (1723 - 1790), Mill (1773 - 1836), Proudhon (1809 - 1865), Kopernikus (1473 - 1543) und auch die Verhandlungsberichte vom 1. Zionistenkongreß, der 1897 in Basel stattfand, gehören in diese Aufzählung.

Und dann, als ich zwischenzeitlich von dem Streit um die Urheberschaft erfahren hatte, hinzugefügt:

(Anmerkung vom Feb. 2001: Der Text „Verhandlungsberichte“ soll eine Fälschung sein. Ich bezog mich damals auf das, was ich zu dem Zeitpunkt gelesen habe.)

Ich habe den Inhalt der Beschreibung heute nicht mehr gegenwärtig. Ich muß ihn aber, als ich darauf hinwies, für logisch und richtig empfunden haben. Und ich hätte auf den damaligen Hinweis verzichtet, wenn ich den Eindruck gehabt hätte, daß er über die sachliche Beschreibung von Möglichkeiten irgendwelche Personen oder Völker einem Generalverdacht aussetzen soll.

Yoshito Otani ist ja in seinem nachfolgend benannten Buch auf die „Protokolle ...“ oder „Ver-

handlungsberichte ...” eingegangen. Wie man man dem nachfolgenden Text entnehmen kann, beschreibt er, warum er den Text benutzt und wehrt sich im Voraus gegen mögliche Vorwürfe, er wolle damit den Juden oder einem anderen Volk etwas ans Zeug flicken. Eine giftige und unsachliche Kritik seitens der „Antifaschisten” mußte er trotzdem einstecken. Ich kenne nicht die Motive der „Antifaschisten”, nur eine allgemeine Menschenliebe oder einen besonderen Philosemitismus halte ich bei ihnen für ausgeschlossen.

Aus:
Untergang eines Mythos

von Yoshito Otani

1978

Kapitel: Die Westlichen Monopolmächte

Abschnitt: Offene und geheime Politik

In diesem Zusammenhang können uns gewisse Schriften interessieren, die um die Jahrhundertwende unter der Bezeichnung „Protokolle der Weisen Zions” auftauchten. Diese Protokolle enthalten Pläne über eine Machtentfaltung deren schrittweise Verwirklichung man in den vergangenen hundert Jahren bis in unsere Zeit hinein beobachten und nachweisen kann. Eine Abschrift der „Protokolle” wurde nach den Angaben von Henry Ford I dem Britischen Museum übergeben und trägt den Stempel dieses Institutes vom 10. 8. 1906. Das ist allerdings auch der einzige Identitätsnachweis. Denn erstens sind sie zweifellos gegen den Willen ihrer Verfasser an die Öffentlichkeit gelangt und dementsprechend auch immer wieder so schnell wie möglich aus dem Verkehr gezogen worden. Zweitens sind gerade solche „Enthüllungen” vorzüglich geeignet um irgendwelche Gruppen damit zu verdächtigen und womöglich den Verdacht ihrer Herkunft von den eigentlichen Urhebern abzulenken. Diese Herkunft spielt heute sowieso keine Rolle mehr, sondern lediglich die Tatsache daß solche Pläne damals formuliert worden sind und damit der Beweis geliefert ist, daß die Geschehnisse selbst sich nicht rein zufällig abgespielt haben.

Die Bezeichnung „Protokolle der Weisen Zions” weist natürlich in eine bestimmte Richtung, von der aber die Urheberschaft dieser Schrift aufs Schärfste zurückgewiesen wurde. Auch Henry Ford, dessen Buch aus dem Jahr 1921 „Der internationale Jude” die angegebenen Zitate entnommen sind, vertritt darin einen völlig einseitig rassistischen Standpunkt. Wie gesagt lehne ich selbst es ganz entschieden ab, ein Volk oder eine Rasse mit der Verfolgung solcher Pläne zu verdächtigen. Gerade den Juden gegenüber wäre das die größte Verantwortungslosigkeit, nachdem solche Massenverdächtigungen unter ihnen schon so furchtbare Opfer gefordert haben. Was mich trotzdem veranlaßt, die Protokolle nicht als „Fälschungen” beiseite zu legen, ist die Tatsache, daß ihr Inhalt exakt die negativen Möglichkeiten des kapitalistischen Systems auf-

zeigt wie sie nach dem Erscheinen der Protokolle schrittweise verwirklicht wurden Ich halte sie nicht für Exponenten von „Verschwörern“ , sondern für einen Exponenten des kapitalistischen Systems, d.h. für die Darstellung von Möglichkeiten die bis heute noch jedem gegeben sind, der skrupellos genug ist sie bis aufs letzte auszunützen. Sie sollen nicht als Anklage dienen, sondern nur als Warnung für jeden, der am Erhalt unserer demokratischen Freiheiten interessiert ist und die Möglichkeiten ihrer Gefährdung durch das kapitalistische System vielleicht noch nicht ins Auge gefaßt hat. Aber wenden wir uns diesen umstrittenen Schriften selbst zu und überlassen es dem Leser, was er davon halten will. (S. 135)

Ich will hier dazu nur noch anmerken: Eine Briefmarke, ein Gemälde oder ein Geldschein kann gefälscht ,aber ein Text kann allenfalls durch Einfügungen und Auslassungen verfälscht werden: Gefälscht werden kann der Ort des Erscheinens, das Erscheinungsdatum und die Urheberschaft. Eine Verfälschung kann dazu dienen, einem Autor, einer Autorin zu schaden oder einen guten Namen manipulierend zu mißbrauchen. Eine Fälschung von Ort, Datum und Urheberschaft kann dazu dienen, die Quelle zu verschleiern oder anderen etwas am Zeug zu flicken. Wer also überhaupt auf die „Protokolle ...“ eingeht, sollte davon ausgehen, das die Autorenschaft und der Erscheinungsort eine Fälschung ist. Wer aber immer den Text verfaßt und in Umlauf gebracht hat, muß ein Kenner des Kapitalismus gewesen sein. Über das Motiv, den Juden die Autorenschaft unterzuschieben, kann man rätseln. Es war vielleicht ein antisemitischer Akt oder einzelnen Juden sollte ein Spiegel vorgehalten werden. Im letzten Fall halte ich es für möglich, das der Autor ein Jude war, der bei seiner guten Absicht nicht die verallgemeinernde negative Wirkung bedacht hat. (Diese Aussage ist aber eine gedankliche Spekulation.) Weiteres siehe unter:

<http://www.adamweishaupt.com/>

http://de.wikipedia.org/wiki/Protokolle_der_Weisen_von_Zion

http://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Wei%C3%9Fhaupt

Ich will jetzt ein paar Anmerkungen zur FSU machen. Sehen wir uns erst einmal mein eigenes Urteil aus den 60er Jahren an. Ich habe es in *Die NWO-Bewegung Silvio Gesells – Geschichtlicher Grundriß 1891- 1992/3* von Günter Bartsch, 1994, entdeckt und hatte keine Erinnerung daran. Ich stieß jetzt auf diese meine Aussage weil ich einem anderen Textverweis gefolgt bin. Am Schluß steht, daß ich selber ein Freiwirt bin. Ich erinnere mich, daß ich in den 60er Jahren ohne Aussicht auf Karriere bei bescheidenem Gehalt für die FSU zu arbeiten bereit

war - so wie einen Teil meiner Ex-Kommilitonen an der Akademie für Wirtschaft und Politik für eine Bundestagspartei oder eine Gewerkschaft – aber als Freiwirt fühlte ich mich damals noch nicht, weniger wegen der Inhalte, als vielmehr weil ich mehr wissen und weniger glauben wollte und wegen der Formen der Vertretung der NWO. Während meine Kommilitonen schon während des Studiums vielfach Arbeitsverträge nach BAT 2 in der Tasche hatten, habe ich für eine Versicherung Klinken geputzt und danach als Eisenflechter auf dem Bau und in einer Betonfabrik gearbeitet.

Wie sah die Freisoziale Union 1966 im Spiegel eines kritischen Sympathisanten aus?
Dies läßt sich einer Art Denkschrift von Tristan Abromeit entnehmen.

Einer seiner ersten Eindrücke war, das Wollen der FSU-Mitglieder decke sich anscheinend nicht mit ihrem Handeln. Die FSU wirkte auf ihn wie eine Sekte mit dem Anspruch auf Alleinseligmachung, obwohl die Freiwirtschaft nur eine von mehreren Möglichkeiten sei, die anstehenden Probleme zu lösen.

„Die FSU-Mitglieder (auch andere freiwirtschaftliche Gruppen) haben um einen Kern wirtschaftstheoretischer Wahrheit eine feste Schale aus Mystik und Ignoranz geschaffen, die den Kern am Keimen und Wachsen hindert.“

Die Teilhabe an einer Wahrheit verführe die FSU zur Überheblichkeit und zu der Anmaßung, den Schlüssel zur Lösung aller gegenwärtigen und zukünftigen Probleme zu besitzen. Angeblich verhindern nur dunkle internationale Mächte ihren Erfolg, in Wahrheit Gruppen mit anders gelagerten Interessen „und die eigene Beschränktheit“. Die FSU ist geistig isoliert. Sie betreibe ihre Politik hinter einem Rauchvorhang und verlange von ihren Mitgliedern ein Glaubensbekenntnis bezüglich der Freiwirtschaft. Rationale Argumente spielen innerhalb dieser Weltanschauungs-Gemeinschaft eine unbedeutende Rolle. Als politische Partei ein Gernegroß, verfüge sie über keinen Apparat, der ihr eine laufende Einflußnahme ermöglichen würde. Ihre Tabus untergrüben ihre Wirksamkeit, ihre Veröffentlichungen zeugten oft für Intoleranz und Aggression.

Dieses Urteil wurde nach fünfjähriger Beobachtung in kritischer Distanz gefällt. Trotz aller Schärfe war es wohlwollend. Ihr Urheber wollte die FSU geschmeidiger und schlagkräftiger machen. Er war selber ein Freiwirt. (S. 193)

Ich denke, daß ich jetzt mit größerem zeitlichen und persönlichen Abstand milder urteilen muß. Heute habe ich mehr denn je Zweifel, ob die freiwirtschaftlichen Ideen sich mit einer speziellen Partei durchsetzen lassen. Ich setzte mehr darauf, die Realisierung dieser Ideen zum Gegenstand des politischen Wettbewerbs zu machen, wobei dann noch zu klären ist, ob wir die Parteien nicht generell durch einen neuen andersartigen Selektionsapparat ersetzen

müssen, weil mit dem jetzigen Verfahren die Parlamente zu Legitimationsmaschinen der Exekutive verkommen sind.

Die FSU (heute Humanwirtschaftspartei) hat immer unter einer zu geringen Mitgliederzahl, unter zu geringen finanziellen Mitteln, unter dem Fehlen eines professionellen Apparates und unter den abwechselnden Fehltritten, kommunistisch oder kapitalistisch zu sein, gelitten. Außerdem fiel es nicht nur der FSU schwer, dem Publikum die Idee von einer kapitalismusfreien Marktwirtschaft oder vom Dritten Weg zu vermitteln. Hinzu kommt natürlich, daß die Freiwirtschaft nicht in den Hochschulen gelehrt wurde, die FSU wegen ihres Schattendaseins von der Presse nicht beachtet und vom Wahl- und Parteienfinanzierungsgesetz wie alle kleinen Parteien benachteiligt wurde. Daß sie auch Mitglieder hatte, die man als rechtsstehend oder als solche mit rechter Vergangenheit einstufen konnte, hatte sie gemein mit den größeren Parteien. Aber was sich an Widersprüchen in den großen Parteien beim Personal und den politischen Äußerungen – sozusagen in der Masse – verläuft, fällt in einer kleinen Partei – sofern sie überhaupt beachtet werden - auf. Da mehr oder weniger alle freiwirtschaftlichen Gruppen jahrzehntelang auf der Verliererstraße waren, blieben gegenseitige Schuldzuweisungen für den Mißerfolg auch nicht aus.

So wie unsere Gesamtgesellschaft – besonders die herrschende politische Klasse – ihr Versagen, ihre Versäumnisse und Ängste bei der NPD in Form von Schuldzuweisungen abläßt, so laufen auch die freiwirtschaftlichen Gruppen Gefahr, die Freisoziale Union (FSU) bzw. die Humanwirtschaftspartei als den Mülleimer für das eigenen Versagen zu benutzen. Das ist nicht korrekt.

Gestern wurde uns ja über die E-Mail-Liste der neue Internetauftritt der Humanwirtschaftspartei mitgeteilt. Ich übernehme den Abschnitt „Erklärung der Humanwirtschaftspartei zu den Vorwürfen der „verkürzten Kapitalismuskritik“ und des „strukturellen Antisemitismus“ von der Internetstartseite: www.humanwirtschaftspartei.de „Geschichte“ in den Anhang.

Bei der Bewertung der politischen Außenkontakte der FSU muß bedacht werden, daß sie keine große Wahlmöglichkeit hatte. Als politisches Schmutzkind wurde sie von der politischen Oberschicht einfach nicht beachtet. Was blieb ihr übrig, als Kontakt zu anderen Schmutzkindern aufzunehmen, wenn sie nicht nur mit ihrem Spiegelbild kommunizieren

wollte? (Hat es bei uns die politische Fairness und einen chancengleichen Wettbewerb je gegeben? Ich kann keinen Vorgang und kein Ereignis aus dem Gedächtnis heraus mit diesen Begriffen verbinden.)

Das Lied von Franz-Josef Degenhardt

„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern,
sing nicht ihre Lieder.
Geh doch in die Oberstadt,
mach´s wie deine Brüder, ...“

(Siehe unter meine Texte / Arbeiten Nr. 1.3 und das ganze Lied unter:
<http://www.franz-josef-degenhardt.de/disco/titel/lieder/spielnichtmitschmuttelkindern.html>)

kann man auch auf die FSU anwenden. Ihr ist doch nicht mal gelungen, den halben Weg in die Oberstadt zu schaffen.

Mir ist ein anderer Vergleich eingefallen: Die FSU war mit dem Schiff *Hoffnung*, dessen sanitären Einrichtungen nicht funktionierten, mit anderen Kleinparteien auf dem Meer der *Erfolglosigkeit*. Als dieses Schiff aufgelaufen war und fest saß, gab es nur die Möglichkeit, mit dem einzig vorhandenen Rettungsboot doch noch an Land zu kommen. Sollte die FSU in einer solchen Situation nicht in das Rettungsboot steigen, nur weil die anderen noch mehr standen als sie selbst?

Zu Theodor Reents, den ich nicht persönlich kannte, fallen mir nur seine Bandwurmartikel ein, die mir nicht gefielen. Wie die Theologen umschweifige Beschreibungen machen, um am Ende doch bei Ihren Gott zu landen, so landete Reents am Ende immer bei der Freiwirtschaft. (Inzwischen kann ich mir selber diesen Vorwurf machen.) Da Bezeichnungen „linksextrem“ oder „rechtsextrem“ vorwiegend zur Disqualifizierung oder gar zur Verleumdung dienen, müssen wir selber – wenn wir die Begriffe verwenden – schon mit einem Beispiel eine Begründung liefern.

Bei Verurteilungen von Personen aus politischen Gründen oder bei Parteiverboten, muß auch in Demokratien genau hingesehen werden, ob diese Tatbestände für die eigene Beschreibung oder Wertung von Personen und Organisationen verwendbar sind. Parteiverbote aufgrund politischer Zielsetzungen dürfte es bei uns gar nicht geben. Nehmen wir das Demokratiemodell ernst und schreiben uns als Volk die Souveränität zu, dann haben wir auch das Recht, uns einen König oder einen Diktator zu wählen (Daß das keine kluge Entscheidung wäre, ist eine

andere Sache.) Folglich haben auch Einzelpersonen und Gruppen das Recht für eine Monarchie oder eine Diktatur zu werben. Ich halte es sogar für notwendig, daß Demokratien diesem Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind, damit sie durch die auf diese Weise erzwungene Reaktionen nicht in sich erstarren.²⁵

Zu Ferdinand Böttcher kann ich nichts sagen, weil ich die FSU zu seiner Wirkungszeit nur am Rande als Störfaktor wahrgenommen habe. Mitgliedschaften in verbotenen Parteien mit entgegengesetzten Zielsetzungen reichen zur Disqualifizierung aber nicht aus. Das würde uns ein Blick in die Mitgliederkarteien der „staatstragenden“ Parteien zeigen.

Josef, geschichtliche und politische Darstellungen sind zum großen Teil eine Bewertungsarbeit. Da wir aber keine Maßstäbe haben, die eindeutig und zeitunabhängig sind, kommen sich die Menschen, sobald sie sich mit diesen Fragen beschäftigen, in die Haare. Jede folgende Generation hat es daher schwer, die vorangegangenen Generationen zu verstehen. Das macht sich auch in der Deutschlandpolitik – z. B. an Hand des Themas *Vertriebene* bemerkbar. In dem Leitartikel „Die Versöhnung“ von Stefan Koch in der HAZ vom 25. 10. 07 heißt es u.a.:

In Westdeutschland dagegen schlossen sich die unfreiwilligen Neubürger rasch zusammen; und alle damaligen Parteien, ob Christdemokraten, Sozialdemokraten oder Liberale, fühlten sich den Vertriebenen gegenüber verpflichtet, bis spät in die sechziger Jahre hinein.

Die neue deutsche Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition aber führte zum Bruch mit den Verbänden der Landsmannschaften – obwohl der damalige Bundeskanzler Willy Brandt immer wieder größtes Verständnis für das Drama der Entwurzelten zeigte.

In den folgenden Jahren spitzten sich die Positionen weiter zu. Rechtsradikale Kreise versuchten, den Bund der Vertriebenen zu instrumentalisieren, eifernde Linke wiederum näherten sich mit erschreckender Naivität der DDR-Propaganda an. Wer von der alten Heimat im Osten schwärmte oder auch nur Erzählungen seiner Eltern oder Großeltern weitergab, sah sich schnell dem Verdacht des Revanchismus ausgesetzt. Fragen nach menschlichem Leid und tiefen Verletzungen wurden oft nur mit einem Schulterzucken beantwortet: Pech gehabt. ...

Erst der Fall der Mauer ließ auch das hergebrachte Rechts-links-Schema in der Vertriebenen Debatte zusammenstürzen. ...

Das Rechts-links-Schema taugt auch nichts mehr, wenn es um die Analyse und Bewertung

25 Josef, Du hast hier die Anmerkung gemacht: „Dir ist hoffentlich klar, dass Du damit nicht auf dem Boden des GGs stehst. Ich nehme dazu im Nachwort Stellung.“

des Komplexes Israel-Palästina geht. Werner berichtet, daß Georg Otto 1964 in der FSU dem Eindruck der Diskriminierung der Araber durch die Israelis entgegen trat und den Vorschlag machte den deutschen Rüstungsetat von jährlich rund 20 Milliarden in einen „Grundstock für einen Weltfonds zur Herstellung des Friedens“ im Nahen Osten einzubringen. Wie utopisch oder realistisch ein solcher Vorschlag ist, will ich hier nicht erörtern. Wie die FSU mit solchen Berichten und Vorschlägen umging, erfährt man hier nicht, und man könnte nur darüber spekulieren, was wenig Sinn macht. Nur der Bericht von Georg über die Araber in Israel kann nicht stimmen. Da ich Georg als „ehrliche Haut“ kenne, war vielleicht der Wunsch Vater seines Berichtes oder seine Zeit in Israel war zu kurz, die Verständigungsmöglichkeiten zu gering, um zu einer realistischen Einstellung zu kommen. Man muß sich nur ein wenig im Internet umsehen, um zu einem anderen Bild zu kommen.

Ich bringe jetzt zwei Auszüge aus dem eingangs schon erwähnten Bericht von Bremer, der mit Avnery aus den USA berichtet. Im Anhang bringe ich dann Artikel von Ury Avnery und seinem Landsmann Jeff Halperin. Aber vorher noch folgenden Hinweis:

Anfang der 70er Jahre hatten Georg Otto und ich - unabhängig voneinander - Kontakt zu Joseph Abileah in Haifa, Israel. Georg vermutlich aufgrund seines Israel-Besuches und ich über das Internationale Freundschaftsheim in Bückeburg. In der „Gesellschaft für Nah-Ost Konföderation“ warben Isrelis und Araber für einen praktikablen Frieden. Ich habe heute noch ein schlechtes Gewissen, das ich Abileah bei seinem Vorhaben nicht konkret unterstützt habe, und kann nur entschuldigend anführen, daß ich selber Schwierigkeiten hatte, schwimmend das Ufer zu erreichen. Was ich nicht verstehe, daß das offizielle Deutschland das Vorhaben von Abileah und seine Freunde nicht unterstützt hat, denn wenn die Politik und unsere Gesellschaft hier fördernd eingestiegen wären, hätten wir unsere erneute Rolle als die (bösen) Täter abbrechen können. Im Anhang zu meinem Text „Die Flugbomben“ (Nr. 23.1) habe ich Aussagen von Abileah, die er im Namen der Gesellschaft ... gemacht hat, dokumentiert.

Aus:

Das Gespräch aus der Ferne

Vierteljahreshefte zu wesentlichen Lebensfragen unserer Zeit

Herausgegeben von Dr. Günter Geschke, Ulrike Rietz und Prof. Dr. Dieter Dieterich
1946 gegründet von Dr. Hans Dahmen, weitergeführt von Liselotte Faltz (1978) und
Dr. Michael Günther (1990)

Drittes Quartal 2007 • Heft Nr. 382 • 61. Jahrgang • ISSN 0942 - 2889 • C 5086 F

Generalthema:
Terroristen und Fundamentalisten
Über die Globalisierung des Schreckens

...

Aus dem Beitrag:
Wo des modernen Terrors Wiege stand,
Mit Israels gewaltsamer Landnahme in Palästina fing alles an
Ein historischer Rückblick mit Uri Avnery / Von Hans Bremer

...

Israel-Lobby in den USA:

Wie bereits oben erwähnt, erschien im letzten Jahr eine wissenschaftliche Arbeit von zwei amerikanischen Professoren, Stephen Walt und John Mearsheimer, über die Israel Lobby in den USA. Diese Arbeit löste einen Sturm der Entrüstung aus. Die Existenz einer ultrarechten Israel-Lobby in den USA, die imstande ist, jede ihnen nicht passende Nachricht zu unterdrücken, bekam Avnery bereits 1979 (!) zu spüren. Er schrieb darüber (am 22. April 2006):

»Ich war zu einer Vorlesungstour von 30 amerikanischen Universitäten eingeladen, einschliesslich der meistangesehenen - Harvard, Yale, Princeton, MIT, Berkeley usw. Mein Gastgeber war die Fellowship of Reconciliation, eine angesehene nicht-jüdische Organisation, aber die Vorlesungen sollten unter dem Schutz der jüdischen Bet-Hillel-Kaplane stehen. Bei der Ankunft am Flughafen in New York begrüßte mich einer der Organisatoren mit den Worten „da ist ein kleines Hindernis; 29 Rabbis haben Ihre Vorlesung abgesagt.“

Am Ende fanden alle Vorlesungen unter dem Schutz von christlichen Kaplanen statt. Als wir zu dem einzigen Rabbi kamen, der meine Vorlesung nicht abgeblasen hatte, erzählte er mir das Geheimnis: die Vorlesungen waren in einem vertraulichen Brief der Anti-Defamation League, der Gedanken-Polizei der jüdischen Gesellschaft, verboten worden. Ein springender Punkt daraus ist mir im Gedächtnis geblieben: „Obwohl man nicht sagen kann, dass das Knesset-Mitglied Avnery ein Verräter ist, ist er jedoch...“.

Hier noch eine weitere Geschichte aus meinem Leben: Ein Jahr später kam ich nach Washington, um die Zwei-Staaten-Lösung zu vertreten, was damals als fremdartig, wenn nicht geradezu als wahnsinnig, galt. Im Laufe des Besuchs hatten die Quäker freundlicherweise eine Pressekonferenz für mich organisiert. Als ich dort ankam, war ich erstaunt, den Saal bis zum letzten Platz gefüllt zu finden; praktisch alle amerikanischen Medien waren vertreten. Viele kamen direkt von einer in der gleichen Stadt von *Golda Meir* abgehaltenen Pressekonferenz. Die Konferenz sollte eine Stunde dauern, aber die Journalisten hörten nicht auf; zwei Stunden bombardierten sie mich mit Fragen. Offensichtlich war ihnen neu was ich zu sagen hatte, und sie waren daran interessiert. Ich war gespannt, wie sie das in den Medien

berichten würden. Die Reaktion war erstaunlich: kein einziges Wort erschien in den Zeitungen, im Radio oder Fernsehen. Kein einziges Wort! Übrigens hielt ich vor drei Jahren (d.h. 2003) wieder eine Pressekonferenz im Capitol Hill (Parlamentsgebäude der USA in Washington; d. R.) in Washington, wobei sich alles wiederholte: die Menge der Reporter, ihr offensichtliches Interesse, das Andauern der Konferenz weit über die vorgesehene Zeitdauer - und dann kein Wort in den Medien.«

»Ich könnte weitere Geschichten wie diese aufzählen, aber die Idee ist bereits klar. Ich habe sie hier nur in Verbindung mit dem Skandal wiedergegeben, der kürzlich von zwei amerikanischen Professoren ausgelöst wurde, Stephen Walt von Harvard und John Mearsheimer von der Universität von Chicago. Diese Professoren veröffentlichten eine wissenschaftliche Arbeit über den Einfluss der Pro-Israel-Lobby in den USA. Auf 80 Seiten, 40 davon Fussnoten und Quellenangaben, zeigen sie, wie diese Lobby eine ungezügelter Macht in der US-Hauptstadt ausübt, wie sie die Mitglieder des Senats und Repräsentantenhauses terrorisiert, wie das White House nach ihrer Fidel tanzt, wie die wichtigsten Medien ihren Befehlen gehorchen, und wie selbst die Universitäten in Furcht vor ihr leben. Die Arbeit verursachte einen Sturm. Ich meine damit nicht die voraussehbaren wilden Attacken der „Freunde von Israel“ - welche beinahe alle Politiker, Journalisten, und Professoren einschliessen. Diese überschütteten die Autoren mit den üblichen Anschuldigungen: sie seien Anti-Semiten, sie würden die Protokolle der Eiders of Zion wieder zum Leben erwecken, usw. Die Anschuldigungen enthielten ein Paradox, denn sie illustrierten nur was die beiden Autoren geschildert hatten.«

Die Debatte über den Walt-Mearsheimer Report:

Avnery schreibt dazu weiter (22. April 2006): »Was mich an der Debatte über den Report fasziniert ist ein anderer Aspekt, der von bekannten Intellektuellen vorgebracht wurde, vom legendären Noam Chomsky, dem Guru der Linken in der ganzen Welt, einschliesslich Israel, bis zu überall verbreiteten fortschrittlichen Websites. Der dort zur Diskussion stehende Punkt ist die Schlussfolgerung des Reports, dass die jüdische Israel-Lobby die Aussenpolitik der USA dominiert und den Interessen Israels unterwirft - im Gegensatz zum nationalen Selbstinteresse der USA. Ein Beispiel: der amerikanische Angriff auf Irak. Chomsky und andere stellen sich gegen diese Behauptung. Sie leugnen nicht die Tatsachenbefunde der zwei Professoren, aber sie stimmen nicht mit deren Schlussfolgerung überein. Nach ihrer Ansicht bestimmen nicht die Israel-Lobbies die amerikanische Politik, sondern die Interessen der grossen Korporationen, die das amerikanische Imperium beherrschen und dabei Israel für ihre eigenen, selbstsüchtigen Zwecke ausnutzen. Anders ausgedrückt: wedelt der Hund mit dem Schwanz, oder wedelt der Schwanz mit dem Hund?«

Avnery meint weiter: »Ich bin etwas beunruhigt bei dem Gedanken, mich an der Diskussion solch berühmter Intellektueller zu beteiligen, aber ich fühle mich trotzdem verpflichtet, meine Ansicht auszusprechen. Ich beginne mit dem Juden der zum Rabbi ging, um sich über seinen Nachbarn zu beklagen. „Du hast recht“,

erklärte der Rabbi. Dann kam der Nachbar und verklagte den Kläger. „Du hast recht“, verkündete der Rabbi. „Aber wie kann das angehen“, rief die Frau des Rabbinen, „nur einer von beiden kann rechthaben!“ . „Du hast auch recht“, sagte der Rabbi.“...«

»Ich befinde mich in einer ähnlichen Situation. Ich glaube beide Seiten haben recht (und ich hoffe, damit habe ich auch recht).«

Avnery fährt fort: »Die Befunde der beiden Professoren sind korrekt bis ins letzte Detail. Jeder US-Senator und Kongressabgeordnete weiss, dass eine Kritik an der israelischen Regierung für ihn den politischen Selbstmord bedeutet. Zwei von ihnen, ein Senator und ein Kongressmann, haben es versucht - und wurden politisch hingerichtet. Die jüdische Lobby war voll gegen sie mobilisiert und jagte sie aus dem Amt. Ganz öffentlich, um ein Exempel zu statuieren...«

»Präsident Bush, zum Beispiel, hat sich von allen bekannten aus Amerika kommenden Vorschlägen distanziert, die sich auf unseren Konflikt beziehen. Er akzeptiert automatisch die Ansichten unserer Regierung, was es auch sei. Praktisch alle amerikanischen Medien sind für Palästinenser und Israelische Friedensaktivisten gesperrt. Was die Professoren an den Universitäten betrifft - sie alle wissen von welcher Seite sie ihr Brot erhalten. Wenn dennoch jemand wagt, den Mund gegen die israelische Politik zu öffnen, wie es alle paar Jahre passiert, so wird er unter einer Salve von Anklagen zerschmettert:
Anti-Semit, Holocaust-Leugner, Neo-Nazi... « (S. 18 f.)

... Wie man sieht, wird als „tödlichste Lügen“ bezeichnet, wovon Avnery sagt (s. oben): „Die Befunde der beiden Professoren sind korrekt bis ins letzte Detail“. Trotz dieser diametral gegensätzlichen Auffassungen habe ich es gewagt, Avnery zu Wort kommen zu lassen, da ich finde, seine Erfahrungen sprechen für sich selbst. Ob man die 29 Rabbis, die seine Vorlesungen absagten, als „Pro-Israel Lobby“ bezeichnen kann, oder ob diese Rabbis einen Einfluss auf die amerikanische Aussenpolitik oder den Irak-Krieg hatten, ist eine andere Frage. Von Avnery wurde das auch nicht behauptet. Selbstverständlich sind die für Israel eingenommenen Menschen eine heterogene Gruppe, nicht notwendigerweise mit einer „einheitlichen Agenda“, oder als eine die Aussenpolitik bestimmende „Lobby“ organisiert.

Ich könnte viele andere jüdische Autoren zitieren, deren Aussagen mit denen Avnerys übereinstimmen. Sie sind nicht gegen Israel und nicht antisemitisch. Sie sprechen nur aus was sie für Unrecht halten. Nach den obigen Berichten Avnerys haben Grausamkeit und Rechtlosigkeit gegenüber den Palästinensern in Israel heute ein Ausmass erreicht, das für alle in einer Demokratie lebenden Menschen unvorstellbar ist.

Schlimme Folgen:

Der schlimmste Aspekt von Avnerys Erfahrungen in Amerika scheint mir das

Abwürgen der freien Meinungsäußerung in der amerikanischen Presse zu sein, wenn man damit rechnen muss, als Antisemit beschuldigt zu werden. Damit ist die Grundlage der demokratischen Verfassung lahmgelegt. Das hat weiter zur Folge, dass die säkularen, gemäßigten Menschen aus Ländern mit diktatorischen Regierungen, in denen oppositionelle Journalisten inhaftiert und gefoltert werden, diejenigen die früher mit Sehnsucht auf die Freiheit und Demokratie in Amerika blickten, ihre Hoffnung verloren haben, wobei gleichzeitig die radikalen, undemokratischen Kräfte dieser Länder gewonnen haben.

Was ich nicht ahnte war, dass die Knebelung der freien Meinungsäußerung in Israel schon zu einer Zeit anfang, als in Amerika die liberale Presse (wie die New York Times und die Washington Post) und die liberalen Fernseh-Kanäle (wie CBS mit Walter Cronkite) noch vorbildlich die Wahrheit berichten konnten und die demokratischen Werte verteidigten. Avnery beschrieb kürzlich (am 7. April 2007), wie zu Beginn der 50iger Jahre der damalige Chef des israelischen Sicherheitsdienstes, *Issar Harel*, Avnery als „Feind Nr. 1 der Regierung“ bezeichnete und von Ben-Gurion forderte, Avnery wegen seiner kritischen Einstellung in administrativer Dauerhaft, d.h. ohne Gerichtsverfahren und ohne zeitliche Begrenzung, einzusperren. Ben-Gurion stimmte zuerst zu, aber es kam dann doch nicht dazu.

Trotzdem wurden zu der Zeit drei Bomben in Avnerys Redaktionsbüro und seine Druckerei gelegt, wobei zwei Angestellte verletzt wurden, und bei einem erfolglosen Versuch, Avnery zu entführen, wurden ihm die Finger beider Hände gebrochen. Diese Verbrechen wurden nie aufgeklärt. In dem Zusammenhang berichtet Avnery auch, dass vor kurzem der Chef des Sicherheitsdienstes die israelischen Araber, ein Fünftel der Bevölkerung, zur Staatsgefahr erklärte und die Erlaubnis einforderte, gegen jeden vorzugehen, der Einwände gegen die anmaßend exklusive Bezeichnung Israels als „jüdischer und demokratischer Staat“ erhebt, auch wenn der Betroffene nur völlig gesetzliche Mittel benutzt. Es erinnert Avnery an den KGB der Sowjetunion und die Stasi in Ost-Deutschland. Er hätte, wie er sagt, in naiver Weise geglaubt, diese Dinge gehörten der Vergangenheit an und würden nicht wiederkommen.

Ähnliche Anschläge und Drohungen erlebte auch *Tony Judt* kürzlich in Amerika. Soweit diese kritischen Journalisten in Amerika oder Israel jüdisch sind, kommen sie auf eine (für mich, H.B., obskure) „Massada 2000“-Liste der jüdischen „Selbsthasser“.

Avnery schrieb mir, er sei stolz, auf dieser Liste zu stehen. Mich erinnert dies an das Deutschland der 30iger Jahre. ... (S. 20.f)

Josef! Ich komme zum Schluß: Mein Resümee

Nach meiner Wahrnehmung ist die Geschichte nicht so eindeutig, wie oft getan wird. Die alleinige Zuordnung der Schuld an dem Ersten- und dem Zweiten Weltkrieg und für Hitler und die Folgen auf die Deutschen hat die Welt nicht besser gemacht, ist nicht gerechtfertigt und verhindert keine Fehlentwicklungen in der Gegenwart und Zukunft.

Wir Deutsche sind Täter und Opfer, wie die meisten Menschen (beschränken wir uns) der westlichen Welt. Eine Rückschau auf unsere und unserer Väter Untaten ist immer notwendig. Diese Rückschau darf uns aber weder lähmen noch in Depression stürzen und uns dadurch hindern einen positiven Beitrag zur Zukunftsgestaltung unserer eigenen Gesellschaft und der Menschheit zu leisten.

Wir Deutsche dürfen und müssen selbstwertbewußt wie die Mitglieder anderer Völker und Staaten durchs Leben gehen und dürfen es nicht zulassen, daß man uns mit der *Schuld der Deutschen* manipuliert und dadurch zu neuen destruktiven Tätern macht. Wir dürfen nicht vor lauter Angst das Falsche zu machen das Falsche tun. Wenn wir zum Widerstand in schlimmeren Zeiten fähig sein wollen, dann müssen wir den Widerstand schon in diesen schlimmen Zeiten gegen Fehldeutungen und Fehlhandlungen praktizieren.

In Bezug auf die Freiwirtschaft, die man auch als ein durch Gleichgültigkeit und Überheblichkeit unterdrücktes Wissen auffassen kann, sollten wir nicht versuchen, irgendwelche Fehlhaltungen zu vertuschen. Beim Be- und Verurteilen sollten wir aber das richtige Maß finden. Es gibt wohl keine Gruppen, wo es nicht Mitglieder oder Manifestationen gibt, auf die man als Gesamtgruppe gerne verzichten würde. Aber letztlich haben auch diese ihre Funktion. Wenn wir Freiwirtschaftlerinnen und Freiwirtschaftler auch manchmal kleinkariert, verzagt und unprofessionell für unsere Sache gewirkt oder gestritten haben, insgesamt haben wir uns in der Vergangenheit und Gegenwart für eine gute Sache eingesetzt. Die Freiwirtschaft ist nicht nur ein Ökonomiemodell, sondern ein Gesellschaftsmodell jenseits von Nationalismus

und Antisemitismus aber mit Zukunft. Man kann das Modell – das ein marktwirtschaftliches ist – nach Franz Oppenheimer liberalen Sozialismus, nach Dieter Suhr u.a. eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus oder nach Stand und Bestandteile der ersten Stunden der Nachkriegszeit Soziale Marktwirtschaft nennen. Nicht nur als Deutsche, sondern auch als Angehörige der noch zu kleinen Gruppe von Menschen, die sich für ein neues Ökonomiemodell *Natürliche Wirtschaftsordnung* ins Zeug legen, dürfen wir erhobenen Hauptes durch den Alltag gehen, dabei schadet es aber nie, sich hin und wieder sich der Fehlleistungen sowohl der Deutschen insgesamt wie auch der Gruppe der Freiwirtschaftler zu erinnern, zu schämen und daran aufzurichten, daß es auch immer Widerspruch dazu gegeben hat. Wir unterschätzen aber die Gefahr, wenn wir annehmen, daß das Böse immer durch böse Menschen in die Welt kommt. Auch wenn wir mit Berechtigung von Fehlleistungen der heutigen politischen Klasse (ich korrigiere: politische Verantwortungsgruppe) sprechen können. Wir sollten nie vergessen oder übersehen, daß die Mitglieder dieser Gruppe in der großen Mehrheit liebe Nachbarn, Klubkameraden, Kollegen und Nachbarn sind, die dann noch versuchen, gute Töchter, Söhne, Mütter und Väter zu sein. Die eigentliche Gefahr liegt darin, daß die meisten nicht sehen wollen, daß das zu Zeiten des Nationalsozialismus auch so war und das wir selber heute die Fähigkeit haben, bestimmte unangenehme oder unmenschliche Sachverhalte oder Geschehnisse auszublenden, wie die Generationen vor uns. Vermutlich ist das ein notwendiges Überlebensprinzip. Wir müssen uns daher Gesellschaftsordnungen geben, die uns moralisch und intellektuell nicht überfordern und automatisch Fehlentwicklungen gegensteuern. Die Freiwirtschaft kann dazu einen Beitrag leisten zum Beispiel mit einen Verfassungsentwurf für Palästina mit der Option für eine Föderation der Nah-Ost-Staaten. Natürlich nur als Arbeitsgrundlage und Vergleichsmöglichkeit für andere Entwürfe. So eine Verfassung ist wie ein Betriebssystem im Computer oder eine Prozeßbeschreibung für die Herstellung eines komplizierten Produktion. Das ist keine Anmaßung. Ich darf daran erinnern, daß im Mittelalter neue Städte ganze und bewerte Rechtssysteme aus alten Städten importiert haben. Für ein solches Vorhaben spricht, daß wir genügend Distanz zum Ort des Geschehens haben und geübt sind, in Kategorien wie Dezentralität, Föderalismus, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Freiheit zu denken. Dagegen spricht, daß wir zu wenig Leute sind und schon mit der Aufklärungsarbeit bei uns überfordert sind.

Über die Liste bekamen wir ja auch die Meldung, daß Hermann Benjes (Benjes Hecken und „Wer hat Angst vor Silvio Gesell?“), der auf seine Weise mit dieser Aufklärungsarbeit befaßt

war, mit 70 Jahren gestorben. Weil bei mir die Erinnerung hoch kam, daß der von Benjes initiierte *Deutsche Freiwirtschaftsbund* mit dem Vorwurf der Rechtslastigkeit bedacht wurde, habe ich im Internet nachgeschaut. Auf die Schnelle konnte ich nichts Anstößiges finden. Bei der Eingabe seines Namens in eine Suchmaschine bezogen sich die meisten Nennungen auf seine Bücher. Die biographischen Daten habe ich von der Internetseite www.freiwirte.de übernommen.

oooooooooooooooooooooooooooo

Hermann Benjes

Geb. 1937 in Drakenburg (Niedersachsen)

Ursprünglich Gärtner, später Heckengärtner, heute Autor und [Vortragsreferent](#)

Lebte von 1960 bis 1970 in Schweden

Seit 1975 aktiv im Natur- und Artenschutz

Seit 1981 über 1100 Diavorträge im deutschsprachigen Europa und in Schweden
über ökologische und freiwirtschaftliche Themen

1989 ausgezeichnet mit dem Umweltpreis der U.A.N. für die Entwicklung der Benjeshecke;
laut SPIEGELspecial „das erfolgreichste Flurbelebungskonzept der Naturschutzgeschichte“

Zahlreiche Veröffentlichungen in freiwirtschaftlichen Fachzeitschriften

Autor von: „Die Vernetzung von Lebensräumen mit Feldhecken“ (1986),

„Wer hat Angst vor Silvio Gesell?“ (1995),

„Die Vernetzung von Lebensräumen mit Benjeshecken“ (1998) und

„Die Bremer Stadtmusikanten“ (2001)

Mitglied der FREISOZIALEN UNION seit 1996

1999-2000 Bundesvorsitzender der FREISOZIALEN UNION (heute Humanwirtschaftspartei)

Gründungsmitglied des "Deutschen Freiwirtschaftsbundes e.V." (www.freiwirte.de)

oooooooooooooooooooooooooooo

Da ich nicht weiß, wann meine eigene Beerdigung sein wird, ist es Zeit, daß ich mit dem Aufräumen beginne und ein bißchen Familien-Rückschau halte. Dabei gibt es auf gesellschaftlicher Ebene noch so viel zu tun, um den Fehlentwicklungen gegenzusteuern. Heute morgen las mir meine Frau aus der Zeitung vor, daß die EU-Kommission verbieten will, Apfelwein Wein zu nennen, weil Wein aus Weintrauben bestehen müsse. Und dann das Vorhaben unserer Regierung, die Erfassung und Speicherung aller Verbindungsdaten der technischen Kommunikation aller Bürger. Auf welchem abschüssigen Weg der Bürokratie sind wir eigentlich? Da warnen unserer Politiker vor faschistischen Tendenzen und produzieren täglich neue Nägel für den Sarg einer freiheitlichen Gesellschaft.

Manchmal überlege ich, was ich noch machen sollte, wenn mir noch 10 Lebensjahre gegönnt sein sollten: Ein Unternehmen in Form einer modifizierten Produktivgenossenschaft zu gründen, würde mich reizen – und dies auch im Sinne eines sozialen Gesamtkunstwerkes -, dazu müßte ich aber das Politische in meinem Kopf löschen können, was vermutlich nicht geht. Manchmal denke ich auch, warum einen die Kraft verläßt, wenn die Erfahrungen und das bisher Gedachte zur Tat drängen. Das Älterwerden wird nicht nur von Wehwehchen begleitet, sondern erzwingt auch Bescheidenheit. TA

Nachgereicht: Das nachfolgende Zitat erinnert daran:

- a) das wir ständig um die Demokratie ringen müssen und
- b) das eine Sache nicht schon deshalb gut ist, weil sie den Stempel trägt:
„Demokratisch beschlossen!“ TA

„Demokratie“

“Denken Sie daran:

Eine Demokratie hat niemals längere Zeit Bestand.
Sie verausgabt sich, begeht Selbstmord.
Es hat noch nie eine Demokratie gegeben,
die sich nicht letztlich selbst zur Strecke gebracht hätte.
Es ist sinnlos zu behaupten, die Demokratie sei
weniger eitel, weniger stolz, weniger eigensüchtig
oder habgierig als eine Aristokratie oder Monarchie.
Das ist sie nicht; die Geschichte bietet kein Beispiel dafür.
Alle Menschen unter allen ursprünglichen Regierungsformen
werden von den gleichen Leidenschaften beherrscht,
die sich, wenn unkontrolliert, in den gleichen Phänomenen
von Lug und Trug, Gewalt und Grausamkeit äußern ...“
John Quincy Adams (1767 - 1848)
6. Präsident der USA (1825 - 1829)

Zitat aus: Figgie, H.E., Swanson, G.J. (1993):
Bankrott '95: Die Schuldenkatastrophe der USA
und das Ende des "American way of life." -
Frankfurt/M., Berlin (Ullstein), ISBN 3-550-06831-x, S. 255

Übernommen von: www.freiwirte.de